3,00 €
Januar/
Februar

1|17

Dossier »Kunst- und Musikhochschulen«

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Christina Aus der Au
Peter Clever
Ronald Grätz
Omid Nouripour
Nasrin Sotudeh
und viele andere

Integration
Kultur als Integrationsmotor: Das breite gesellschaftliche Bündnis »Initiative kulturelle Integration« stellt sich vor
Seite 3

Kultur auf dem Land
Struktursterben oder Kulturboom? Ausgewählte Regionen und Projekte berichten über Chancen und Perspektiven
Seiten 7 bis 9

Europäische Identität
Eine wirkliche Chance: Während die europäische Wirtschaft bröckelt, wirkt die Kultur verbindend
Seite 10

Soziale Netzwerke
Keine Medien – aber mediale Wirkung? Diskussion rund um die Regulierung sozialer Medien
Seiten 13

Beiblättchen

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist das Feuilleton als Kulturteil einer Zeitung eines der fünf klassischen Ressorts neben Politik, Wirtschaft, Sport und dem Lokalteil. Doch wird seit vielen Jahren im Zeitungsfeuilleton ein wichtiger Teil der Kultur, die Kulturpolitik, vollkommen unzureichend journalistisch erfasst.

Besonders augenfällig wurde das bei der weitgehenden Nichtberichterstattung über die Proteste aus dem Kulturbereich gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA & Co. Glücklicherweise haben des Öfteren die Wirtschafts- und Politikredaktionen der Zeitungen hier mehr kulturpolitisches Interesse gezeigt als das Feuilleton. Die Unwilligkeit, kulturpolitische Themen zu recherchieren, wurde gerade wieder bei den Urteilen gegen die VG Wort und die GEMA deutlich. Obwohl die beiden Urteile zur Verlegerbeteiligung den Kulturbereich in seinen Grundfesten erschüttern, sind sie, wenn überhaupt, nur eine Randnotiz wert.

Die Kritik, die persönliche Bewertung einer künstlerischen Äußerung eines Anderen, ist das liebste Kind des Feuilletonredakteurs.

Erfreulicherweise hat sich das Radiofeuilleton diese »Selbstbeschränkung« bei der Berichterstattung nicht auferlegt. Hier ist auch Kulturpolitik ein regelmäßiges Thema. Damit meine ich nicht nur das vorbildhafte Deutschlandradio Kultur und den Deutschlandfunk, sondern auch die anderen Kulturwellen, wie beispielsweise MDR-Kultur und WDR3, die sich der regelmäßigen Kulturpolitikberichterstattung verschrieben haben. Und selbst im Fernsehen werden in einigen Kultursendungen, wie »Kulturzeit« auf 3sat, dem NDR »Kulturjournal« oder »Stilbruch« im rbb, sehr regelmäßig kulturpolitische Themen aufgearbeitet.

Doch warum ist das Zeitungsfeuilleton so notleidend? Sicher zeigen sich hier besonders die Auswirkungen des Rückganges der Auflagen. Weniger festangestellte Journalisten, weniger freie, die oftmals gerade andere Themen in die Redaktionen gebracht haben und weniger Fachredakteure bei den Presseagenturen sind die unmittelbare Folge. Doch kann der ökonomische Druck nicht alleine verantwortlich sein, denn die noch vorhandenen Journalisten bespielen einen immer noch üppigen Platz in den Zeitungen, aber eben nicht mit allen relevanten kulturellen Themen.

Vielleicht ist das klassische Zeitungsfeuilleton einfach nicht mit der Zeit gegangen, vielleicht hat es die kulturpolitischen Umbrüche der letzten Jahre nicht bewusst verfolgt oder es hat sich in seinem Elfenbeinturm versteckt. Feuilleton bedeutet eigentlich »das unterhaltende Beiblättchen«. Mir wäre das auf Dauer zu wenig.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: HANNA NOORI

Kraftpakete

Die Geschichte des Berliner Schlosses und des Palastes der Republik gehört ins Humboldt Forum

HARTMUT DORGERLOH

Das Berliner Schloss gibt es nicht mehr. Schade. Es kann auch nicht mehr rekonstruiert werden. Das gilt übrigens auch für den Palast der Republik. Beide Bauten waren für ihre jeweiligen politischen Herrschaftssysteme von zentraler Bedeutung und besetzten die Mitte der Hauptstadt. Nun entsteht an diesem semantisch aufgeladenen und historisch vordefinierten Ort das Humboldt Forum als neues, zukunftsweisendes, zentrales kulturpolitisches Projekt im Zentrum der Hauptstadt unserer Republik. Aber an den drei mächtigen Fassaden und in dem zentralen Innenhof wird das Berliner Schloss rekonstruiert, mit großer Hingabe und größtmöglicher Annäherung an das Verlorene. Wie geht das zusammen?

Das disparate Verhältnis von äußerer Erscheinung und Funktion ist ein Grundkonflikt des Humboldt Forums. Er erklärt sich nur aus der Genese des gesamten Vorhabens und aus dem Anspruch, es gleichermaßen unterschiedlichen Interessengruppen recht machen zu wollen: den einen, denen es seit Wilhelm von Boddiens wirk- und bildmächtiger Schlossattrappe von 1993 vor allem um die Rekonstruktion des verlorenen Hohenzollern-Schlosses ging und die auch mit einer kommerziellen, nicht öffentlichen Nutzung zufrieden gewesen wären, solange nur der »originalrekonstruierte« Schlossnachbau wiedererstehe und den Stadtraum neu, d. h. nach altem Muster, dominiert.

Das disparate Verhältnis von äußerer Erscheinung und Funktion ist ein Grundkonflikt des Humboldt Forums

Und denjenigen, die hier mit den außereuropäischen Sammlungen der Berliner Museen eine quasi globale Vollendung der Museumsinsel-Idee anstreben und sich auf die Kunstkammer im Schloss als Nukleus der Synthese von Sammeln, Forschen und Welterkenntnis in Berlin besinnen. Das wiederum setzt Fassadenrekonstruktionen nicht voraus.

Und dann gibt es noch eine dritte Gemeinde, die bis heute dem abgerissenen Palast der Republik aus diversen Gründen nachtrauert.

Kann man den antagonistischen Widerspruch zwischen Innen und Außen, zwischen Funktion und Erscheinung produktiv machen oder zumindest verträglich? Ja, wenn man ihn selbst zum Thema macht, ihn erklärt, ihn räumlich und zeitlich verortet und dabei an die Millionen von zukünftigen Besucherinnen und Besuchern denkt, die weder an den Debatten teilgenommen haben, noch sich dafür interessierten – egal ob aus Berlin, Beijing oder Beirut.

Zweifellos gibt es das »Archäologische Fenster« in situ und die Pläne für das »Museum des Ortes«, das in einem Raum neben dem Eingang unter der Kuppel eine Einführung bieten wird. Und es sollen die erhaltenen Skulpturen(fragmente) des verlorenen Schlosses museal präsentiert und etwas zur Rekonstruktion der Fassaden vermittelt werden. Weiterhin hat das Land Berlin seine Bibliothekspläne zugunsten einer großflächigen Ausstellung »Welt.Stadt.Berlin« zur historischen Bedeutung und Ausstrahlung der Stadt in der Welt verändert. Das alles sind wichtige Elemente für ein besseres Verständnis der Geschichte der Stadtmitte auf der Spreeinsel.

Es hat sich aber insbesondere in den Diskussionen über die verschiedenen Konzepte und Ideen für das rund 300 Quadratmeter kleine »Museum des Ortes« gezeigt, dass die Fülle der verschiedenen Dimensionen der historischen Vorgänger an dieser Stelle, Hohenzollern-Schloss und Palast der Republik, damit bisher nur rudimentär vermittelt werden können.

Die neue Gründungsintendanz hat das erkannt und eine Idee des Autors dieses Beitrags von 2009 im Rahmen des Manuskripts »SchlossPalastMuseum. Konzeption für die Präsentation der Geschichte des Berliner Schlosses und des Palastes der Republik im Humboldt Forum« aufgegriffen, wonach über die gesamte Fläche der öffentlich zugänglichen Bereiche »Interventionen« verteilt werden sollen, die verschiedene Aspekte aus der Geschichte von Schloss und Palast vortragen, anreißen, prüfen. Damit sollen die Genese und das Schicksal dieses Herrschaftsortes in den verschiedenen politischen Systemen ebenso breit und facettenreich wie unerwartet und überraschend in anderen Präsentationskontexten immer wieder thematisiert werden.

Diese Interventionen dürfen sich weder aufdrängen noch unauffällig im Hintergrund bleiben, sondern müssen wie eine Markierung erkennbar sein, ohne andere Ausstellungsthemen und -inhalte zu dominieren. Im Idealfall stellen sie einen weitergehenden Bezugsrahmen her, z. B. zu einem verlorenen Raum, zu einer handelnden historischen Persönlichkeit oder einem politischen Ereignis. Es kann sich dabei um Bild-, Film- oder Tondokumente handeln, um historisches Inventar oder Erinnerungsstücke, egal ob als Spolien oder digital.

»Interventionen« sollen Aspekte aus der Geschichte von Schloss und Palast vortragen, anreißen, prüfen

Nach welchen Kriterien aber sollen diese Interventionen ausgewählt werden? Nach den doch eher zufällig erhaltenen originalen Bauteilen oder mobilen Ausstattungsstücken, die Krieg und Nachkriegszeit in verschiedenen Sammlungen und Depots überdauert haben? Nach den wichtigsten Räumen, Staatszeremonien oder politischen Ereignissen? Nach den bedeutendsten Bewohnern, Künstlern oder Gästen? Nach den Herrschern aus dem Hause Hohenzollern? In welchem Verhältnis sollen die Interventionen zum Schloss sowie zum Palast der Republik ausgewählt und verteilt werden? Und wie zwingend ist eine Ver-

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 1/2017
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Beiblättchen
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Humboldt Forum: Kraftpakete
Hartmut Dorgerloh 01

KULTURMENSCH

Theo Geißler 02

AKTUELLES

Initiative kulturelle Integration: Für eine Zukunft des Gewinnens
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Saarbrücken: Im Kleinformat, aber stabil
Sven Scherz-Schade 04

Wiesbaden: Ungelöste Charakterfrage
Peter Grabowski 05

INLAND

Kreativwirtschaft: Kulturgüter sind besondere Güter
Gabriele Schulz 06

TRAFO-Programm: Kultur in strukturschwachen Regionen stärken
Samo Darian im Interview 07

Kulturfabrik Hoyerswerda: Auf der Suche nach neuer Lebenskultur
Dorit Baumeister 08

»LandArt« im Mühlenkreis Minden-Lübbecke
Ralf Niermann und Rainer Riemenschneider 09

EUROPA

100 Jahre ifa: Kulturen verbinden
Ronald Grätz im Gespräch 09

Die Kultur ist heute die wirkliche Chance für das vereinigte Europa
Olaf Zimmermann 10

Digitalisierbare Kunst
Ein Appell von Wally Badarou 11

Lissabon ist das neue Lissabon!
Jana Prigge 12

Türkei: Vereinnahmung des öffentlichen Raumes
Reinhard Baumgarten 12

MEDIEN

Soziale Medien: Keine Medien – aber mediale Wirkung
Helmut Hartung 13

KULTURELLES LEBEN

Ratings Agentour 14

Patenschaftsprogramme im Studium: Fürs Leben lernen
Peter Clever 14

Lustprinzip Ost
Thomas Oberender im Porträt – Von Andreas Kolb 15

Netzwerk für gleichberechtigten Austausch
5 Fragen an Sabine Ruchlinski 15

Luther 2017: Ein Meilenstein der Ökumene
Heiner Koch 16

Luther 2017: Eine Quelle lebendigen Wassers
Christina Aus der Au 16

KULTUR IM IRAN

Iran – mein unbekannes Land
Olaf Zimmermann 17

Ein Dasein im Schatten der Zensur
Reinhard Baumgarten 18

»Nicht erhältlich«
Nasrin Sotudeh 19

Das Schicksal des Buches
Shahla Lahiji 20

Freiheit? Was ist Freiheit!?
Mahmud Doulatabadi 20

Klappe und Action – und Zensur
Im Gespräch mit Manishe Hekmat und Pegah Ahangarani über die iranische Filmindustrie 21

Die neue Brücke Teherans
Riccarda Cappeller 22

Irans Image im Wandel?
Mehrdad Saeedi 23

Zwei Welten in einem Land
Sadegh Zibakalam 24

Das Sorgenkind Irans
Saeed Leylaz 25

Ein Fenster zur Welt
Parsa Bayat 26

Dynamische Entwicklungen
Frens Stöckel 26

Niemand erwartete die Rolling Stones
Omid Nouripour 27

Couchsurfing im Iran
5 Fragen an Stefan Orth 28

REAKTION

Mitmachen oder nicht? 29

Kunst sollte sich einmischen
Matthias Höhn 29

Engagement ist eine Notwendigkeit
Michael Kellner 29

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 30-31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss 32

P&K-Nachrichten 32

Impressum 32

DER AUSBLICK

2|17

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. März 2017.
Im Fokus der nächsten Ausgabe steht das Thema »Kulturelle Integration«.

Fortsetzung von Seite 1

bindung zu der neuen Funktion des Raumes, in dem diese Interventionen platziert werden sollen?

Diese Fragen müssen jetzt zwischen und mit den Beteiligten diskutiert, verhandelt und entschieden werden. Wichtig ist dabei das Grundverständnis, dass diese Interventionen keine wohl oder übel geduldeten Fremdkörper in der neuen Erzählung sind, sondern dass sie das neue Humboldt Forum in seiner baulichen Erscheinung und konzeptionellen Ausprägung zu verstehen helfen und dazu beitragen, dass seine verschiedenen – ja zum Teil grundverschiedenen – Funktions- und Ausstellungsbereiche stärker als Ensemble wahrgenommen werden.

Für die Auswahl der Themen beziehungsweise Objekte für die Interventionen gibt es drei wesentliche Kategorien:

1. Exponate, die aus dem Schloss oder dem Palast der Republik stammen.
2. Exponate bzw. Dokumente, die im Zusammenhang mit der Ereignisgeschichte von Schloss oder Palast stehen.
3. Exponate bzw. Dokumente, die im Zusammenhang mit Personen stehen, die für die Geschichte von Schloss oder Palast relevant waren.

Gemeinsam muss ihnen das Potenzial sein, Wissen bei den Besucherinnen und Besuchern über den Ort und seine facettenreiche Geschichte zu beschaffen, anzureichern, zu empfehlen und zu vermitteln. Aber welche Themen müssten vermittelt werden:

Als Kurfürst Friedrich II. »Eisenzahn« 1443 den »Unwillen« der Ratsherren ignorierte und den Grundstein für seine Residenz demonstrativ am Rand der Doppelstadt Berlin-Cölln auf der Spreeinsel legte, hatte das sowohl politische als auch städtebauliche Folgen, denen im Humboldt Forum Rechnung zu tragen wäre. Denn zum einen war damit der herrschaftlichen Dominanz der Hohenzollern gegenüber der Stadt und ihren Bürgern sichtbar Ausdruck verliehen, zum anderen wurde das Schloss zum Dreh- und Wendepunkt der weiteren Entwicklung Berlins, das von hier aus entlang der Straße Unter den Linden hin zum Brandenburger Tor und darüber hinaus wachsen sollte. Das Schloss war nicht nur ein Verwaltungssitz mit den wichtigsten Hofämtern und der Thronschatzkammer, es war vor allem ein Ort der preußischen, deutschen, europäischen Geschichte. König Friedrich Wilhelm IV. hat sich hier huldigen las-

FOTO: ANNETTE KOROLL, SPSG

Hartmut Dorgerloh

sen und – vergeblich, weil stümperhaft – versucht, die Märzrevolutionäre 1848 zu beruhigen. Im Weißen Saal eröffnete Wilhelm I. 1867 den Reichstag des Norddeutschen Bundes und sein Enkel Wilhelm II. wertete das Haus noch einmal baulich, politisch und medial als das neue zentrale Kaiserschloss und Sitz seiner Dynastie auf. Es sollte die erste unter den Residenzen der deutschen Reichsfürsten sein – und bleiben, was es de facto von jeher war: Der Symbol-Ort für die Macht der Hohenzollern.

Die (tages-)politischen Geschäfte wurden indes schon früh und in überwiegendem Maße andernorts erledigt. König Friedrich I. hatte sich mit Charlottenburg sehr gezielt eine »Filiale« fürs Regieren geschaffen und konkurrierte auf diese Weise mit dem Kaiser in Wien und dem tonangebenden französischen König, die ihrerseits Aufenthalte in Schönbrunn und Versailles der Präsenz in den Hauptstädten vorzogen.

Wie dann auch Friedrich der Große, der Potsdam ostentativ zu seiner antihöfischen Gegenresidenz erhoben hatte. Kurzum, Preußens Landesherren agierten lieber und darum regelmäßig in dem alten Residenzdreieck Oranienburg – Köpenick – Potsdam. Die große Kulisse der Macht aber war stets das Berliner Schloss. Dessen dürfte sich auch Karl Liebknecht bewusst gewesen sein, als er sie 1918 nutzte, um die »freie sozialistische Republik Deutschland« auszurufen. Genau dort, wo der Kaiser 1914 jene »Balkonreden« gehalten hatte, die das Volk auf den beginnenden Ersten Weltkrieg einstimmen sollten. Beim Einrichten des Humboldt Forums sollte sich all dies genauso widerspiegeln wie die kulturelle Hauptrolle des Schlosses, die Architekten und Künstlern wie Krebs, Theiss, Lynar, Nering, Schlüter, Knobelsdorff, Erdmannsdorf, Langhans, Schinkel oder Ihne zu verdanken war. Eine Rolle übrigens, die es auch nach dem Ende der Monarchie in der Weimarer Republik weiterspielte: als Museum, als Quartier für wissenschaftliche Einrichtungen wie das Psychologische Institut der Universität oder – von 1927 bis 1945 – als Dienstsitz der preußischen Schlösserverwaltung.

Wolf Jobst Siedler hat immer wieder gesagt, dass Berlin nur eine Tradition kenne: die Traditionslosigkeit. Wenn das im Entstehen begriffene Humboldt Forum hier ausscheren will, sollte es nicht nur dem von der DDR abgerissenen Schloss, sondern auch dem von der Bundesrepublik beseitigten Palast der Republik angemessenen Raum zubilligen. Zumal die Analogien verblüffen: Städtebaulich markierte der von 1973 bis 1976 errichtete Palast zusammen mit dem benachbarten Staatsratsgebäude und dem vis-à-vis stehenden Außenministerium die Mitte der »Hauptstadt der DDR«. Mit der Volkskammer beherbergte er das nominell höchste Verfassungsorgan der DDR – die Politik wurde allerdings im Politbüro gemacht. Weltgeschichte schrieb der Palast trotzdem: Am 7. Oktober 1989 feierte hier die SED-Führung den 40. und letzten Geburtstag der DDR. Schließlich die Kunst: Maler wie Sitte, Womacka, Mattheuer ließen hier auf 16 Monumentalgemälden »Kommunisten träumen«, es gab ein Theater, eine Bowlingbahn und Konzerte mit Santana und Udo Lindenberg. Ergo war auch der Palast der Republik, was das Schloss war – Kulisse der Macht und Kulturort.

»Die Vergangenheit und die Erinnerung haben eine unendliche Kraft«, schrieb Wilhelm von Humboldt am 18. Mai 1829 an seine Brieffreundin Charlotte Diede – wir sollten diese Kraft als positive Energie dafür nutzen, dass das neue Humboldt Forum nicht nur statisch, sondern auch historisch fest gegründet ist.

Hartmut Dorgerloh ist Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)

Kulturmensch Theo Geißler

Ginge es nach Theo Geißler, dann wären Feuilletons nicht länger streng gehütete Elfenbeintürme für Musik- und Kunstästhetik, für schnuckelige Vorberichte und affirmativen Starkult, sondern vor allem ein Schauplatz für aktuelle kulturpolitische Debatten. Maßnahmen gegen den dürftigen Standort von Musik- und Kulturpolitik im gesellschaftlichen Ganzen ergriff Geißler paradigmatisch als Herausgeber der »neuen musikzeitung« (nmz): Seit über sechs Jahrzehnten bietet die nmz einen weiten Diskursrahmen für Themen des heutigen Musiklebens in Print und Online. Öffentliche Kulturförderung hält Geißler für genauso lebensnotwendig wie ein funktionierendes Gesundheitswesen. Dafür streitet er seit Jahrzehnten unermüdlich als Journalist, Autor und Verleger.

Für sein kulturpolitisches Engagement hat sich ConBrio-Verleger Theo Geißler über die Jahre ein vielfältiges Instrumentarium an Medien geschaffen, auf dem er virtuos agiert. Neben der nmz ist er auch Herausgeber von »Oper & Tanz« und »JazzZeitung« (bis 2014). Von 1998 bis 2015 moderierte er das Live-Musikmagazin »taktlos«, eine Kooperation von Bayerischem Rundfunk und nmz, von 2002 bis 2016 zudem »contrapunkt – west-östlicher Dialog« (BR, MDR, Goethe-Institut und nmz). Seit 2002 ist er zusammen mit Olaf Zimmermann Herausgeber von »Politik & Kultur«, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Gemeinsam mit dem Komponisten Moritz Eggert und der Online-Redaktion der nmz rief Geißler den »Bad Blog of Musick« ins Leben, bis heute einer der meistgelesenen Blogs zum Thema zeitgenössische Musikkultur. Geboren 1947 in Gmund am Tegernsee absolvierte Geißler nach einem Studium der Germanistik, Philosophie und Geschichte in Regensburg die Münchner Hochschule für Fernsehen und Film und war dann als Autor und Regisseur für Kinderprogramme des Bayerischen Fernsehens tätig. Seit 1967 arbeitete Geißler als Redakteur der nmz, damals noch »Musikalische Jugend«; 1986 übernahm er die Chefredaktion. Von 1987 bis 1993 leitete er den Gustav Bosse Verlag und wurde zusätzlich Herausgeber der nmz. 1993 gründete er den ConBrio Verlag, in dem neben diversen Fachbuchreihen auch die ersten Bände des legendären »Ritter Rost« verlegt wurden. Am 9. Februar 2017 wird Theo Geißler seinen 70. Geburtstag feiern. Originelles aus der rastlosen Geißler-Feder wie immer im Kurzschluss auf der letzten Seite von Politik & Kultur.

FOTO: MARTIN HUFNER

Für eine Zukunft des Gewinnens

Start der Initiative kulturelle Integration

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Die Zukunft ist ungewiss. Diese Binsenweisheit trägt mindestens zwei Konnotationen in sich. Die eine drückt die Sorge vor der Zukunft aus, vor dem Verlust des Vertrauten und Gewohnten, vor dem Infragestellen des Bestehenden, in dem sich gerade so gemütlich eingerichtet wurde. Die andere verweist auf Neugier, auf Lust auf das Unbekannte, auf Entdeckergeist und der Bereitschaft eigenes zur Diskussion zu stellen, ohne sich aufzugeben.

Die Zukunft ist in mindestens drei Landesparlamenten in Deutschland, im Deutschen Bundestag und in Parlamenten und Regierungen in einigen unserer Nachbarstaaten ungewiss. Am 26. März dieses Jahres wählt das Saarland ein neues Parlament, am 7. Mai werden die Bürgerinnen und Bürger aus Schleswig-Holstein an die Wahlurnen gerufen und am 14. Mai findet die sogenannte kleine Bundestagswahl, die Landtagswahl, in Nordrhein-Westfalen statt. Die Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland mit 17,86 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern wird oft als Testwahl für die Bundestagswahl angesehen, die im September dieses Jahres durchgeführt wird. Die Niederlande wählen im März ein neues Parlament und in Frankreich wird im Mai die Stichwahl zum Staatspräsidentenamt stattfinden, da niemand davon ausgeht, dass die Wahl bereits in der ersten Runde im April entschieden wird.

Wird über diese Wahlen gesprochen, dominiert ein Thema die Diskussionen: Wie viele Stimmen werden die Populisten bekommen? Wird die AfD mit einem respektablen Ergebnis in den nordrhein-westfälischen Landtag einziehen und damit ihre Siegerstraße fortsetzen? Wird sie ein zweistelliges Ergebnis bei der Bundestagswahl erzielen? Wie wird ein Bundestag mit dann gegebenenfalls sieben Parteien aussehen? Wie werden die Mehrheiten sein, wenn neben Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, Die Linke und SPD auch die FDP wieder dem Bundestag angehört und als Neuling auf Bundesebene die AfD.

Wird Geert Wilders, erst kürzlich wegen Diskriminierung und Beleidigung in den Niederlanden rechtskräftig verurteilt, mit seinem islamfeindlichen Kurs in den Niederlanden eine große politische Kraft werden und wird Marine Le Pen den anderen Präsidentschaftskandidaten in Frankreich das Fürchten lehren? Populisten in verschiedenen europäischen Ländern, so auch in Deutschland, machen sich die Sorgen von Menschen zu Nutze. Sie erinnern an ein vermeintliches besseres »Früher«, in dem die Familie als moralischer Ort noch in Takt war, Arbeit, insbesondere Arbeit mit der Hand noch etwas galt, die Globalisierung weit weg war und fremd allenfalls neue Speisen und Getränke waren. Sie schüren Hass gegen Andersgläubige, speziell Muslime, sie wenden sich gegen Geflüchtete und Migranten. Sie nutzen die in unserer DNA fest verankerte Angst vor dem Unbekannten schamlos aus.

FOTO: BUNDESREGIERUNG / STEFFI LOOS

Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung am 15. Dezember 2016

Wie dem begegnen? Wenn doch tatsächlich die Aufnahme von vielen geflüchteten Menschen eine Herausforderung darstellt. Wenn Menschen mit einem anderen kulturellen und religiösen Hintergrund nach Deutschland kommen, im Gepäck nicht nur ihre Fluchterfahrung, sondern ihre eigene (Erinnerungs)geschichte? Wenn sich Menschen nicht zugehörig fühlen, ausgegrenzt, überfordert von Neuem und sich zurücksehnen nach der vermeintlich guten alten Zeit.

Das einfache Wegwischen von Sorgen und Ängsten ist nicht die Lösung, ebenso wenig sollte sich ihnen hingegeben werden. Es geht vielmehr darum, eine positive Idee der Zukunft zu entwickeln. Einer Zukunft des Gewinnens und nicht des Verlierens.

Unter anderem diese Ideen waren es, die den Deutschen Kulturrat veranlassten, die Initiative kulturelle Integration anzustoßen. Es ging und geht darum, eine Idee darüber zu entwickeln, was Deutschland zusammenhält und welchen Beitrag vor allem kulturelle Integration zu diesem Zusammenhalt leisten kann. Als erstes wurden zwei Bundesministerien, das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, für die Idee gewonnen, dann die beiden Beauftragten bei der Bundeskanzlerin, Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. In kürzester Zeit wurde das Vorhaben weiterentwickelt und 23 Organisationen und Institutionen erklärten sich bereit bei der Initiative kulturelle Integration mitzuwirken (siehe Infokasten). Innerhalb der Bundesregierung wurde der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien die Federführung übertragen. Der Deutsche Kulturrat moderiert und koordiniert die Initiative kulturelle Integration.

Ausgangspunkt der Arbeit der Initiative kulturelle Integration sind folgende Aussagen:

Deutschland ist ein vielfältiges und plurales Land. Seit Jahrzehnten leben in Deutschland Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und Regionen der Welt. Die Mehrzahl derjenigen, die aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind, fühlen sich in Deutschland zuhause, viele sind inzwischen Deutsche.

Deutschland hat sich durch die Zuwanderung, durch den europäischen Einigungsprozess und nicht zuletzt durch die stärker werdenden weltweiten Verflechtungen verändert. Diese Veränderungen fordern jeden Einzelnen, aber auch die Gesellschaft als Ganze. Viele stellen sich die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, nach dem, was Deutschland ausmacht, und wie sie sich in dem sich ändernden Deutschland geborgen fühlen können.

Anhand von drei Leitfragen sollen Impulse für diese gesellschaftlichen Diskussionen gegeben werden. Es sollen erste Antworten gefunden und zugleich offene Zukunftsfragen benannt werden. Insbesondere soll gezeigt werden, welchen Beitrag Kultur zur Integration leisten kann – zur Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen, aber auch derjenigen, die bereits in Deutschland leben.

Ausgangspunkt sind folgende drei Leitfragen: Was heißt für uns kulturelle Integration und wie kann kulturelle Integration als Prozess für alle in Deutschland Lebenden auf Augenhöhe gelingen? Welche Fragen im Kontext von gesellschaftlichem Zusammenhalt und kultureller Integration sind für uns besonders wichtig? Was ist für uns gesellschaftlicher Zusammenhalt und welche Anforderungen sehen wir für Begegnungen und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Tradition?

Auf diese Leitfragen soll in Thesen geantwortet werden. Die Antworten werden zum Tag der kulturellen Vielfalt am 21. Mai 2017 öffentlich in Berlin vorgestellt.

Die Initiative kulturelle Integration wird keine Patentrezepte finden, wie Integration gelingen kann. Sie wird das Rad nicht neu erfinden für den gesellschaftlichen Dialog. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Akteure verspricht aber einen spannenden und konstruktiven Diskurs zu den genannten Fragen. Sie verspricht das Ringen um die beste Aussage und damit Streit um die Sache.

Die Initiative kulturelle Integration kann und sollte Lust auf die gemeinsame Zukunft in einem pluralen, weltoffenen Deutschland machen. Einem Deutschland in der Mitte Europas. Einem Deutschland, das geprägt ist von bürgerschaftlichem Engagement. Einem Deutschland, das sich mit seiner Geschichte auseinandersetzt. Einem Deutschland, das offen und neugierig auf andere ist und zugleich sich seiner eigenen Werte und Traditionen sicher ist. Einem Deutschland, in dem die Chancen der kulturellen Integration ergriffen werden. Einem Deutschland, das mit Neugier und Entdeckergeist in die Zukunft blickt. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Moderator der Initiative kulturelle Integration. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

MITGLIEDER DER INITIATIVE KULTURELLE INTEGRATION

Initiatoren:
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Deutscher Kulturrat

Weitere Mitglieder
- ARD
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Deutsche Bischofskonferenz
- Deutscher Beamtenbund und Tarifunion
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Journalisten-Verband
- Deutscher Landkreistag
- Deutscher Naturschutzring
- Deutscher Olympischer Sportbund
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutscher Städtetag
- Evangelische Kirche in Deutschland
- Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen
- Koordinationsrat der Muslime
- Kultusministerkonferenz
- Neue Deutsche Organisationen
- Verband Deutscher Zeitschriftenverleger
- Verband Privater Rundfunk und Telemedien
- ZDF
- Zentralrat der Juden in Deutschland

Weitere Infos unter:
www.kulturelle-integration.de

Im Kleinformat, aber stabil

Kommunale Kulturpolitik in Saarbrücken

SVEN SCHERZ-SCHADE

Diese Landeshauptstadt ist überschaubar und liebenswert. Sie ist Universitätsstadt, zieht junge Leute an. Sie ist die einzige Großstadt im ganzen Bundesland. Das Saarland allerdings, tief im bundesdeutschen Westen gelegen, ist auch überschaubar und liebenswert. Saarbrücken macht kulturpolitisch der Verschuldung halber keine großen Sprünge. Auf 180.000 Einwohner kommen im Haushaltsansatz 2016 festgelegte 11,5 Millionen Euro kommunale Kulturausgaben, die aber, so versichert Saarbrückens Kulturdezernent Thomas Brück, »sehr stabil« seien. In Saarbrücken scharrt derzeit kein Kämmerer mit den Füßen und will mittels Kultur quotierte Sparauflagen einlösen. Entspannte Sache! Die Stadt hat lediglich einen mittelfristigen Sanierungsplan, der zum Großteil über das Stellenmanagement erfüllt wird, das heißt, dass nicht mehr »nachpersonalisiert« werden kann. »Das bedeutet für die Mitarbeiter mehr Belastung«, gibt Thomas Brück zu: »Aber im Output erfolgt keine Kürzung«. Institutionelle Förderung und Projektfördermittel sind für die nächsten Jahre also sicher, auf dem genannten Niveau der 11,5 Millionen. Viel ist das nicht.

Die Mittel des Kulturhaushalts sind nicht üppig, das Ergebnis kann sich trotzdem sehen lassen

Saarbrücker Kulturversorgung kann sich dennoch sehen lassen. Große Kulturtanker wie Saarlandmuseum oder Staatstheater sind in Landesobhut. Um genau zu sein: Das Staatstheater ist heute in Landesobhut, vor über zwei Jahrzehnten war es noch kommunal. Saarbrücken hat also gewissermaßen seine kulturpolitischen Herausforderungen schon gehabt. Trägerschaft wurde samt Finanzierung verlagert, was dem Publikum, wenn die Kulturversorgung stimmt, letzten Endes egal sein dürfte. Das Haus samt Oper, Schauspiel, Ballett und Orchester erhält keine kommunale Förderung mehr und ist nicht mehr im Haushalt der Stadt Saarbrücken verortet. Es gibt noch eine minimale Beteiligung an den Pensionszahlungen. »Ansonsten geben wir keine direkte Projektförderung oder Bezuschussung für den laufenden Betrieb, das macht alles der Landeshaushalt«, sagt Thomas Brück.

Seit eineinhalb Jahren, seit August 2015, ist er nun im Amt, wobei der Begriff Kulturdezernent die Sache nicht ganz trifft. Brücks Dezernat umfasst nicht nur Kultur, auch Bildung, Wissenschaft und Umwelt sind mit dabei. Damit ist der ehemalige kulturpolitische Sprecher der Grünen im Saarbrücker Stadtrat gut ausgelastet, kommt viel rum, auch in Nachbarbereichen der Kultur. Wie gesagt, es ist überschaubar und liebenswert. Saarbrückens Kultur profitiert sehr davon, Landeshauptstadt zu sein. In punkto Klassik hat man neben dem in Länderobhut angesiedelten Saarländischen Staatsorchester zudem auch noch die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk getragene Deutsche Radio Philharmonie Saarbrücken Kaiserslautern vor Ort, sodass die Stadt auf ein reges und qualitativ hoch anzusiedelndes Konzertwesen stolz sein kann. Das hat gewissermaßen den Vorteil, dass sich die kommunale Kulturförderung auf ihren regionalen und besonderen Gestaltungsspielraum konzentrieren kann. »Wir fördern die hier ansässige lebhafte freie Szene, insbesondere Musik«, sagt Brück, »Schwerpunkt ist die Schnittstelle zwischen Jazz, moderner Musik und Klassik«. So vergibt die Stadt Kompositionsaufträge an örtliche Künstler der freien Szene, die Stadt lädt ein zum jährlichen Festival »Saarbrücker Sommermusik«, das über das Stadtgebiet verteilt, vorrangig unter freiem Himmel in öffentlichen Parkanlagen, bei kostenfreiem Eintritt stattfindet. Mancher Konzertabend hat hier Volksfestcharakter, die Kommune unterstützt somit die Kulturförderung in die Breite.

Im kommunalen Kulturhaushalt fest verankert sind das kommunale Kino und die Stadtbibliothek, die verlässlichen Größen, mit denen die Stadt ihre kulturellen Rahmenbedingungen abstecken kann. Das gilt auch für das »Theater im Viertel« (tiv), das als freie Bühne fungiert und sehr gut ausgelastet ist. Der Träger ist dort ein Verein, der von der Kommune bezuschusst wird. »Die Stadt überlässt uns auch die Immobilie mietfrei«, sagt Dieter Desgranges, künstlerischer Leiter am tiv. Aus dem tiv-Kreis entstand 2008 auch das »Netzwerk Freie Szene Saar«, eine Interessenvertretung, die Kunst und Kultur mit den Mitteln professioneller Freier Theater und spartenübergreifender Performancegruppen fördert. 20 aktive Mitgliedschaften zählt das Netzwerk, darunter sowohl einzelne Künstler wie ganze Ensembles und Gruppen. In solcher Selbstorganisation liegen enorme kulturpolitische Potenziale für Freiberufler und Selbständige der darstellenden Kreativwirtschaft, auch in dieser Hinsicht ist die Überschaubarkeit von Stadt und Bundesland von Vorteil. »Bei Stadt und Verwaltung stoßen wir immer auf offene Ohren«, betont Desgranges. Hilfe und Unterstützung kämen allerdings selten sofort. Alle Entscheidungen müssten eben erst durch die Behörden und den Kulturausschuss. »Aber prinzipiell spüren wir allseitige Gesprächsbereitschaft und dass man helfen will.«

Ähnlich ambitioniert ist der Netzwerkgedanke auch in der Bildenden Kunst beim 2007 eröffneten sogenannten Kulturbahnhof, dem »KuBa – Kulturzentrum am EuroBahnhof«, einer historischen Immobilie in Bahnhofsnähe. In Vereinsträgerschaft und von der Stadt bezuschusst werden dort kuratierte Ausstellungen gezeigt, es finden unterschiedlichste kulturelle Veranstaltungen statt, es gibt auch Künstlerateliers im Haus.

Präsentation und Zelebration zeitgenössischer Kunst brauchte in Saarbrücken in der Vergangenheit kulturpolitischen Willen, denn trotz Status einer Landeshauptstadt verfügt Saarbrücken über keine Kunsthalle, in der temporäre Ausstellungen und Sonderschauen moderner und zeitgenössischer Kunst gezeigt werden. »Das fangen wir jetzt wieder mit der Stadtgalerie auf«, erklärt Thomas Brück. Von Februar bis April 2017 etwa wird »London Calling« gezeigt mit aktueller Malerei aus Großbritannien von Paul Morrison (Jahrgang 1966) und Jost Münster (Jahrgang 1968). Aufgabe der Stadtgalerie ist es, internationalen, avantgardistisch ausgerichteten Künstlern, gegenwärtigen Trends und Positionen ihren Platz in der Stadt zu geben, und zwar in Ausstellungen für jeweils drei Monate. Eine Aufgabe, die der Stadt wichtig ist. So wichtig, dass sie sie kulturpolitisch rückerobert hat.

Anhand der Stadtgalerie lässt sich nämlich das für eine Landeshauptstadt typische kommunal-kulturpolitische Wechselspiel exemplarisch aufzeigen. Ursprünglich, als die Städte der alten Bundesrepublik noch großzügig Kulturgelder ausgaben, wurde die Stadtgalerie 1985 als städtische Einrichtung gegründet. Sie wurde aber schon 1994 in die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz integriert, nicht nur aus finanziellen Gründen. Von der Anbindung erhoffte man sich nicht zuletzt auch Vorteile in der inhaltlichen Programmierung. Das allerdings erwies sich langfristig als Enttäuschung. Es mangelte an Ausstellungsideen. Thomas Brück: »Es lief zuletzt wie ein Appendix der großen Stiftung, mehr schlecht als recht.« Mit klarem Mehrheitsbeschluss aus rot-rot-grün entschied sich 2010 deshalb der Stadtrat, die Stadtgalerie wieder zurückzunehmen in kommunale Trägerschaft. Der Vertrag mit der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz wurde gekündigt, zudem beschloss der Stadtrat, dass ein neues Galerie-Konzept entwickelt werden sollte. »Seit der Zeit läuft es besser«, sagt Brück im Rückblick.

Dieser ungewöhnlichen Entscheidung, eine Institution wieder in die städtische Kultur-Freiwilligkeit zurückzuholen, ging im Übrigen auch eine der wenigen kulturpolitischen Debatten voraus, die innerhalb der Kommune kontrovers und streitbar geführt wurden. Ansonsten verläuft kommunale Kulturpolitik in Saarbrücken eher einvernehmlich. In Bezug auf die Stadtgalerie hielt jedoch die CDU vehement gegen die Rückführung in städtische Trägerschaft, auch der damalige FDP-Kulturdezernent Erik Schrader rückte die finanziellen Vorteile in den Vordergrund. Letzten Endes ging es in diesen Jahren auch um kulturpolitisches Misstrauen. Die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz sollte einen schmucken Neubau bekommen, das »Museum der Gegenwart«, das den Standort der Stadtgalerie abermals in den Schatten zu stellen drohte. Dass sich der besagte Neubau skandalös verteuerte, von zunächst neun auf letzter Stand 39 Millionen Euro, dass die Baustelle über Monate stillstand und bis dato auf ihre Eröffnung wartet – war damals noch nicht abzusehen. Bloß gut, mag man da sagen. Die Stadtgalerie, innerstädtisch am St. Johanner Markt gelegen, ist heute ein gut geführtes Haus und es trägt seinen Teil bei zur urbanen Attraktivität: Das Leben in der Stadt ist, dass Leute gern flanieren gehen und shoppen. Für kommunale Kulturpolitik zählen solche Argumente durchaus mit bzw. kommen bei der Überzeugungsarbeit über Parteigrenzen hinweg zum Tragen.

Zur Erinnerung: Saarbrücken ist »Haushaltsnotlagegemeinde« – allein den Erhalt der kulturellen Infrastruktur zu sichern, darin besteht bereits die Herausforderung! Doch auch »im Bestand« kann Saarbrücken kulturell gut überregionale Reichweiten erzielen. Das jährlich im Januar organisierte Filmfestival Max Ophüls wird als städtische Gesellschaft betrieben, es wird realisiert zusammen mit Sponsoren und der Landesregierung und hat sich seit 1980 als das Nachwuchsfestival des deutschsprachigen Films entwickelt. Die Vorstellungen, die an den Festivaltagen laufen, werden in der Regel von zahlreichem und jungem Publikum besucht. Ausgezeichnet werden mit dem Max Ophüls Preis Nachwuchsfilmer in verschiedenen Kategorien wie Langfilm, Regie, Dokumentar, Darsteller. Es gibt einen Ehrenpreis, einen Publikumspreis sowie Auszeichnungen für Kurzfilm, Drehbuch und weiteres. Die Vielfalt der Auszeichnungen vermittelt dabei in die Öffentlichkeit die Bandbreite des künstlerischen Arbeitsmarktes der Film- und Kinokunst. Saarbrücken hat hier als Stadt Verantwortung, auch für die Filmszene außerhalb Deutschlands, womit das Filmfestival Max Ophüls nicht mehr als kulturpolitisches Kleinformat zu zählen ist. Mit bescheidenen Mitteln muss es dennoch auskommen: Für Hotels reicht das Budget nicht. Auch 2017 werden wieder für teilnehmende Jungfilmer Unterkünfte und Schlafmöglichkeiten von Saarbrücker Gastgebern gesucht. Egal ob Coach oder Feldbett… wer kennt jemanden? Auch hier erweist sich die überschaubare und liebenswerte Stadt wieder mal als unschlagbar.

FOTO: KLEINBLITTERSDORFER - EIGENES WERK, CC BY-SA 3.0, HTTPS://COMMONS.WIKIMEDIA.ORG/W/INDEX.PHP?CURID=4359857

Terminal Nord des Hauptbahnhofs Saarbrücken

SAARBRÜCKEN: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner: 180.047

Fläche: 167 km²

Bevölkerungsdichte: 1.066 Einwohner pro km²

Nächste Oberbürgermeisterwahl: voraussichtlich Mai 2019

Nächste Kommunalwahl: Frühjahr 2019

Oberbürgermeisterin: Charlotte Britz (SPD)

Dezernent für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Umwelt: Thomas Brück (Bündnis 90/Die Grünen)

Kulturausgaben: 11,5 Millionen Euro pro Jahr

Kulturausgaben pro Einwohner: 63,87 Euro pro Jahr

Sven Scherz-Schade ist freier Journalist und arbeitet u. a. zu den Themen Kultur und Kulturpolitik für den Hörfunk SWR2

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Im Anschluss an die Serie zur Landeskulturpolitik beleuchtet diese Reihe die aktuelle Kulturpolitik aller Hauptstädte der deutschen Bundesländer – mit Ausnahme der drei Stadtstaaten. In sieben Ausgaben nehmen wir jeweils zwei Landeshauptstädte unter die Kulturlupe. Bisher wurde über Stuttgart und Düsseldorf berichtet.

Ungelöste Charakterfrage

Kultur und Identität in Wiesbaden

PETER GRABOWSKI

Wiesbaden hat es nicht leicht. Im Rücken der Stadt liegt der Rhein, dahinter gleich Mainz, also Rheinland-Pfalz. Und vor der Brust das riesige Frankfurt. Die hessische Metropole ist nicht nur ein kultureller Magnet, sondern auch ein kulturpolitisches Ausrufezeichen. Der große Hilmar Hoffmann als Dezernent und die charismatische Petra Roth als Oberbürgermeisterin prägten hier eine Ära exorbitanten kulturellen Auf- und Ausbaus.

Erschwert wird die Situation durch einen historisch begründeten Phantomschmerz. Im 19. Jahrhundert geriet das mittelalterliche Wisibada – das »Bad in den Wiesen« – auf die europäische Landkarte: Der deutsche Kaiser liebte den Kurort und seine Thermalquellen; er zog erst den kontinentalen Hochadel in die Stadt, dann auch das wohlhabende Bürgertum aus aller Herren Länder.

Obwohl die Amerikaner Wiesbaden nach dem 2. Weltkrieg dann auch offiziell in den Stand einer Landeshauptstadt erhoben, kann die republikanische Gegenwart mit der glanzvollen Geschichte nicht so recht mithalten. Das schmerzt die Einwohnerschaft; die gehobenen Schichten und die Kulturschaffenden leiden darunter – auf unterschiedliche Art und Weise – ganz besonders. Vielleicht deshalb werden in Wiesbadens Kulturpolitik schon seit Jahrzehnten immer wieder mindestens seltsame Entscheidungen gefällt.

Die Abtretung des früheren Stadtmuseums an das Land Hessen im Jahre 1973 ist vielleicht die auffälligste. Das ist zwar lang her, wirkt aber bis heute nach, denn erst im September wurde ein neues Stadtmuseum eröffnet. Es trägt den Namen »sam«, eine Kurzform für »stadtmuseum am markt«. Eigentlich müsste es aber »sum« heißen, weil es in einem alten Gewölbekeller unter dem zentralen Stadtplatz installiert wurde. 900.000 Euro hat Wiesbaden in die Sanierung gesteckt; diese Summe wird später im Text verschwindend gering wirken. »sam«-Kurator Torben Giese zeigt Stücke aus 40.000 Jahren Siedlungsgeschichte; Kern des Fundus ist die Sammlung Nassauischer Altertümer. Die wurde erst mit dem alten Stadtmuseum an das Land übertragen, 2010 erfolgte die Rückübernahme durch die Kommune. Ein typisches Wiesbadener Hin und Her.

In seinem Weihnachtsgruß Mitte Dezember lobte Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) die gelungene Eröffnung des »sam« mit mehr als 2.000 Besuchern nachdrücklich. Dazu hat er auch allen Grund, war er doch an dessen unrühmlicher Vorgeschichte maßgeblich beteiligt: Erst als einfacher Stadtverordneter, dann als parlamentarischer Geschäftsführer, ab 2011 als Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat. 2013 wurde er schließlich zum Stadtoberhaupt gewählt. In jenem Jahr nahm die Große Koalition aus CDU und SPD in der Volksvertretung bereits den zweiten Anlauf zu einem neuen Stadtmuseum innerhalb kürzester Zeit.

Die Stadt steht für nichts, weder nach außen, noch nach innen

Dabei wurde ein innerstädtisches Filetgrundstück in einer Hauruck-Aktion an die OFB verkauft, eine Projektentwicklungstochter der Hessischen Landesbank. Der Preis betrug 14,5 Millionen Euro und lag deutlich unter dem offiziellen Verkehrswert. Die OFB sollte auf der hinteren Hälfte des Areals Wohn- und Geschäftsbauten errichten, auf der vorderen das Museum. Das wollte die Stadt anschließend mieten; 30 Jahre lang, für einen jährlichen Zins von gut 1,9 Millionen und einer Restzahlung von weiteren fünf Millionen Euro zum Ende der Laufzeit – Betriebskosten exklusive, natürlich. Dann wären Museum und Teilgrundstück wieder zurück an die Kommune gegangen, für eine Gesamtsumme von deutlich mehr als 60 Millionen Euro. Das erste Stadtmuseumsprojekt kurz zuvor war noch an der deutlich niedrigeren Kostengrenze von 24 Millionen krachend gescheitert.

Für die gut zweieinhalbfache Summe hätte es allerdings einen Ausstellungsbau aus der Feder des Stararchitekten Helmut Jahn geben sollen. Dessen internationale Referenzliste ist fast so dick wie das Wiesbadener Telefonbuch: Konzernzentralen, Flughäfen, Bahnhöfe, Shopping Malls. Jahn hat sehr viele Hochhäuser und Türme gebaut; ein originärer Museumsbau war allerdings nicht dabei. Schnell verspotteten die Wiesbadener seinen Entwurf aus Glas und Stahl mit acht Meter hohen Decken als »Autohaus«. Die Folge war massiver Widerstand der Bevölkerung und vor allem der Kulturschaffenden. Im »Arbeitskreis Stadtkultur« versammeln sich seit vielen Jahren mehr als 30 Einrichtungen der hessischen Landeshauptstadt, vom Aktiven Museum bis zum Velvets Theater. Fast alle gehören zur Freien Szene; als einziger Betrieb der Öffentlichen Hand ist das Staatstheater dabei (48 Prozent Stadt, 52 Prozent Land). Sprecherin des Gremiums ist Wiesbadens frühere Kulturdezernentin Margarethe Goldmann. Die parteilose Politikerin war 1986 bundesweit eine der ersten, die von den Grünen in dieses Amt geschickt wurde. Heute ist Goldmann eine veritable Nervensäge für die kulturpolitisch Verantwortlichen in der Stadt: Sie kennt und beherrscht die Machtmechanismen in Politik und Verwaltung, kann Haushalte lesen und weiß, wie man Bündnisse schmiedet.

Goldmann hat das Bürgerbegehren gegen das Museumsprojekt früh unterstützt. Als sein Erfolg immer wahrscheinlicher wurde, zogen die Spitzen von Rat und Verwaltung kurz vor Weihnachten 2014 – im wahren Sinne des Wortes »über Nacht« – die Reißleine: Nur einen Tag nach Präsentation der Pläne mit dem Architekten musste Kulturdezernentin Rose-Lore Scholz (CDU) das neuerliche Aus für das Stadtmuseum verkünden. Der bereits erfolgte Grundstücksverkauf wurde im Jahr darauf rückabgewickelt. Die Stadt verlor dabei zwar Geld, aber bei weitem nicht so viel wie mit dem Museumsprojekt in Public Private Partnership (PPP).

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister hat danach mehrfach erklärt, das Projekt sei in dieser Form »ein Fehler« gewesen. Die CDU hingegen ist seitdem grundsätzlich verstimmt. Bereits vor dem Rückzieher – auch seiner Partei – hatte der Fraktionsvorsitzende Bernhard Lorenz in Interviews kaum verklausulierte Drohungen gegenüber der Freien Szene ausgesprochen. Gleichzeitig lobte er die Kulturdezernentin für ihre erfolgreiche Planung. Diese Sicht hat er bis heute einigermaßen exklusiv.

Unter anderem hatte Scholz nämlich öffentlich behauptet, das Museum sei ein »Geschenk« des Immobilienentwicklers OFB an die Stadt. Auch ansonsten agierte sie mindestens unglücklich; in ihrer Amtszeit ging dem Wiesbadener Kulturleben so manche Institution verlustig. Darunter die Biennale »Wiesbadener Kunstsommer«, der im aktuellen Doppelhaushalt der städtische Zuschuss gestrichen wurde, oder auch das »Pariser Hoftheater«, ein echtes Kleinod von Freier Bühne in der Innenstadt. Nach Lesart der Dezernentin hatten dessen Macher 2014 freiwillig aufgegeben. Tatsächlich waren sie – nach immerhin 26-jährigem Bestehen – die permanente finanzielle Unsicherheit einfach Leid und haben die Stadt größtenteils verlassen.

Rose-Lore Scholz ist im »Magistrat«, das in Hessen teils haupt-, teils ehrenamtlich besetzte, operative Führungsorgan der Stadt, als beamtete Dezernentin für Kultur, Schule und Integration tätig. Die CDU-Politikerin wird Anfang Januar 68 Jahre alt und erreicht damit die Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte. Trotzdem wird sie nicht in Pension gehen: Die von der Gemeindeordnung vorgeschriebene Nachfolge ist nicht geregelt. Tatsächlich haben es die Parteien in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung im Laufe des Dreivierteljahres seit den Kommunalwahlen im März 2016 nämlich nicht geschafft, eine »Regierungs«-Kooperation zu schmieden.

Der bisherige Zuschnitt des Scholz-Dezernats könnte der Macht-Arithmetik im künftigen Magistrat zum Opfer fallen und Oberbürgermeister Gerich die Kultur einem anderen der hauptamtlichen Dezernenten zuordnen. Oder er legt sie sogar in die Obhut eines der ehrenamtlichen Mitglieder. Das würde eine enorme Schwächung von Kunst und Kultur im politischen Gefüge der Landeshauptstadt bedeuten. Diese Gefahr hat den »Arbeitskreis Stadtkultur« neuerlich auf den Plan gerufen. In einer Resolution fordert die Szene, die Stelle im Jahr 2017 öffentlich auszuschreiben. Ein detailliertes Bewerberprofil hat das Gremium vorsorglich gleich mitgeliefert. Dass man in der Wiesbadener Kommunalpolitik oft nicht so richtig weiß, was man eigentlich überhaupt wollen soll, wird von der Zivilgesellschaft mittlerweile eingepreist.

Das Problem ist ein kulturpolitisches – allerdings in einem viel tieferen Sinne als üblich: Der Stadt mangelt es an Identität. In der Bevölkerung herrscht große Fluktuation, eine Zwei-Drittel-Mehrheit der aktuellen Einwohner ist zugezogen; von den 40-Jährigen sind sogar nur 20 Prozent in Wiesbaden geboren. Die Stadt steht zudem für nichts, weder nach außen, noch nach innen. Der Oberbürgermeister versucht mit einer gefühligen Kampagne gegenzusteuern: »Vom Ich zum Wir!« Inhalt? Fehlanzeige.

Gern kolportiert wird in diesem Zusammenhang das Zitat eines prominenten Wiesbadener Kulturmannes. Der hat in einer internen Diskussion – in Anlehnung an den berühmten Werbeslogan des Landes Baden-Württemberg – über Wiesbaden einen Satz gesagt, der seine wahre Sprengkraft erst beim dritten, fünften und zehnten Lesen in Gänze entfaltet: »Wir haben alles – außer Charakter!«

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter

WIESBADEN: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner: ca. 290.000

Fläche: ca. 204 km²

Bevölkerungsdichte: ca. 1.354 Einwohner pro km²

Nächste Oberbürgermeisterwahl: 2019

Nächste Kommunalwahl: 2021

Oberbürgermeister: Sven Gerich (SPD)

Dezernentin für Schule, Kultur und Integration (bis Ende 2016): Rose-Lore Scholz (CDU)

Kommunale Ausgaben für Kultur: ca. 39 Millionen Euro pro Jahr

Kommunale Kulturausgaben pro Einwohner: ca. 135 Euro pro Jahr

FOTO: JÖRG HACKEMANN / FOTOLIA.COM

Der Hauptbahnhof Wiesbaden bei Abenddämmerung

Kulturgüter sind besondere Güter

Man muss die Kulturwirtschaftsentwicklung differenziert betrachten

GABRIELE SCHULZ

Im November letzten Jahres erschien der »Monitoringbericht 2016. Ausgewählte wirtschaftliche Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kurzfassung«, im Folgenden kurz Monitoringbericht. Herausgegeben wird der Monitoringbericht von der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft, die gemeinsam vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien getragen wird. Abgerufen werden kann er auf der Seite der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft unter: http://bit.ly/2gzzb22. Mit dem Monitoringbericht 2016 wird an die in den Vorjahren erschienenen Monitoringberichten angeknüpft.

Unter Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft werden in den Monitoringberichten erwerbwirtschaftlich orientierte Unternehmen der folgenden elf Teilbranchen verstanden:

- Musikwirtschaft,
- Buchmarkt,
- Kunstmarkt,
- Filmwirtschaft,
- Rundfunkwirtschaft,
- Markt für darstellende Künste,
- Architekturmarkt,
- Designwirtschaft,
- Pressemarkt,
- Werbemarkt,
- Software-/Games-Industrie.

Daneben gibt es noch die Kategorie Sonstige, die unter anderem Herstellung von Münzen, privatwirtschaftliche Archive und anderes enthält. Wesentliches Kriterium zur Zugehörigkeit einer der Teilbranchen ist die Mehrwertsteuerpflicht der Unternehmen sowie ihr ökonomisches Ziel mit der Herstellung oder der Verwertung von Kunst und Kultur Geld zu verdienen. Durch öffentliche Mittel, Gebühren oder Abgaben finanzierte Unternehmen gehören nicht dazu. Oder um es an einem Beispiel deutlich zu machen, die privaten Rundfunksender gehören in die Teilbranche Rundfunkmarkt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht. Im Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht ist es unerheblich, ob jemand als freier Journalist seine Brötchen verdient oder ein Rundfunkunternehmen ist bzw. ob jemand als bildender Künstler arbeitet oder eine Galerie unterhält usw.

Für den Monitoringbericht werden keine eigenen Daten erhoben, sondern die vorhandenen Daten des Statistischen Bundesamts und der Bundesagentur für Arbeit neu aggregiert. Diese Vorgehensweise wurde auch bei den bereits vorliegenden Monitoringberichten gewählt, sodass inzwischen längere Datenreihen aufgebaut wurden, die die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft seit dem Jahr 2009 nachverfolgen lassen.

Im Monitoringbericht 2016 wird die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft wiederum mit der Entwicklung anderer Sektoren verglichen, so der Chemischen Industrie, der Energieversorgung, den Finanzdienstleistern, dem Maschinenbau und der Automobilindustrie.

Befunde zur Branchenentwicklung

Die Zahl der Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft hat seit 2010 kontinuierlich zugenommen. Wurden im Jahr 2010 239.500 Unternehmen verzeichnet, so sind es im Jahr 2015 250.600. Auch der Umsatz in der Kultur- und Kreativwirtschaft wuchs von rund 137 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf über 150 Milliarden Euro im Jahr 2010. Gleichfalls kann für die Zahl der Erwerbstätigen auf ein Wachstum verwiesen werden. Waren im Jahr 2010 952.400 Erwerbstätige in dieser Branche zu verzeichnen, so sind im Jahr 2015 1.084.900. Dieser Zuwachs an Erwerbstätigen drückt sich auch in einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus. So konnten 2010 712.800 sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige ausgemacht werden und im Jahr 2015 834.300. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ging von 592.900 im Jahr 2010 auf 518.700 im Jahr 2015 zurück.

Alles Daten, die auf eine positive Entwicklung dieser Branche verweisen. Allerdings verharrt die Zahl der Selbständigen und Freiberufler mit einem Jahresumsatz von weniger als 17.500 Euro bei rund 211.000. Daraus folgt, dass es offenbar einen stabilen Sockel von Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt, die nur sehr geringe Umsätze erzielen und damit am Rande des Existenzminimums arbeiten.

Und die Teilbranchen

Die Entwicklung der verschiedenen Teilbranchen ist, wie in den Vorjahren auch, differenziert zu betrachten. Mit Blick auf die Zahl der Unternehmen ist im Vergleich der Jahre 2010 und 2015 folgende Entwicklung festzustellen

- Software-/Games-Industrie + 7.925,
- Designwirtschaft + 7.358,
- Markt für darstellende Künste + 2.624,
- Rundfunkwirtschaft +558,
- Filmwirtschaft +497,
- Buchmarkt + 486,
- Architekturmarkt + 169,
- Musikwirtschaft + 111,
- Kunstmarkt - 498,
- Pressemarkt - 1.652,
- Werbemarkt - 5.400.

Der größte Zuwachs an Unternehmen ist in der Software-/Games-Industrie festzustellen. Einem Teilmarkt der bereits seit einigen Jahren wächst. Spürbar mehr Unternehmen sind ebenso in der Designwirtschaft und im Markt für darstellende Künste zu verzeichnen. Wie stabil diese Entwicklung und vor allem welche ökonomischen Perspektiven die Unternehmen in diesen Branchen haben, wird sich noch erweisen müssen. Insbesondere im Markt für darstellende Künste wird es sich teilweise auch um Schauspieler bzw. Schauspielerinnen oder Tänzer bzw. Tänzerinnen handeln, die noch vor einem Jahrzehnt üblicherweise angestellt waren. Gesunken ist die Zahl an Unternehmen im Kunstmarkt, im Pressemarkt und im Werbemarkt. Speziell im Pressemarkt wirkt sich die Konzentration im Pressewesen auch in sinkenden Unternehmenszahlen aus.

Hinsichtlich der Umsatzentwicklung in Millionen Euro kann im Vergleich des Jahres 2015 mit dem Jahr 2010 das Folgende ausgewiesen werden:

- Software-/Games-Industrie + 7.243,
- Musikwirtschaft + 2.043,
- Rundfunkwirtschaft + 2.036,
- Architekturmarkt + 1.992,
- Markt für darstellende Künste + 999,
- Filmwirtschaft + 584,
- Designwirtschaft + 424,
- Werbemarkt - 23,
- Kunstmarkt - 266,
- Buchmarkt - 548,
- Pressemarkt - 574.

Das größte Umsatzplus verzeichnet die »Boombranche« Software-/Games-Industrie, gefolgt von der Musikwirtschaft, der Rundfunkwirtschaft, dem Architekturmarkt, dem Markt für darstellende Künste, der Filmwirtschaft und der Designwirtschaft. Eine negative Entwicklung, also im Jahr 2015 einen geringeren Umsatz als im Jahr 2010, verzeichneten der Werbemarkt, der Kunstmarkt, der Buchmarkt und der Pressemarkt. Beim Werbemarkt, Kunstmarkt und Pressemarkt ist auch die Zahl der Unternehmen zurückgegangen.

Wird die Zahl der Erwerbstätigen, also der Selbständigen, der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der geringfügig Beschäftigten betrachtet, zeichnet sich im Vergleich des Jahres 2015 mit dem Jahr 2010 folgendes Bild:

- Software-/Games-Industrie + 107.591,
- Designwirtschaft + 15.756,
- Architekturmarkt + 15.259,
- Werbemarkt + 8.592,
- Markt für darstellende Künste + 6.829,
- Rundfunkwirtschaft + 3.725,
- Musikwirtschaft + 1.577,
- Filmwirtschaft + 1.406,
- Kunstmarkt - 772,
- Buchmarkt - 3.928,
- Pressemarkt - 13.345.

Die stärksten Zuwächse sind an Erwerbstätigen sind in der Software-/Games-Industrie festzustellen. Sie hat nicht nur einen Zuwachs von 107.591 Erwerbstätigen zu verzeichnen, sie stellt mit 337.875 Erwerbstätigen im Jahr 2015 die meisten Beschäftigten einer Teilbranche in der Kultur- und Kreativwirtschaft überhaupt. Auch in der Designwirtschaft und im Architekturmarkt sind Zuwächse bei der Zahl der Erwerbstätigen zu verzeichnen. Hingegen ist die Zahl der Erwerbstätigen im Kunstmarkt, im Buchmarkt und vor allem im Pressemarkt gesunken.

Wird eine Reihenfolge der Teilbranchen mit Blick auf die Zahl der Erwerbstätigen gebildet, so liegt auf Platz 1 ganz klar die Software-/Games-Industrie. Erst mit deutlichem Abstand folgen der Pressemarkt, der mit 149.949 Erwerbstätigen trotz Verlusten in den letzten Jahren an Platz 2 steht, gefolgt vom Werbemarkt und der Designwirtschaft. Die geringste Zahl an Erwerbstätigen weist mit 18.388 der Kunstmarkt auf.

- Software-/Games-Industrie 359.267,
- Pressemarkt 149.949,
- Werbemarkt 145.555,
- Designwirtschaft 141.610,
- Architekturmarkt 117.148,
- Buchmarkt 79.922,
- Filmwirtschaft 58.686,
- Musikwirtschaft 48.267,
- Rundfunkwirtschaft 42.606,
- Markt für darstellende Künste 40.049,
- Kunstmarkt 18.388.

Vergleich mit anderen Branchen

Wird die Kultur- und Kreativwirtschaft mit anderen Branchen verglichen, so sind die Befunde deutlich nüchterner zu bewerten. Andere Branchen, insbesondere die exportorientierten Branchen des herstellenden Gewerbes wie Maschinenbau und Automobilindustrie weisen höhere Wachstumsraten auf. Auch liegt deren Beitrag zur Bruttowertschöpfung in der Bundesrepublik deutlich höher als der der Kultur- und Kreativwirtschaft. Um nicht zu sagen, dass der Abstand in den letzten Jahren gewachsen ist. Hieraus folgt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft zwar innerhalb der Branche eine positive Entwicklung nimmt, sie aber im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen keine herausgehobene Position einnimmt.

Internationalisierung

Neben den in jedem Monitoringbericht verbindlich dargestellten Entwicklungen zur Zahl der Unternehmen, Umsatzentwicklung sowie Erwerbstätigen in der Kultur- und Kreativwirtschaft insgesamt und speziell in den Teilbranchen widmet sich jeder Monitoringbericht einem speziellen Thema. Im Jahr 2016 war es das Thema Internationalisierung. Der wesentliche Befund ist hier, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft sehr viel weniger exportorientiert ist als die Branchen aus dem verarbeitenden Gewerbe wie Maschinenbau oder Automobilindustrie.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört also nicht wie der genannte Maschinenbau oder die Chemische Industrie, die fast 50 Prozent Exportquote aufweisen, zu den Branchen, die zum Status von Deutschland als Exportweltmeister beitragen. Die Autoren des Monitoringberichts führen die geringe Exportorientierung auf den hohen Dienstleistungsgrad in der Kultur- und Kreativwirtschaft zurück.

Dieses ist sicherlich ein Aspekt. Wesentlicher erscheint mir aber ein anderer. Kulturgüter sind, man kann es gar nicht oft genug sagen, besondere Güter. Sie sind einerseits Handelsgüter, andererseits haben sie aber einen ideellen Wert und transportieren Ideen, Werte und Einstellungen. Sie sind daher nicht überall verständlich und einsetzbar wie es bei einer Maschine der Fall ist.

Kunst und Kultur sind zumeist nur im Kontext verständlich und sehr oft sprachgebunden. Das Verständnis und damit der Genuss dieser Waren und Dienstleistungen sind nicht so ohne weiteres möglich, wie es bei einem Auto oder eine Maschine der Fall ist.

Gerade weil dies so ist, besteht in der Kultur- und Kreativwirtschaft auch eine große Zurückhaltung gegenüber der Liberalisierung des Freihandels. Vorteile durch höhere Exporte sind kaum zu erkennen, weil die Handelshemmnisse nicht beim Zoll oder unterschiedlichen Blinkerfarben liegen, sondern weitaus grundsätzlicher in verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen sowie der deutschen Sprache.

Den Besonderheiten dieser Branche gilt es daher, bei Freihandelsverhandlungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um negative Effekte zu vermeiden. Bislang ist eine solche Aufmerksamkeit kaum zu erkennen.

FOTO: ELIS LASOP / FOTOLIA.COM

Kunst und Kultur sind zumeist nur im Kontext verständlich und sehr oft sprachgebunden. Das Verständnis und damit der Genuss dieser Waren und Dienstleistungen sind nicht so ohne weiteres möglich, wie es bei einem Auto oder eine Maschine der Fall ist

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOKUS

Kultur in strukturschwachen Regionen stärken

5 Fragen zu »TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel«

Theresa Brüheim: Was genau ist »TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel«? Was sind Idee und Zielsetzung des Programmes?
Samo Darian: Bei dem Programm TRAFO geht es darum, die Angebote und Inhalte von Kultureinrichtungen in ländlichen Räumen und strukturschwachen Regionen zu stärken: Bestehendes soll neu gedacht und Altes vielleicht auch losgelassen werden. Viele kulturelle Einrichtungen wie Heimatmuseen, Stadtbüchereien, Kulturzentren oder Musikschulen in kleinen Städten und auf dem Land stehen vor großen Herausforderungen. Sie alle stellen sich Fragen nach ihrer Zukunftsfähigkeit: Was können wir uns in Zukunft überhaupt noch leisten? Welches Kulturangebot können wir unseren Bürgern noch bieten? Wie können wir junge Menschen erreichen, aber auch die Älteren? Kommen vielleicht ganz neue Aufgaben auf uns als kulturelle Einrichtung zu? Und wie können Impulse von unseren Inhalten für die Menschen in der Region ausgehen? Die durch TRAFO geförderten Kultureinrichtungen haben sehr unterschiedliche Strategien entwickelt, Antworten auf diese Fragen zu finden, um das kulturelle Angebot in ihrer Region weiterzuentwickeln.

Mit »TRAFO« wendet sich die Kulturstiftung des Bundes erstmals gezielt an ländliche Regionen und kleinere Gemeinden mit ihrem Kulturangebot, um dort Transformationsprozesse anzustoßen. Weshalb erscheint es gerade zu diesem Zeitpunkt erstrebenswert, Kultur in ländlichen Regionen gezielt zu fördern?
Außerhalb der Metropolen existiert eine große Dichte an interessanten kulturellen Einrichtungen. Diese gilt es zu stärken und sichtbar zu machen, denn genau hier, in den kleineren Städten und Gemeinden, leben die meisten Menschen in Deutschland. Doch in einigen, insbesondere strukturschwachen Regionen, drohen diese über Jahrzehnte gewachsenen kulturellen Strukturen wegzubrechen. Die Frage, die sich daher stellt, ist, was in diesen Orten noch bleibt, wenn neben Arztpraxen und Dorfläden auch noch die Bücherei, das Dorfmuseum oder andere kulturelle Orte der Begegnung ihre Arbeit reduzieren müssen oder sie ganz wegfallen. Wo und mit welchen Mitteln werden dann dort aktuelle Themen und Fragen der Bevölkerung diskutiert? Darauf müssen Antworten gefunden werden. Im Rahmen von TRAFO nehmen beispielsweise zwei Projekte ganze Landkreise in den Blick und etablieren regionale Fonds zur Stärkung kooperativer Projekte oder Patenschaften zum Wissenstransfer zwischen größeren und kleineren Institutionen. Die Projekte in zwei weiteren Regionen konzentrieren sich darauf, einzelne Kultureinrichtungen zu transformieren, sie beispielsweise interkulturell zu öffnen oder die Verantwortung für Inhalte und Strukturen an die regionale Bevölkerung zu übergeben.

Mit welchen Herausforderungen sehen sich Kulturinstitutionen fernab von Großstädten heute konfrontiert? Wie unterscheidet sich ihre Arbeitsweise und auch Zielsetzung von städtischen Einrichtungen und Initiativen?
Die Anforderungen an Kultur und kulturelle Angebote wandeln sich in ländlichen Räumen ähnlich stark wie in der Stadtgesellschaft. Wenn es also glückt, Kultureinrichtungen für heutige Aufgaben »fit« zu machen, dann können sie neue und wichtige Funktionen erfüllen – in Metropolen wie auf dem Land. Die Voraussetzungen sind aber zum Teil unterschiedlich. Beispielsweise spielt das Ehrenamt bei vielen Heimatmuseen, kleinen Bühnen und Kulturzentren in kleineren Städten eine sehr große Rolle. Doch oft tun sich diese Einrichtungen schwer mit dem Generationenwechsel. Immer weniger junge Menschen interessieren sich für ihre Arbeit oder engagieren sich aktiv. Daher ist es ein großes Anliegen, in allen TRAFO-Projekten junge Menschen wieder für diese Einrichtungen zu begeistern, sie zu befragen, was sie mit dem Museum oder Theater verbinden und auch den Alltag der jungen Leute in diesen Orten mit abzubilden. Hinzu kommt, dass es gerade in dünn besiedelten Gebieten wichtig ist, Kooperationen einzugehen und gemeinsam mit Partnern, Kulturangebote für eine ganze Region zu gestalten. Diese beiden Strategien der Öffnung der Einrichtungen hin zu neuen Themen, neuen Mitstreitern und neuen Kooperationen finden sich in allen TRAFO-Projekten. Und wir sind sehr gespannt, welches veränderte Selbstverständnis die Kultureinrichtungen vielleicht für ihre Arbeit entwickeln und welche neuen Aufgaben sie in Zukunft in ihren Regionen übernehmen werden.

FOTO: JOHANNA OLM

Das TRAFO-Projekt »Transformation des Museums Altranft – Werkstatt für ländliche Kultur« nimmt das Thema »Landschaft und Identität« in den Fokus

Für »TRAFO« wurden in ganz Deutschland vier Modellregionen – Oderbruch, Südniedersachsen, Saarpfalz und Schwäbische Alb – ausgewählt, die exemplarisch für die vielfältigen Herausforderungen in strukturschwachen Regionen stehen. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl? Weshalb wurde gerade diesen vier Regionen Modellcharakter zugeschrieben?
Dem TRAFO-Programm war eine zweijährige Recherche- und Entwicklungsphase vorangestellt. Wir haben in diesen zwei Jahren viele verschiedene Regionen bereist, sind dort mit den Kulturakteuren, der Politik und den Verwaltungen ins Gespräch gekommen, um zu erfahren, vor welchen Herausforderungen die einzelnen Regionen stehen. Zwei Voraussetzungen waren dann ausschlaggebend, damit sich aus diesen Erstgesprächen Ideen für Transformationsprojekte entwickeln konnten: Einerseits engagierte Institutionsleiter, die eine Vision haben, wie ihre Kultureinrichtung in fünf oder zehn Jahren aussehen soll. Daraus sind tolle Ideen entstanden, wie sie ihre Arbeit und Strukturen weiterentwickeln wollen. Andererseits Bürgermeister, Landräte und politische Vertreter, die bereit sind, an den Transformationsprozessen ihrer Einrichtungen aktiv mitzuwirken: finanziell und inhaltlich. Diese Allianz aus Kultur, Politik und Verwaltung ist aus unserer Erfahrung eine Bedingung für erfolgsversprechende Transformationsprozesse der kulturellen Einrichtungen. Und diese Voraussetzungen sind in den vier ausgewählten TRAFO-Regionen gegeben.

Das Projekt ist zunächst auf fünf Jahre angelegt. Noch steht es ganz am Anfang der Förderperiode, aber wie plant die Kulturstiftung des Bundes das Programm und die daraus gezogenen Erkenntnisse nachhaltig zu etablieren?
Die Frage nach einer nachhaltigen Sicherung unserer Arbeit beschäftigt uns auf zwei Ebenen. Einerseits haben wir uns das Ziel gesteckt, dass die geförderten Einrichtungen nach dem Ende der Förderung 2020 mit ihren Inhalten und Angeboten von der Bevölkerung auch weiterhin als attraktiv bewertet und angenommen werden. Dazu gehört auch, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern einen regelmäßigen Austausch mit den Verantwortlichen aus Politik und den Verwaltungen vor Ort haben, um ein gemeinsames Verständnis dafür zu entwickeln, welche Rolle die Kultureinrichtungen in ihren Regionen spielen und welchen Beitrag sie zur Gestaltung des demographischen Wandels dort leisten können. Darüber hinaus geht es uns aber auch darum darzustellen, wie solche Transformationsprozesse vor Ort eigentlich funktionieren. In den Modellregionen suchen wir mit TRAFO nach modellhaften Ansätzen, die wir Akteuren und Einrichtungen woanders zur Nachahmung empfehlen können. Gleichzeitig nehmen wir zentrale Fragen aus den Projekten auf: Welche neuen Aufgaben und Funktionen haben Kultureinrichtungen in ländlichen Räumen in Zukunft? Wie können sich Kultureinrichtungen interkulturell öffnen? Oder wie schafft man den Generationenwechsel ehrenamtlich geführter Kultureinrichtungen? Diese und weitere grundlegende Fragen wollen wir in den Regionen, in den Ländern aber auch überregional mit Entscheidern diskutieren und so die Erkenntnisse aus den Regionen nach außen geben.

Samo Darian ist Leiter des Programms »TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel«. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt abonnieren!

Abonnieren Sie jetzt für 18 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!
Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

FOKUS

Auf der Suche nach neuer Lebenskultur

Kulturelle Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Hoyerswerda

DORIT BAUMEISTER

Und zum ersten Mal dachte sie mit einer Art kalter Schadenfreude an die Vergänglichkeit dieser Siedlung, ihr Leben, das kurz sein wird wie das einer Goldgräberstadt: Die Kinder der Rollschuhläufer werden schon in fremden Städten arbeiten, wenn Bagger ihre Zähne in die Eingeweide dieser Stadt schlagen, und die Blöcke in Rauch und Staub zusammenstürzen, und die Wasser werden steigen und Boote mit weißen und orangenen Segeln über die Plätze und Viertel der Stadt gleiten, Vineta ohne Glocken, …«

Anfang der 1970er Jahre lässt die Schriftstellerin Brigitte Reimann ihre berühmte Romanheldin Franziska Linkerhand diese Prophezeiung aussprechen. Sie gilt der Zukunft von Hoyerswerda.

Die Stadt befand sich seit Mitte der 1950er Jahre im rasanten Wachstum. Die reichlich vorhandenen Braunkohlevorkommen in der Umgebung galt es für die junge Republik wirtschaftlich zu nutzen. Vor den Toren der Stadt gründete sich 1955 dafür das weltweit größte Braunkohlenveredlungswerk »VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe«.

Parallel dazu erfolgte der Ausbau der ehemaligen Ackerbürgerstadt Hoyerswerda zur modernen Wohn- und Lebensstadt. Ein städtebaulicher und technologischer Pilot mit Utopieanspruch. Neue Heimat für die landesweit anzuwerbenden Arbeitskräfte und ihre Familien.

Der Aufbau der Stadt zog sich bis zur Wende 1989. Ihre Einwohnerzahl hatte sich auf ca. 70.000 Menschen verzehnfacht, im Durchschnitt 35 Jahre jung und besonders kinderreich.

Die ab 1990 einsetzende Deindustrialisierung des Ostens und der Einbruch der Geburtenraten läuteten auch für Hoyerswerda eine neue Ära ein. Rund 40.000 Arbeitsplätze, direkt oder indirekt mit der Kohle verbunden, fielen fast schlagartig weg. Der hohen Arbeitslosigkeit und wachsenden Perspektivlosigkeit konnten sich die Hoyerswerdaer nur noch durch Abwanderung in verheißungsvollere Gegenden entziehen. Zehn Jahre nach der Wende hatten bereits 22.000 Menschen die Stadt verlassen. Unter den Dagebliebenen breitete sich immer mehr Lethargie aus. Jeder konnte vom Wegzug von Familienangehörigen und Freunden berichten. Viele sahen sich der Frage ausgesetzt, ob man bleibt oder geht. Erste Abbrüche von Wohnblöcken als Vorboten kennzeichneten bereits das Unvorstellbare, das Unumkehrbare. Das Image der Stadt, verbunden mit einem empfindlich gestörten Selbstwertgefühl, steuerte um die Jahrtausendwende auf seinen Tiefpunkt zu. Die rechtsradikalen Ausschreitungen 1991 und der anhaltende Funktions- und Bedeutungsverlust der Stadt drohten sich zum Bild eines Verlierers zu manifestieren. Ein öffentlicher Dialog darüber stellte sich nicht ein. Das Rathaus wandte sich erst Ende der 1990er Jahre planerisch dem Schrumpfungsprozess zu. Mit einer Offenbarung der realen Verhältnisse und deren Zukunftsprognosen befürchtete man jedoch das Abwanderungsverhalten der Einwohner noch zu verstärken.

Heute, 2016, leben in Hoyerswerda noch 28.000 Einwohner plus 5.000 eingemeindete Bürger aus dem Umland. Das Straßenbild ist grauhaarig geworden. Und der Trend hält an, auf weitere 6.000 Einwohner wird die Stadt bis 2025 wohl verzichten müssen. Tausende Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Straßen etc. sind bereits abgerissen. Große Flächen erhielt der Wald zurück, weitere werden folgen. Und obwohl der verbliebene Stadtkörper zu großen Teilen durchsaniert wurde, innerstädtische Brachen eine Gestalt erhalten haben, sogar Lücken in der Altstadt aufgefüllt wurden. Der Schrumpfungsprozess hat sich radikal auf die gesamte Stadt- und Funktionslandschaft, auf die gesamte Stadtgesellschaft ausgewirkt und prägt den Alltag.

Eine Haltung, sich nicht unterkriegen zu lassen

Umso verblüffender ist es, festzustellen, dass das Lebensgefühl in Hoyerswerda 2016 ein anderes ist. Nämlich spannend, vielseitig, reibungsvoll. Scheinbar unbeeindruckt vom anhaltenden Schicksal: dem Verlust an Menschen, an gebauter Heimat, an Arbeit, dem aus eigener Kraft nicht mehr zu behebenden Ungleichgewicht zwischen Jung und Alt …

Nicht wenig Dagebliebene nehmen heute weite Arbeitswege in die Region und weit darüber hinaus in Kauf. Nicht wenige akzeptieren geringere Löhne und Gehälter.

Dafür berichten sie von ungewöhnlichen Möglichkeiten und sozialem Miteinander. Von Qualitäten, die Identität, Stolz und Heimatgefühl stiften. Passiert ist der mentale Umbau in den Köpfen. Die Entwicklung einer selbstbewussten Haltung zur Verbannung von Trauer und Sprachlosigkeit. Eine Haltung, sich nicht unterkriegen zu lassen. Der Leere engagiert mit Kreativität, Fantasie und Anspruch zu kontern.

Hoyerswerda, Wohnkomplex 8 (WK8), Buchwalder Straße, im Sommer 2003: Auf einem seit Jahren verwaisten Wäscheplatz flattert plötzlich wieder Wäsche. Dahinter ein bereits ausgeschlachteter Plattenbau vom Typ P2. Das Bauschild davor verkündet »Hier entsteht eine Wiese«. Der benachbarte leerstehende Kindergarten hat wieder geöffnet.

Hoyerswerdaer Senioren führen dort das Theaterstück »Kap der Unruhe« auf, alle Vorstellungen sind restlos ausverkauft. Eine Berliner Künstlergruppe unterhält im Obergeschoss ein Baubüro, von dort aus begleiten und kommentieren sie den Abriss des P2.

Im Café hat ein Dokumentarfilm Premiere. Hoyerswerdaer reflektieren ihr Leben in der Stadt.

Absperrband mit der Aufforderung »Platz da« okkupiert einen großen Teil vom noch einzig belebten Platz in der Neustadt. Provokation zum Nachdenken im Umgang mit der Leere, in einer Stadt, in der reale Freiräume durch Abriss immer mehr werden.

Hängematten baumeln zwischen Wäschestangen, man kann es sich bequem machen zur Uraufführung des Einar Schleef-Textes »Das Denkmal«. Die hohle Platte im Hintergrund übernimmt die Rolle des Kyffhäusers.

Extreme Klänge erfüllen die Nacht, FM Einheit & Casper Brötzmann im Konzert. Wenige Momentaufnahmen des stadtsoziologischen Kunstprojektes Superumbau. Sechs Wochen lang begleiten über 30 Künstler den realen Abriss eines Wohnblocks bis zur Aussaat des Rasens. Dazu Stadtgespräche, Konzerte, Theater- und Filmvorführungen.

Superumbau gelang es 2003 das Schweigen zu brechen. Es hat dem Schmerz, den Ängsten eine erste öffentliche Plattform eingerichtet. In der Stadt selbst entbrannte darüber ein zum Teil heftiger Diskurs. Das Projekt forderte auf, sich dem Schrumpfungsprozess mit genauso viel Energie zu stellen, ihm schöpferisch zu begegnen wie seinerzeit dem Aufbau der Stadt. Es plädierte für einen gemeinsamen, öffentlichen Umgang und die Wahrnehmung sowie Aktivierung der Potentiale vor Ort. Superumbau setze den Impuls für eine außergewöhnliche Beteiligung am Wandel.

Den Staffelstab übernahm der Verein Kulturfabrik. Als Betreiber eines soziokulturellen Zentrums stellte er sich dieser experimentellen Herausforderung. Daraus entstanden ist eine anhaltende, zivilgesellschaftliche Bewegung von mitreißender künstlerischer und kultureller Vielfalt. Von Beginn an erfolgte dabei die Einbeziehung von Bewohnern als Akteure.

Erste Projekte wie »Hier bin ich geboren…« und »die 3. Stadt« dienten noch der Erinnerungskultur, der Schärfung des Bewusstseins für das noch unvorstellbare Ausmaß.

Mit »Verwunschene Orte« begann die temporäre Wiederbelebung von Brachen und Leerstand. Z. B. gestalteten über 300 Künstler und Bewohner jeden Alters einen zum Abriss geweihten Plattenbau im Vorfeld um und erfreuten damit über 2.000 Besucher.

Zum Wohngebietsfest ohne Wohngebiet reisten auch hunderte ehemalige Bewohner aus ganz Deutschland an. Straßenschilder aus Pappe halfen dabei, sich auf der neu errichteten Wiese zu orientieren. Insgesamt acht verwunschene Orte erzeugten einfach pure Lebensfreude.

»Auszeit-Nachdenken über H.« nutzte wiederholt eine zum Abriss geweihte Platte. Sieben thematische Forschungslabore generierten Visionen für die Stadtzukunft. Über 4.000 Besucher wurden zu Experten des Alltags bzw. ließen sich inspirieren.

Die Tanztheaterreihe »Eine Stadt tanzt« stellt über 70 Laien unter professioneller, choreografischer Leitung auf die Bühne. Monatelange, intensive Proben liegen vor jeder Premiere. Deutschlandradio äußert sich 2014 so: »In Hoyerswerda tanzen Laien aus allen Berufen und jeden Alters regelmäßig zusammen und sie erzählen immer wieder neue Seiten ihres Lebens. Und wie sie das machen, geht tief unter die Haut«.

Es ist unmöglich, den wirklichen Umfang dieser Beteiligungsform zu schildern. Wesentlich ist die Erfahrung, was eine kulturelle, zielgerichtete Begleitung von gesellschaftlichen Problemstellungen leisten kann. Sie bringt Menschen dazu, sich auseinanderzusetzen und zu engagieren. Sie schafft neue Formen von Lebenskultur, offenbart ungeahnte Potenziale, eröffnet neue soziale Räume. Den Aderlass anhalten konnte sie bisher nicht. Die Gegenwart wird gerade erst gestaltet, sie hilft jedoch Optionen auf Zukunft offenzuhalten.

Gegenwart gestalten hilft Optionen auf Zukunft offenzuhalten

Der Transformationsprozess allein in seiner Schwere macht Hoyerswerda bemerkenswert. Er bildet eine Art Matrix ab für das ostdeutsche und internationale Phänomen Schrumpfung in historisch kurzer Zeit. Doch erst die dadurch ausgelöste, kontinuierliche Suche nach einer neuen Form von urbaner Lebenskultur macht die Stadt und ihre Bewohner einzigartig.

Und die gleitenden Segelboote? Ja, es gibt sie. Die Tagebaulöcher sind mit Wasser gefüllt. Im Umfeld entsteht Europas größte künstliche Seenkette.

FOTO: KULTURFABRIK HOYERSWERDA

»Malplatte« – ein Projekt der Kulturfabrik Hoyerswerda: ein leer stehender Plattenbau als Kunstobjekt, dem über 300 Künstler allen Alters Farbe gaben

Dorit Baumeister ist Architektin und erste Stellvertreterin des Vorstands von Kulturfabrik e.V.

FOKUS

FOTO: CORRADOX / WIKIMEDIA COMMONS

Wasserkrater auf dem Gelände des Kulturparks »Aqua Magica« in Bad Oeynhausen

»LandArt« im Mühlenkreis Minden-Lübbecke

Kultur und Lebensqualität im ländlichen Raum

RALF NIERMANN UND RAINER RIEMENSCHNEIDER

Der Kreis Minden-Lübbecke hat ca. 313.000 Einwohner und liegt im Nordosten Nordrhein-Westfalens. Der Südosten des Kreisgebietes mit den Städten Minden, Bad Oeynhausen und Porta Westfalica grenzt an den ostwestfälischen Ballungsraum und ist eher städtisch geprägt. Der Norden und Westen des Kreises sind dagegen sehr ländlich geprägt.

Diese Siedlungsstruktur hat auch Auswirkungen auf das Kulturangebot des Kreises. In Minden und Bad Oeynhausen gibt es attraktive Kulturangebote, z. B. das Stadt-Theater Minden und das GOP Varieté-Theater im Kaiserpalais Bad Oeynhausen, die auch von den Menschen des Umlandes genutzt werden. Darüber hinaus sind die Kulturangebote der näheren Umgebung in Bielefeld, Osnabrück, Bremen und Hannover gut erreichbar.

Aber welche kulturellen Angebote gibt es im ländlichen Bereich? Lokale Kulturzentren, die Stadthalle Lübbecke, Theatergruppen, das Neue Theater Espelkamp, drei Freilichtbühnen, Musikschulen, Volkshochschulen sowie dörfliche Kulturgruppen sorgen für ein vielfältiges kulturelles Angebot. Diese interessanten Angebote allerdings waren vor der Etablierung des LandArt-Festivals nicht vernetzt und wurden häufig nur lokal wahrgenommen.

Im Kreis Minden-Lübbecke leben und arbeiten viele Künstlerinnen und Künstler, Akteure des Kunsthandwerks und andere kreative Menschen, die vor dem LandArt-Festival ebenfalls eher lokal bekannt waren.

Diese Situation war im Jahr 1999 der Ausgangspunkt für eine Idee: Lasst uns diese Initiativen sowie Künstlerinnen und Künstler, diese »Kultur-Inseln« im ländlichen Raum, miteinander vernetzen und zusammenführen. Die Idee der »LandArt-Route« mit über 70 Kultur-Stationen war geboren. Die Fahrradroute mit auffallendem Logo wurde im Sommer 1999 eingeführt.

Bereits bei der Einweihung waren sich die Beteiligten einig, dass diese gute Vernetzung weiterentwickelt werden müsste. Es entstand die Idee eines Festivals, das durch die beteiligten Kulturakteure der Region gestaltet werden sollte. Bereits im Sommer 2000 fand das erste LandArt-Festival im Kreis Minden-Lübbecke mit über 150 Einzelveranstaltungen und vielen tausend Gästen und Besuchern statt.

Das Grundkonzept des LandArt-Festivals ist einfach: Die beteiligten Akteure führen in einem gemeinsam vereinbarten Festival-Zeitraum organisatorisch und finanziell eigenständig Kultur-Events durch. Der Kreis Minden-Lübbecke sorgt für das Dachmarketing mittels der Webseite www.landart-muehlenkreis.de, des »LandArt-Magazin« als Programmheft, Flyern, Plakaten, Radiowerbung etc. sowie für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für das Gesamt-Festival. Dadurch wird eine stärkere Resonanz in den lokalen und überregionalen Medien erreicht.

Dieses Konzept hat sich bewährt und wurde seit dem Jahr 2000 fortgeführt und weiterentwickelt. Die Festivals finden immer im zweijährigen Rhythmus statt. So gibt es jeweils eine große zentrale Veranstaltung, bei der alle Kulturakteure der Region eingebunden werden und die auch einen größeren Teilnehmerkreis anspricht. Dadurch, dass das Festival schon vor Beginn der Sommerferien startet, können auch Jugendensembles und schulische Kulturgruppen teilnehmen. Bewährt hat sich auch, zu den Festivals jeweils ein verbindendes Motto festzulegen, das die beteiligten Veranstalter für ihre Events aufgreifen können. Beim Festival 2015 lautete das Motto: »Wasser – Element, Elixier, Emotion«. Inzwischen ist das LandArt-Festival fest in der kulturellen Landschaft der Region etabliert. 150 Einzelveranstaltungen pro Festival, jeweils viele tausend Gäste und Besucher aus der Region, aber auch weit darüber hinaus – das Konzept und das Format passen. Einige besondere Highlights der Festivals haben sich tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert wie z. B. das mit blauem Licht illuminierte Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica oder die Abschlussveranstaltung 2002 an dem wunderschönen spätbarocken Schloss Hüffe mit Händels Feuerwerksmusik und einem Höhenfeuerwerk bei traumhaftem Sommerwetter.

Was bringt dieses Kulturangebot dem Kreis und der Region? Zunächst einmal hat das Festival zur Stärkung der Kulturszene im ländlichen Raum beigetragen. Durch das entstandene Netzwerk ergeben sich für die Künstlerinnen und Künstler vielfältige Kontakte. Für die hier lebenden Menschen trägt das Kulturangebot über die LandArt-Stationen wesentlich zur Lebensqualität und zum Freizeitwert bei. Für einen vom demografischen Wandel betroffenen Kreis ist ein attraktives Kulturangebot ein wichtiger Standortfaktor, um die hier lebenden Menschen sowie auch zukünftige Fachkräfte der größeren Unternehmen für die Region zu begeistern. Eine vielfältige und bunte Kulturszene trägt besonders im ländlichen Raum auch stark zum Selbstbewusstsein der Menschen bei. Gerade in den letzten Jahren hat die regionale Kulturszene starken Zulauf aus den Ballungszentren bekommen: Die traditionelle Buchdruck-Künstlerin aus Stuttgart, die einen Resthof am Oppenweher Moor erworben hat; der holländische Maler, der auf einem Resthof in Stemwede heimisch geworden ist oder der Schauspieler und Theaterregisseur aus Dortmund, der heute in einem Dorf in Petershagen wohnt. Diese Beispiele zeigen: Kultur kann dem Trend des Wachsens der Städte und des Schrumpfens der Dörfer etwas entgegensetzen.

Kultur kann dem Trend des Schrumpfens der Dörfer etwas entgegensetzen

Ralf Niermann ist Landrat des Kreises Minden-Lübbecke. Rainer Riemenschneider arbeitet für das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung des Kreises Minden-Lübbecke

Kulturen verbinden

100 Jahre ifa – ein Gespräch mit Ronald Grätz, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen

Theresa Brüheim: Herr Grätz, 2017 feiert das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) sein 100-jähriges Bestehen. Dabei blickt es auf eine bewegte Geschichte zurück. Wie würden Sie die historischen Kernereignisse und die geschichtliche Entwicklung in wenigen Sätzen zusammenfassen?

Ronald Grätz: In der Geschichte des ifa zeigt sich die Geschichte Deutschlands. 1917 wurde auf Initiative von Theodor Wanner das »Museum und Institut zur Kunde des Auslanddeutschtums und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland« gegründet. Noch im selben Jahr folgte die Umbenennung in »Deutsches Ausland-Institut« (DAI). Der württembergische König Wilhelm II., Schirmherr der Institution, bezeichnete das DAI als »ein Werk des Friedens inmitten des Krieges«. In den 1930er Jahren wurde das ifa gleichgeschaltet.

Mit der Neugründung und -ausrichtung im Jahr 1949 und der Aufnahme der Arbeit als »Institut für Auslandsbeziehungen« (ifa) wurden unter anderem die Tournee-Ausstellungen initiiert, und es entstand ein Angebot an interkulturellen und landeskundlichen Seminaren für Deutsche, die sich auf einen Aufenthalt im Ausland vorbereiten wollten. Seit 1951 gibt das ifa eine Zeitschrift heraus, die heute unter dem Namen »Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven« ein leitendes Medium für aktuelle Themen der internationalen Kulturbeziehungen ist. Willy Brandts drei Säulen der Außenpolitik zeigten sich in verstärkter Kulturarbeit. Die erste ifa-Galerie eröffnete Anfang der 1970er Jahre in Stuttgart, um der zeitgenössischen Kunst aus Transformationsländern ein Forum in Deutschland zu geben. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den Transformationsprozessen in Europa begann das ifa, seine Förderschwerpunkte neu auszurichten. Die Zusammenarbeit mit deutschen Minderheiten und die Stärkung des europäischen Einigungsprozesses gewannen an Bedeutung und fanden Ausdruck in der Förderung von Redakteuren und Kulturmanagern. Die Bedeutung des euro-islam-Dialogs erkannte das ifa bereits Ende der 1990er-Jahre. Erweitert wurden daraufhin die Förderaktivitäten 2001 durch das »CrossCulture«-Programm. Die ständige Entwicklung neuer Programme und Projekte zeigt die Qualität des ifa.

Nach 1933 ereignete sich wohl das dunkelste Kapitel in der Geschichte des ifa: Das damalige Deutsche Ausland-Institut wurde unter den Nationalsozialisten gleichgeschaltet – wie sie bereits erwähnten. Es entwickelte sich zu einem Planungszentrum der Volkstumspolitik des Staates. Deutsche »Rassenpolitik« und die »Eindeutschung« fremder Gebiete standen auf der Agenda. Wie hat das ifa diesen Teil seiner Geschichte aufgearbeitet?

Anlässlich der 90-Jahr-Feier gab das ifa eine Dissertation zu diesem Kapitel in Auftrag. Katja Gesche beschrieb in ihrer Doktorarbeit unter dem Titel »Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten« die Rolle und Funktion des DAI. Konnte es bis 1933 als überparteilich bezeichnet werden, so wurde das Institut nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gleichgeschaltet. Unter dem Stuttgarter NSDAP-Oberbürgermeister Karl Strölin entwickelte es sich zu einem Planungszentrum der Volkstumspolitik des Staates. Es war beteiligt an der Propagierung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Umsiedlungen in den eroberten osteuropäischen Gebieten. Es arbeitete eng mit der Gestapo, der NSDAP/AO und dem Außenpolitischen Amt der NSDAP zusammen und ließ ihnen Informationen zukommen, bis hin zur Denunzierung politisch unliebsamer Ratsuchender. Nach dem Krieg blieb dem Institut die Weiterarbeit zunächst gestattet, bis es dann 1949 unter neuem Namen neue Aufgaben erhielt. Mit der Dissertation wurde dieser wesentliche Teil der Geschichte des ifa aufgearbeitet.

1949 wurde das Institut unter dem heutigen Namen wiedergegründet. Theodor Heuss gab dabei dem ifa die Funktion mit auf den Weg, die »Elementarschule für den Verkehr mit dem Ausland« zu sein. Wie hat das ifa diesen Auftrag bis heute umgesetzt? Wie aktuell ist er noch?

Dieser Auftrag ist immer noch aktuell. Das heutige Spektrum unserer Arbeit ist international, vielschichtig und geleitet von zwei Wörtern: Kulturen verbinden. Das ifa ist ein international arbeitender Kulturmittler, ein Kompetenzzentrum für Fragen auswärtiger Kulturbeziehungen und eine zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung zeitgenössischer Kunst aus Deutschland. Es versteht sich heute als eine Institution, die der internationalen Zusammenarbeit, der Vermittlung zwischen den Kulturen und damit auch der Konfliktbewältigung verpflichtet ist. Und obgleich das Institut in Stuttgart gegründet wurde und in der Stadt und in Baden-Württemberg stark verwurzelt ist, denkt es europäisch und ist insbesondere der europäischen Integration verpflichtet.

Wie wird das ifa das 100. Jubiläum begehen? Sind rückblickende Projekte, Festakte etc. geplant?

Die 100 Jahre sind für uns ein Fundament, auf dem wir aufbauen. Daher steht als erste Veranstaltung im Jubiläumsjahr der Festakt in Stuttgart am Gründungstag, den wir gemeinsam mit unseren langjährigen Partnern und Unterstützern feiern – dem Auswärtigen Amt, dem Land Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt Stuttgart. Doch in erster Linie wollen wir nach vorn blicken mit Veranstaltungen, Publikationen, Konferenzen und Ausstellungen zum Thema »Kulturen des Wir«. Dazu haben wir ein Online-Magazin konzipiert, das crossmediale Beiträge zu diesem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beinhaltet. Im September wird es ergänzend dazu eine programmatische Konferenz in Berlin geben. Darüber hinaus wurden spezielle Projekte zu »Kulturen des Wir« konzipiert – so eine neue Tourneeausstellung unter dem Titel Pure Gold zum Thema Upcycling und Design, die in Hamburg eröffnet wird, die Ausstellungen Johannes Haile und In the Carpet in den ifa-Galerien Stuttgart und Berlin sowie mit CrossCulture On Tour eine kulturelle Reise durch Deutschland.

Was wünschen Sie dem ifa für die nächsten 100 Jahre?

Dass unsere Arbeit am Frieden noch wirkungsvoller wird, dass der gemeinsame Dialog und dass das koproduktive Arbeiten in nationalen, europäischen und internationalen Netzwerken langfristige Erfolge erzielen.

Ronald Grätz ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Die Kultur ist heute die wirkliche Chance für das vereinigte Europa

Warum eine gemeinsame europäische Identität so wichtig ist

OLAF ZIMMERMANN

Heute erscheint es uns vielfach als selbstverständlich, dass es ein gemeinsames kulturelles Band in Europa gibt, das die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eint und die Europäische Union darüber hinaus mit ihren Nachbarstaaten sowie den Mitgliedern des Europarates verbindet.

Und immer wieder wird das Zitat des großen Europäers Jean Monnet bemüht: »Wenn ich nochmals mit dem Aufbau Europas beginnen könnte, dann würde ich mit der Kultur beginnen«. Gerade in kulturpolitischen Kreisen wird dieses Zitat gerne angeführt, um die Kultur als gemeinsame transzendente Struktur von der rein ökonomischen Interessen folgenden Wirtschaft abzugrenzen. Ich möchte dieses Bild gründlich zerstören. Ich bin der festen Überzeugung, dass der europäische Einigungsprozess nur unter dem Primat der Wirtschaft gelingen konnte.

Erinnern wir uns zurück. Der erste europäische Vertrag war die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«. Die Initiative hierzu ging vom Franzosen Robert Schumann im Jahr 1950 aus. Schumann sprach sich zunächst dafür aus, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands unter eine Behörde zu stellen. Es fanden sich weitere Mitstreiter, sodass die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«, zumeist Montanunion genannt, im Jahr 1951 durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gegründet wurde.

Diese sechs Staaten, auch die Gründerstaaten der EU genannt, vereinbarten gemeinsame Institutionen zur Regulierung von Kohle und Stahl. An Institutionen wurden die Hohe Behörde, der Nucleus der heutigen EU-Kommission, der Ministerrat, der Vorläufer des Rates der EU und die Beratende Versammlung, hieraus ging das EU-Parlament hervor, gebildet.

Erinnern wir uns noch einmal an den Zeitpunkt des Schumannschen Vorstoßes. Der von Deutschland ausgehende 2. Weltkrieg war erst fünf Jahre zu Ende, Trümmer und zerstörte Häuser waren allerorts zu finden, der europäische Kontinent war geteilt in Ost und West, zwei der Gründerländer der Montanunion, Deutschland und Italien, hatten den Krieg verloren und gerade in Deutschland war über mehr als ein Jahrzehnt Kunst und Kultur zu propagandistischen Zwecken benutzt worden, viele Künstler, die verfolgt wurden, waren noch immer im Exil.

Die Kultur, die so stark von einer Diktatur in Anspruch genommen wurde, stand damals nicht für ein neues Europa. Die Montanunion hingegen war etwas Neues. Kohle und Stahl waren die wirtschaftlichen Motoren der Nachkriegszeit. In den Kohle- und Stahlrevieren der beteiligten Staaten fand die Wertschöpfung statt. Sie waren die Motoren des wirtschaftlichen Aufstiegs und Aufblühens. Noch im Nachhinein betrachtet, angesichts einer inzwischen noch stärkeren weltweiten Verflechtung der Wirtschaft, waren die ersten europäischen Verträge, die allesamt Wirtschaftsverträge waren, wegweisend, um Europa im weltweiten Wettbewerb stark zu machen. Hier wurde der Grundstein gelegt, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union heute einen gemeinsamen Binnenmarkt haben und nach außen bei Freihandelsverhandlungen gemeinsam auftreten. Bei aller Kritik, die an einzelnen dieser bestehenden oder geplanten Abkommen zu üben ist – und ich gehöre zu den scharfen Kritikern der aktuell in Verhandlung befindlichen CETA- und TTIP-Abkommen – ist dies eine positive Entwicklung.

Halten wir als erstes fest: nicht die Kultur war das gemeinsame Band, das die Mitgliedstaaten der Montanunion und damit die Gründerstaaten der Europäischen Union zusammenführte, sondern die Wirtschaft war es.

Die Wirtschaft als gemeinsames Element in Europa wird brüchiger

Nach der Montanunion bildeten im Jahr 1957 die Römischen Verträge mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den nächsten Meilenstein. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, manche werden sich an die Abkürzung EWG noch erinnern, zielte darauf ab, einen gemeinsamen Markt für Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte zu schaffen. Der im Jahr 1963 zwischen Frankreich und Deutschland geschlossene Freundschaftsvertrag, der Elysee-Vertrag, war dann eines der ersten weitreichenden Dokumente und Abkommen, die darauf abzielten, auch die Kulturbegegnungen zwischen europäischen Ländern zu intensivieren. Gerade die Städtepartnerschaften sollten die Begegnung fördern.

Nach der Aufbruchsstimmung der 1950er Jahre erlahmte allerdings das Interesse an einer gemeinsamen europäischen Politik. Jener so oft zitierte große Europäer Jaques Delors war es, der in den 1980er Jahren der Idee eines gemeinsamen Europas durch einen gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt – auch hier wieder die Ökonomie – neues Leben einhauchte.

Womit ich zu weiteren europäischen Verträgen und vor allem dem Stellenwert der Kultur in den europäischen Verträgen komme. Kultur, so wird oft geklagt, spielt in den europäischen Verträgen, also dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992, dem Vertrag von Amsterdam 1997, dem Vertrag von Nizza 2003 bis zum Vertrag von Lissabon 2007 nur eine untergeordnete Rolle. Dem ist nicht zu widersprechen. Alle diese Verträge zielen darauf ab, die Zuständigkeiten von EU-Kommission, Europäischem Rat, Europäischem Parlament und den Mitgliedstaaten, und hier besonders den Parlamenten der Mitgliedstaaten, auszutarieren. Kompetenzen werden zugeschrieben, eingegrenzt oder abgesprochen. Dabei galt und gilt es, den unterschiedlichen Interessen einer wachsenden Zahl an Mitgliedstaaten gerecht zu werden.

Gut 20 Jahre von 1951 bis 1973 blieb der Club der sechs Gründerstaaten der Montanunion unter sich. Erst 1973 folgte eine erste Erweiterung mit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemark. Nach dem Ende der Militärherrschaft in Griechenland trat Griechenland 1981 bei, 1986 kamen Spanien und Portugal als neue Mitgliedstaaten hinzu. Mit der Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990 kam Ostdeutschland hinzu. Im Jahr 1995 traten Schweden, Finnland und Österreich bei. Im Jahr 2004 fand mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten eine erhebliche Erweiterung statt. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Malta und Zypern. 2007 stießen Rumänien und Bulgarien hinzu und im Jahr 2013 wurde Kroatien der vorerst 28. Mitgliedstaat.

Je nachdem wie schnell die Austrittsverhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich verlaufen, werden es in zwei bis drei Jahren vorerst wieder 27 Mitgliedstaaten sein, die einen gemeinsamen Binnenmarkt haben mit der Freizügigkeit im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie der Niederlassungsfreiheit und einer mehr oder weniger gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Diese bisher noch 28 Staaten vereinen wirtschaftliche Interessen. Und sie vereinen Werte, die in der Grundrechte-Charta der EU niedergeschrieben sind. Und, so verrückt es klingen mag, je größer die EU wurde, je unterschiedlicher die Mitgliedstaaten wurden, je verschiedener ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Einbindung in den Binnenmarkt einerseits und in den Weltmarkt andererseits wurde, desto wichtiger wurde Kultur. Auf den ersten Blick ein Paradox. Aber nur auf den ersten. Denn die große Europäische Union zeichnet sich besonders durch ökonomische Disparität und weniger durch Angleichung aus. Kultur wurde zum verbindenden Element!

Trotz der gewachsenen Bedeutung der Kultur darf die EU Kultur nur subsidiär fördern. Zuerst sind die Mitgliedstaaten gefordert, die EU hat nur eine schmale direkte Kulturzuständigkeit. Dass dies so ist, ist nicht zuletzt auch auf Deutschland zurückzuführen. Kultur sollte in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten bleiben. Dass die EU über die Handelspolitik, die Wettbewerbspolitik, die Urheberrechtspolitik, die Steuerpolitik und andere Politikfelder längst wirkmächtig Kulturpolitik macht, sei nur am Rande erwähnt. Die Kulturpolitik und Kulturförderung der EU sind subsidiär, deshalb ist auch das Budget der Kulturförderung in der Regel relativ schmal.

Egal, welches Programm man nimmt, ob Raphael, Ariane und Kaleidoskop als erste Programmgeneration, Kultur 2000, Kultur 2007 oder aktuell Kreatives Europa, die europäische Kulturförderung ist stets ein Zusatz. Sie kann, darf und will die nationale Kulturförderung nicht ersetzen, sie will sie noch nicht einmal unterstützen. Es geht allenfalls um zusätzliche Vorhaben. Das Budget ist mit Blick auf 28 Mitgliedstaaten und der Möglichkeit, dass assoziierte Staaten beteiligt werden können, äußerst gering. So entsteht gerade bei der Europäischen Kulturförderung mitunter eine große Lücke zwischen den beschworenen Effekten und den tatsächlichen Ressourcen. Diese Lücke ist meines Erachtens auch bei den europäischen Dokumenten für das Europäische Jahr des Kulturerbes unverkennbar. Hier klafft zwischen dem Anspruch, was durch dieses Jahr alles bewegt werden soll, und den zur Verfügung stehenden europäischen Mitteln eine deutliche Lücke.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Europäische Kulturerbejahr 2018, das gerade geplant wird. Das übergeordnete Ziel des Europäischen Kulturerbejahres besteht darin, »die gemeinsame Nutzung und Aufwertung des kulturellen Erbes Europas zu fördern, das Bewusstsein für die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte zu schärfen und das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen europäischen Raum zu stärken«. Letztlich geht es um die Frage nach der Bildung einer europäischen Identität. Einer gemeinsamen europäischen Identität, die gelebt wird in der Stadtgesellschaft und die ablesbar ist unter anderem am baulichen Erbe.

Warum ist eine gemeinsame europäische Identität auf einmal so wichtig? Warum soll anhand des baulichen Erbes und der Stadtgesellschaft eine Diskussion und Reflexion des europäischen Kulturerbes stattfinden? Warum auf einmal Kultur im Mittelpunkt und nicht die Wirtschaft?

Zum einen wird, wie ich schon angeführt habe, die Wirtschaft als gemeinsames Element in Europa brüchiger. Ich habe die regionalen Disparitäten in Europa bereits angesprochen. Über diese Disparitäten hinaus ist ein gemeinsamer Markt nicht so attraktiv als dass er tatsächlich Bindungskraft entfalten kann oder wie bereits Jaques Delors wusste: »In einen Binnenmarkt verliebt sich niemand«. Die Wirtschaft, so wichtig die Konzentration hierauf am Anfang des europäischen Einigungsprozesses auch war, kann kein starkes verbindendes Element Europas mehr sein. Die Globalisierung ist für viele Menschen immer deutlicher auch negativ spürbar. Und nicht zuletzt die Debatte um Migration und Zuwanderung hat die Diskussion um eine europäische Identität verstärkt. Eine Diskussion, die einerseits in Form einer Abgrenzung geführt wird unter dem Motto: hier das christlich-jüdische Abendland und dort die anderen. Und andererseits findet aber auch Selbstvergewisserung in Form einer Reflexion statt, was die eigene, die europäische Identität ist, was die Menschen in Europa verbindet und welche Spuren die wechselvolle Geschichte Europas hinterlassen hat.

Diesen wechselvollen Spuren zu folgen, sei es das Erbe der Mauren in Spanien, der Niederländer in Brandenburg und anderes mehr zieht sich nach meinem Verständnis durch das europäische Kulturerbejahr. Ich bin der Überzeugung, dass in dem europäischen Kulturerbejahr und darüber hinaus deutlich wird, dass Europa eben mehr zu bieten hat als einen gemeinsamen Markt, dass die Europäer mehr verbindet als der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr, dass Kultur heute eine wichtige Klammer in Europa ist.

Eine Klammer, die von Menschen gelebt wird und am Erbe erkennbar und vermittelbar wird. Dass wir uns jetzt mit dieser gemeinsamen Klammer offensiv beschäftigen können, ist dem Wirken jener Europäer zu verdanken, die die Kultur zwar nicht bewusst an den Anfang des europäischen Einigungsprozesses stellten, aber europäische Kultur gelebt haben.

Die Kultur ist heute die wirkliche Chance für das vereinigte Europa!

FOTO: FRANKIS / FOTOLIA.COM

Das ARoS Kunstmuseum in der dänischen Stadt Aarhus, die im Jahr 2017 europäische Kulturhauptstadt ist

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Der Text basiert auf einem Vortrag des Autors auf dem Kongress »Die europäische Stadt und ihr Erbe« am 9. Dezember 2016 in Berlin

Digitalisierbare Kunst

Ein Appell

WALLY BADAROU

Wally Badarou ist ein aus dem Benin stammender französischer Musiker von internationalem Niveau, der als Synthesizer-Spezialist, Komponist, Produzent und Regisseur sowohl mit Mick Jagger, Marianne Faithfull, Joe Cocker, Herbie Hancock, Miriam Makeba und Salif Keita, als auch mit Youssou Ndour und Papa Wemba gearbeitet hat. Der ehemalige Musikdirektor der Parade zur Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution hat die Organisation der Kora Awards unterstützt - ein Preis, der das musikalische Schaffen afrikanischer Künstler auszeichnet. 2009 hat er ein Manifest über die »digitalisierbare Kunst« (Création numérisable) veröffentlicht, das er seitdem laufend überarbeitet und das ihm nach wie vor von brisanter Aktualität erscheint. 2016 wurde er zum Mitglied des Aufsichtsrats der französischen Gesellschaft zur Verwaltung der Musik-Urheberrechte Société des Auteurs, Compositeurs et Editeurs de musique Française (SACEM) gewählt.

Internet, Peer-to-Peer, Musik, ein globaler Tsunami? Der Legende nach soll das Reich Atlantis untergegangen sein, weil es zum Opfer einer Waffe wurde, die es selbst geschaffen hatte. Nach der Angst von einer Atomkatastrophe ausgelöscht zu werden, fürchtet sich unsere Gesellschaft heute vor der Vernichtung der ökologischen Ressourcen, die ebenfalls menschengemacht ist. Und was, wenn die Menschheit noch vor dem Eintreten dieser Schreckensszenarien an dem Sterben der Kultur zugrunde ginge, sich selbst kannibalisiert hätte durch die Digitalisierung?

Ich habe lange nachgedacht, bevor ich mich zu diesem Thema geäußert habe, denn bereits zu Beginn der Debatte ahnte ich, dass die Revolution, um die es sich hier handelt, viel weitreichendere Konsequenzen haben könnte, als vorher abzusehen war, denn sie ruft ebenso völlig berechtigte Ängste wach wie die verrücktesten Hoffnungen. Angesichts der unwägbaren Wendungen, zu denen die diversen Versuche einer Rechtssetzung geführt haben, von denen Frankreich und Europa unlängst betroffen waren, konnte ich mir eine Vorstellung von dem machen, zu dem wir alle früher oder später bereit sein müssen: Einer Revolution des Denkens, um die digitale Revolution nicht nur zu überleben - sondern um sie uns anzueignen. Anders ausgedrückt, das angekündigte schwarze Loch der Zunichtemachung der Kultur in einen gewaltigen Impuls für das künstlerische Schaffen zu verwandeln. Dieses ist möglich, und daher dringend.

Was nun folgt ist die zweite Version eines langen Plädoyers, das zu komplex ist, um es scharf zu umreißen, und das von Überlegungen ausgeht, zu denen mich meine eigenen Erfahrungen während des Aufkommens der Digitalisierung inspiriert haben, gefolgt von einer Bestandsaufnahme seit der Einführung des Internets, die in einem Vorschlag in Form eines Appels mündet. Einige mögen meine Erwartungen für zu gemäßigt halten, oder zu radikal, wenn nicht sogar schockierend. Sie sind das Ergebnis langer Jahre der Beobachtung, und ich bin gerne bereit, sie zu verteidigen.

Ein einheitliches System

Ich appelliere an die Großen und Mächtigen der Welt, an alle Entscheider und nationalen und internationalen Institutionen, eine einfache, transparente, gemeinsame und für jeden durchsetzbare Gesetzgebung zu schaffen, zu fördern und zu verteidigen, die alle Unternehmen, die in irgendeiner Weise kommerziellen Nutzen aus dem digitalen Konsum ziehen, den sie gestatten oder zu dem sie auffordern, dazu verpflichtet, auf alle geistigen Werke, die sie speichern oder deren Speicherung sie gestatten, die sie hosten oder deren Hosting sie erlauben, die sie ins Internet stellen oder deren Veröffentlichung im Internet sie zulassen, die sie verbreiten oder deren Verbreitung sie erlauben, einen substantiellen Anteil ihrer Nettogewinne vor Steuern abzuführen. Dieser Beitrag, der gemäß einer an die Art des Unternehmens und seine Gewinne angepassten Skala erhoben wird, sollte dann über nationale und übernationale, vertrauenswürdige und transparente Verwaltungsstrukturen, die bereits existieren oder noch zu gründen sind und die als gemeinnützig anerkannt sind, zugunsten des künstlerischen Schaffens ausgeschüttet werden.

Verschwimmende Grenzen

Ich appelliere an alle, endlich zu erkennen, dass das digitale Zeitalter in einer freien Welt fortlaufend die Grenzen missachtet, von denen wir glauben, dass sie zwischen Speicherung, Hosting und Verbreitung existieren, drei Konzepten aus der physischen Welt, die ihren digitalen Entsprechungen nur entfernt vergleichbar sind, da derjenige, der speichert, sich nicht damit begnügt, zu speichern, genauso wenig wie diejenigen, die Werke ins Internet stellen oder hosten, sich im physischen Sinne der Begriffe damit begnügen. Auch wenn die Speicherung, das Hosting und die Einstellung ins Internet im eigentlichen Sinne keine Übertragung darstellen, kommen sie einer solchen doch sehr nah, da sie eine öffentliche Bereitstellung, potenziell unbegrenzt in Raum und Zeit, mit dem Original identisch und fast unmittelbar, eine automatisierbare Versendung und einen automatisierbaren Empfang, in gleicher oder höherer Quantität und Qualität als ein konventionell übertragenes Produkt ermöglichen oder darauf hinauslaufen. Sich hinter den Gesetzgeber zurückzuziehen, der unfähig ist, die begriffliche Schwelle zu überwinden, die das sogenannte Fehlen der Übertragung errichtet hat, schafft die Voraussetzungen für ein aktives und lukratives Gewinnstreben. Niemand in der Welt kann es heutzutage noch rechtfertigen, dass diejenigen, die aus einer solchen öffentlichen Bereitstellung kommerziellen Profit gezogen haben, den Rechteinhabern nicht vertraglich zu einer angemessenen Vergütung verpflichtet sind.

Blickpunkt Frankreich

Das »legale« digitale Angebot

Ich appelliere an alle zu erkennen, dass das sogenannte »legale« digitale Angebot - so wie es heute besteht - unter dem Deckmantel der Konformität mit den vorhandenen Gesetzen eine mehr oder weniger langfristige Täuschung ist: Seine dominante Position, seine Vielschichtigkeit, seine Verflechtung mit anderen Angeboten und Dienstleistungen in Form von Package Deals, die damit einhergehende Undurchsichtigkeit der Preispolitik, sowie die den Produzenten und Künstlern auferlegten Vermarktungsbedingungen tragen zur allgemeinen Verwirrung bei, bereichern die ohnehin schon reichen Konzerne, erlauben sämtliche Vorschriften im Kleinen und im Großen und überlassen

FOTO: GENEVIÈVE BADAROU

Wally Badarou

den Rechteinhabern eine jämmerliche Lizenzgebühr. Wir sollten uns darüber im Klaren sein: Ein System, das etwas zum Verkauf anbietet, das man sich gratis beschaffen kann, auf welche Art auch immer, legal oder illegal, kann keine Zukunft haben. Das aktuelle »legale« digitale Angebot, qualitativ dem Physischen gleich, führt daher gleichermaßen früher oder später in eine Sackgasse.

Freie Räume

Ich appelliere an alle einzusehen, dass es durchaus sinnvollere Maßnahmen gibt, als die Internetanbieter zu Handlangern der Polizei zu machen, die sich in einem endlosen Rennen daran abarbeitet, straffällig gewordene Internetnutzer zu jagen. Man sollte sie im Gegenteil über diese Gesetzgebung dazu verpflichten, innerhalb ihres Angebots einen »Raum des freien Konsums« zu schaffen, und zwar bezüglich Hosting, Herunterladen, Übertragung und Streaming, für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verfahren und für sämtliche Arten von geistigen Werken der Gegenwart und der Zukunft, mit dem Einverständnis der Rechteinhaber, im Gegenzug zu der erwähnten anteiligen Abgabe auf die kommerziellen Gewinne, mittels einer dem Willen des Anbieters frei überlassenen Anpassung der Abonnementpreise. Und zwar mit dem Ziel:

- Eine echte und überprüfbare Abrechnung der »konsumierten« Werke zu ermöglichen, anstatt Stichproben durchzuführen, und zwar ohne die IP-Adresse des Internetnutzers zu verlangen.
- Peer-to-Peer eher zu marginalisieren als es zu kriminalisieren, sodass es wieder auf den Zweck reduziert wird, für den es ursprünglich entwickelt wurde: als großartiges Austauschtool für Profis und Spezialisten, aus welchem Bereich auch immer.
- Alle sogenannten »legalen« digitalen Angebote in überprüfbaren und transparenten Strukturen zu rekanalisieren.

Ich appelliere an alle Rechteinhaber, Künstler, Produzenten und Herausgeber, den Vorteil zu erkennen, der mit der Bereitstellung ihrer gesamten Werke einhergehen würde, mit dem Ziel, diese Räume des »freien Konsums« unverzichtbar zu machen und die Effizienz der Abrechnung der Werke und der oben erwähnten Marginalisierung zu gewährleisten. Ich appelliere an die Unternehmen, die sogenannte »legale« digitale Angebote vertreiben und die behaupten, sich ehrlich für das künstlerische Schaffen einzusetzen, dieses auf den oben genannten Räumen des »freien Konsums« der Internetanbieter zu tun, indem sie ihnen ihren Katalog und ihr Know-how zur Verfügung stellen, mit einem Anteil der Gewinne für die letzteren, um dafür deutlich mehr zu bekommen: Das Label als wahrer Förderer der Kunst, vergleichbar mit dem Umweltlabel, das in unserem umweltbesorgten Zeitalter bereits für so viele Unternehmen attraktiv geworden ist.

Transparenz

Ich appelliere an alle, einschließlich der nationalen und übernationalen Institutionen, die Verwertungsgesellschaften nicht mehr in Konkurrenz zueinander zu setzen und sie stattdessen zu Transparenz und zur Harmonisierung ihrer an dieses universale Gesetz angelehnten Geschäftsordnungen aufzufordern, um die Unübersichtlichkeit zu lichten, die die exponentielle Vervielfachung der Angebote, der Mittel, der Methoden und der Betriebssysteme hervorbringen, auf Kosten talentierter Kunstschaffender, die dazu verdammt sind, auf der Schattenseite zu verharren, weil sie den Fehler begangen haben, sich nicht geschickt und geschmeidig angepasst zu haben. Ich appelliere an uns alle, den wuchernden ein-, zwei- und dreiseitigen Vereinbarungen und anderen Package Deals zwischen Telefonanbietern und Major Labels, zwischen Verwertungsgesellschaften und Streamingwebseiten, bei denen der Mindestbietende aufgrund der simplen Tatsache gewinnt, dass die Krümel besser sind als nichts, ein Ende zu setzen; Schluss zu machen mit dieser pseudo-fortschrittlichen Deregulierungspropaganda, die darauf setzt, uns digitale Zersplitterung als digitale Freiheit zu verkaufen, was zu einer verwirrenden Unübersichtlichkeit führt, die weder dem Internetnutzer noch dem Künstler und letztendlich niemandem nutzt.

Allgemeingültigkeit

Ich appelliere an alle, diese Gesetzgebung zu einer einheitlichen Regelung zu machen, die für die gesamte digitalisierbare Kunst Geltung hat, vom Foto bis zum Kinofilm, von der Software bis zum Buch, auch wenn der ihnen zugestandene Anteil in der ersten Zeit im Vergleich zu dem, den aufgezeichnete Musik beansprucht, eher symbolisch sein wird: Denn die Musikindustrie hat einen Schiffbruch erlitten, den die anderen Bereiche der digitalisierbaren Kunst noch nicht erlebt haben. Die Gesetzgebung sollte eine regelmäßige Neubewertung der Teilungskoeffizienten der gegenwärtigen und zukünftigen Bereiche des künstlerischen Schaffens einplanen. Es ist jedoch zwingend notwendig, dass alle Bereiche ab dem Zeitpunkt der Erarbeitung einer Regelung auf die eine oder andere Weise einbezogen werden, und zwar aus folgenden Gründen:

- Um darauf hoffen zu können, eines Tages eine derartige Gesetzgebung durchzusetzen, brauchen wir die Mitwirkung aller. Keine »digitalisierbare« Stimme ist überflüssig.
- Es ist eine Möglichkeit, die universale Geltung unseres Ersuchens auszudrücken: Es handelt sich sehr wohl um digitalisierbare Kunst, was auch immer Kunst in der Vergangenheit war, heute sein mag und morgen sein wird, an jedem Ort des Universums, der von der Menschheit bewohnt wird.

Wally Badarou ist ein aus dem Benin stammender französischer Musiker

Aus dem Französischen übersetzt von Corinna Böcker mit Unterstützung der Französischen Botschaft in Deutschland

Lissabon ist das neue Lissabon!

Ein Einblick in die Kulturszene der portugiesischen Hauptstadt

JANA PRIGGE

Lisbon is the new Lisbon! So prangt es verheißungsvoll zwischen den Containern und Bussen des Village Underground Lisboa – Lissabons Ableger des Londoner Originals, das seit 2014 Schaffensort für Künstler und Kreative, Schmiede und Bühne für kulturelle Projekte und Events ist. Wie lebt es sich als Künstler in dieser Stadt, die wahlweise als das neue Berlin, San Francisco oder Los Angeles – Kreativität, Tech, Start-Ups, Surfen – angepriesen wird, sich neben allen Jubelrufen in den Nachwehen einer verheerenden Finanz- und Schuldenkrise befindet und auf eine Geschichte zurückblickt, die die portugiesische Sprache und Kultur auf vier Kontinenten verteilt hat?

Emotionale Erfahrungen auf kleinem Raum beeinflussen viele Künstler

FOTO:HALFSTUDIO

Das Village Underground Lisboa ist kreativer Schaffensort der Metropole am Tejo

Zunächst einmal lässt sich hier viel Angenehmes mit Notwendigem verbinden. »So viel Sonne hatte ich sonst nur in L. A., das sind ideale Bedingungen für die Kamera.« Francisco Mira Godinho ist Filmproduzent und Schriftsteller. Er sieht am Tejo eine neue Bewegung heranziehen, die die Aufmerksamkeit auf neue alternative Künstler jenseits der alten Mainstreamprojekte wirft. Künstler, die für ihre Projekte brennen, dafür um sechs Uhr morgens aufstehen und auch mal einen unbezahlten Drehtag einlegen, um ihre Visionen zu verwirklichen. Auswirkungen der Krise? »Großartig. Es hat uns stärker gemacht, das Augenmerk auf die Passion gelegt und nicht länger auf die Interessen der Geldgeber. Der kreative Wettbewerb macht uns besser. Lissabon ist dabei klein genug, um es wirklich richtig kennenzulernen und umgekehrt die Stadt sich selbst kennenlernen zu lassen. All die emotionalen Erfahrungen auf kleinem Raum beeinflussen viele Künstler.«

Die Krise als Kreativmotor? Klingt vielversprechend. Der Vibe, der Lissabon derzeit so attraktiv macht, ist aber sicher auch handfesten Bemühungen, wie Steuererleichterungen für kreative Community-Projekte und Mietzuschüssen für kleine Unternehmen geschuldet. Beim Web-Summit im November lernten Mitglieder der Tech- und Start-up-Community aus 170 Ländern die sonnige, kulturreiche Metropole kennen, die mittlerweile als heiße Kandidatin für Europas nächstes Start-up-Mekka gehandelt wird – Effekte eines solchen Status: siehe Berlin.

Doch zurück zur Kunst: Alice Duarte ist Tänzerin. Als Freelancerin kennt sie die freie alternative Szene der Stadt und deren expansive Entwicklung. »Lissabon ist das künstlerische Zentrum Portugals. Auch wenn es oft mit Porto im Norden verglichen wird, hier ist alles größer. Mit Beginn der Krise wurde die portugiesische Identität, besonders im europäischen Kontext zu einem viel besprochenen Thema. Nova Dança – zeitgenössischer Tanz in Portugal – ist aber auch zutiefst beeinflusst von der Szene in anderen europäischen Ländern wie Belgien, Deutschland oder England. Wir müssen deshalb in jedem Fall in Verbindung mit dem bleiben, was außerhalb Portugals passiert.« Auch sie fühlt die zunehmende Experimentierfreudigkeit von Künstlern, Stile zu kombinieren und kleine Projekte ins Leben zu rufen.

Genau diese Dynamik, gepaart mit einer Freiheit, die in anderen europäischen Städten so nicht zu finden sei und natürlich das unschlagbar gute Wetter ziehen auch nicht-portugiesische Künstler an. Vania Pramova ist Fotografin, wuchs im bulgarischen Karlovo auf, machte sich einen Namen in Paris und nennt seit einigen Jahren Lissabon ihren Arbeits-, Wohn- und Wohlfühlort. Für sie spiegeln sich all die »Feel-Good-Faktoren« auch in der Kunst wider. Und immer wieder: das Licht. Morgens, zur »hora mágica«, und am Abend mischen sich die pudrigen Farben des Himmels – blau, lila, rosa – mit einer glühenden Sonne und der grauen Weite des Wassers. Caspar David Friedrich wäre hin und weg.

Jana Prigge arbeitete als studentische Mitarbeiterin für den Deutschen Kulturrat. Aktuell studiert sie in Lissabon

Vereinnahmung des öffentlichen Raumes

Über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei

REINHARD BAUMGARTEN

Vor fünfeinhalb Jahren bin ich als ARD-Korrespondent in die Türkei gekommen. In dieser Zeit hat sich in dem Land unglaublich viel geändert. Diese Feststellung ist wohlfeil, weil sich in den meisten Ländern der Welt in fünf Jahren sehr viele Dinge ändern. Deutschland des Jahres 2016 ist in vielerlei Hinsicht auch nicht mehr das Land, das ich damals verlassen habe. Immer wieder werde ich mit der Frage konfrontiert, ob die Türkei auf dem Weg sei, zu einem »Gottesstaat« zu werden. Der Begriff »Gottesstaat« ist irritierend und irreführend zugleich. Auch die Islamische Republik Iran ist kein »Gottesstaat«. Nicht Gott regiert im Iran, sondern Menschen aus Fleisch und Blut, die für sich beanspruchen, Gottes Willen zu kennen und auszuführen. Davon ist die Türkei noch ein gutes Stück entfernt und ich sehe auch nicht, dass es die Absicht von Präsident Erdoğan ist, sein Land in einen von westlichen Medien sogenannten »Gottesstaat« zu verwandeln. Es ist aber seine erklärte Absicht, die türkische Gesellschaft nach seinen Vorstellungen umzubauen. Er will eine religiös konservative Gesellschaft, in der der Islam sunnitisch-hanafitischer Prägung eine starke Rolle spielt. Oft wird die Behauptung aufgestellt, in der Türkei werde die Trennung von Staat und Religion aufgehoben, der Säkularismus werde abgeschafft. Hier werden zwei Prinzipien verwechselt: Säkularismus und Laizismus. In der Türkei gilt seit Gründung der Republik 1923 das Prinzip des Laizismus. Dieses Prinzip sieht die Kontrolle der öffentlich gelebten Religion durch den Staat vor. Der Staat bestimmt, was Religion im öffentlichen Raum darf und zu sein hat. Wobei unter öffentlichem Raum alles subsummiert werden kann, was nicht das eigene Heim betrifft. 80 Jahre lang bestimmten dem Erbe Atatürks verpflichtete Kemalisten die Grenzen der Religion.

Seit 2002 ist die AKP an der Macht. Nach und nach verschieben sich die Gewichte. Die kemalistische Elite hat lange mit Verachtung und Ignoranz auf die Religiösen des Landes geschaut. Sie galten als Relikte einer überkommenen, rückständigen Epoche. Das Pendel schwingt jetzt in die entgegengesetzte Richtung. Die türkische Bevölkerung war und ist mehrheitlich wertkonservativ. Für viele Menschen in der Türkei war und ist Religion als Richtschnur wichtig. Sie erleben jetzt, wie Religion immer stärker in ihrem Alltag auftaucht: Die Gebetsrufe werden lauter; mehr Moscheen werden gebaut; allgemeinbildende Schulen werden in Predigerschulen umgewandelt. Nach seiner Wahl zum Präsidenten ging Recep Tayyip Erdoğan wie einst die osmanischen Sultane nach ihrer Thronbesteigung zum Beten in die Sultan-Eyyüp-Moschee. Am Morgen des 16. Juli nach dem abgewehrten Putsch rief der Präsident höchstselbst zum Morgengebet. Sein Ruf wurde im Fernsehen live übertragen. Von PKK-Kämpfern getötete Soldaten oder Polizisten werden Şehit genannt – Märtyrer. Die religiöse Konnotation ist dabei beabsichtigt. Der öffentliche Raum wird deutlich wahrnehmbar islamisiert. Es wird immer schwerer, sich dem zu entziehen.

Die Türkei unter Präsident Erdoğan liegt im Trend anderer Staaten der Region. Während meiner Korrespondentenzeit in Kairo konnte ich die gleiche Entwicklung beobachten. Dort ging sie zu Lasten der christlichen Kopten und jener Menschen, die wirklich eine Trennung zwischen Staat und Religion wollen. Die Türkei hat noch längst nicht diesen Grad der »Islamisierung« des öffentlichen Raums erreicht wie etwa Ägypten oder der Iran. In Ägypten unterliegt diese Entwicklung einem aus Alternativlosigkeit geborenen gesellschaftlichen Prozess. Im Iran ist er von den Herrschenden verordnet worden und wird gegen den passiven Widerstand großer Teile der Bevölkerung aufrechterhalten. Es ist schwer vorstellbar, dass die von Präsident Erdoğan und seiner AKP ins Werk gesetzte Vereinnahmung des öffentlichen Raums mit Religion und religiösen Symbolen zum Nutzen und Frommen der ganzen Nation sein wird. Wo sich etwas ausbreitet, muss anderes weichen. Nicht-religiöse Menschen und jene, die Religion tatsächlich auf die Privatsphäre beschränkt sehen möchten, werden die Leidtragenden sein. Eine Homogenisierung des öffentlichen Raumes unter religiösen Vorzeichen droht die gesellschaftliche Vielfalt einzuschränken und wird in letzter Konsequenz zu Intoleranz und einer gefährlichen Ausgrenzung führen.

Reinhard Baumgarten ist ARD-Korrespondent für die Türkei, Griechenland und den Iran

Seit über 60 Jahren fördert das Goethe-Institut die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland, es pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit und vermittelt ein umfassendes Deutschlandbild durch seine Informationsangebote. Doch wie sieht der Alltag der deutschen Kulturbotschafterinnen und Kulturbotschafter konkret aus?

ISBN: 978-3-939670-92-6, 144 Seiten, € 12,–

www.kulturrat-shop.de

Keine Medien – aber mediale Wirkung

Sollen soziale Netzwerke reguliert werden?

HELMUT HARTUNG

In den vergangenen fünf Jahren haben soziale Netzwerke zweimal für weltweite grundsätzliche Debatten über ihre Rolle und Wirkung in der modernen Mediengesellschaft gesorgt: Zum einen beim arabischen Frühling, wo sie die Proteste gegen Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungerechtigkeit in den autokratischen Regimen wesentlich vorangetrieben haben; zum anderen im November 2016 als sie anscheinend bei der Wahl des neuen US-Präsidenten eine entscheidende Rolle spielten.

Bei beiden Ereignissen haben die sozialen Netzwerke in den klassischen Medien und in Teilen der Öffentlichkeit unterschiedliche Wertungen erfahren: Gut oder schlecht. Die Beispiele zeigen, wie sich die Funktionsweise von Intermediären und ihr Einfluss auf die Meinungsbildung innerhalb kurzer Zeit gewandelt haben.

Die Veränderungen in der Mediennutzung und Kommunikation, wie wir sie gegenwärtig auch durch soziale Netzwerke und den Einsatz von technischen Werkzeugen wie Algorithmen oder Meinungsrobotern, sogenannten Bots, erleben, üben großen Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie und das Zusammenleben der Menschen aus. Die Auswirkungen sind größer, als sie vor wenigen Jahren prognostiziert worden sind. Denn die sozialen Netzwerke können geschlossene Welten schaffen, in denen man seine Freunde, die die eigene Meinung teilen, Argumente, die man hören will und Fakten, die zum eigenen Weltbild passen, findet. Sie können aber auch demokratische Prozesse unterstützen und die Partizipation der Bürger befördern. Je nachdem wie sie genutzt werden. Der zunehmende Einfluss sozialer Netzwerke auf die gesellschaftliche Kommunikation stellt das Wirkprinzip klassischer Medien aus Recherche, Auswahl, Information, Wertung, Diskussion und Meinungsbildung infrage. Ein Prinzip, das die Verantwortung für Richtigkeit und Wahrhaftigkeit von Informationen implementiert. Wer übernimmt diese Verantwortung bei sozialen Netzwerken? Der Absender, der Provider, die Plattform?

Zwei aktuelle Studien der Medienanstalten belegen: Meinungsbildungsprozesse sind ohne Intermediäre nicht mehr denkbar. Sie durchdringen die Informations- und Kommunikationspraktiken heute in vielfältiger Weise. Gleichzeitig sind Intermediäre aber nur ein Baustein im Prozess der Meinungsbildung. Täglich nutzen 57,3 Prozent der Internetnutzer in Deutschland – also mehr als 23 Millionen Menschen – auch mindestens einen Intermediär zur Information über das Zeitgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur. Suchmaschinen liegen dabei mit 39,9 und soziale Netzwerke mit 30,2 Prozent informierender Nutzung klar vor Videoportalen (9,3 Prozent) und Instant Messengern (8,5 Prozent).

Einen differenzierten Blick auf die Rolle von Google, Facebook, YouTube und Instant Messaging im Meinungsbildungsprozess wirft die Studie des Hans-Bredow-Instituts: In Bezug auf die Bedeutung für die Meinungsbildung ist demnach Intermediär nicht gleich Intermediär. So dient Google über alle Altersgruppen hinweg als zentrales Informationswerkzeug zur gezielten Informationssuche. Facebook dagegen ermöglicht es eher, das Meinungsklima wahrzunehmen – und gegebenenfalls auch auf unerwartete Informationen zu stoßen.

Traditionelle Medien und der persönliche Austausch zu gesellschaftlich relevanten Themen spielen laut der HBI-Studie nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Meinungsbildung.

Fast 20 Prozent der Online-Nutzer in Deutschland gewinnen schon heute ihre Nachrichten aus Facebook, Twitter und Co. Soziale Netzwerke sind längst nicht mehr die beliebigen Austauschplattformen privater Informationen und Empfehlungen. Sie sind erstrangige Informationsgeber für die Meinungsbildung geworden. Sie sind keine Medien im herkömmlichen Sinne, weil sie keine Verantwortung für den Wahrheitsgehalt ihrer Inhalte übernehmen, aber sie haben inzwischen einen vergleichbaren Einfluss auf die Werte, Vorstellungen und das Handeln vieler Menschen. Sie sind zudem durch spezielle Software manipulierbar. Mittels Nutzerdaten können spezifische Profile erstellt werden, die wiederum missbraucht werden können. Soziale Netzwerke sind keine digitalen Stammtische, wo man seinen »Dampf« ablassen kann. Sie sind in letzter Konsequenz eher der ideologischen Gleichschaltung in Diktaturen vergleichbar.

Soziale Netzwerke konnten diese Bedeutung erlangen, weil sich:

- die technischen Möglichkeiten der Individualkommunikation grundlegend verbessert haben,
- das Internet die zur eigenen Meinung passenden Informationen aus nahezu allen Lebensbereichen bereithält,
- in der Gesellschaft der Trend zu Diversifikation, zur Individualisierung der Bedürfnisse und Bedürfnisbefriedigung weiter anhält,
- die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse komplexer und für den Einzelnen schwerer durchschaubar geworden sind,
- die klassischen Medien sich auf diesen Prozess nicht rechtzeitig und ausreichend eingestellt und an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Für den Glaubwürdigkeitsverlust klassischer Medien sind mehrere Ursachen verantwortlich, unter anderem:

- die schwierige wirtschaftliche Situation in den Zeitungsverlagen und damit der Abbau von journalistischen Arbeitsplätzen,
- ein zeitlicher Druck, der auch durch soziale Netzwerke besteht,
- eine zu späte Präsenz in sozialen Netzwerken und auf Plattformen,
- fehlende Geschäftsmodelle und inhaltliche Konzepte für journalistische Angebote im Internet,
- teilweise falsches Verständnis der Funktion des Journalismus,
- teilweise unkritische Haltung gegenüber dem eigenen journalistischen Produkt.

»Das Prinzip Zeitung ist das Prinzip Verantwortung«

»Das Prinzip Zeitung ist das Prinzip Verantwortung«, so der neue Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) Matthias Döpfner auf dem Zeitungskongress des Verbandes Ende September. Döpfner grenzte damit die Zeitungen und andere Medien von Technologieplattformen ab. »Auswahl und verantwortliche Absenderschaft sind unsere Aufgaben, nicht die Aufgabe digitaler Vertriebsplattformen. Facebook und seinesgleichen sollten betrachtet und reguliert werden wie Telekom-Firmen«, so Döpfner weiter. Viele Beispiele zeigen, wie wichtig es sei, dass Facebook oder Snapchat oder Pinterest nicht als Medium, als digitaler Superverleger, als verantwortlicher Absender operierten und wahrgenommen würden. Zugleich sagte der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer aber auch, unter welcher Voraussetzung dieses Postulat weiter Bestand hat: »Wenn wir nicht relevant sind und nicht da sind, wo die Menschen sind, werden wir unsere Leser verlieren.«

Die Thesen des neuen BDZV-Präsidenten unterscheiden sich von der Auffassung vieler Politiker, die von diesen Plattformen Objektivität, Fairness und Verantwortungsbewusstsein fordern. Normen, die für die Medien gelten, in denen Journalisten mit ethischen und moralischen Grundsätzen arbeiten. Kann man solche ethischen Normen von Algorithmen erwarten? Sicher nicht, denn deren Funktion besteht darin, Suchergebnisse nach dem Zufriedenheitsprinzip zu präsentieren, Nutzerdaten über Orte, Bedürfnisse und Vorlieben zu verknüpfen oder Meinungen unkritisch weiterzuleiten. Das bedeutet aber auch, dass sich für Lügen, Verleumdungen und Hetze nicht in erster Linie Facebook und Co. zu verantworten haben, sondern die Absender. Die Plattformen müssen rechtswidrige Inhalte aussortieren, aber sie sind keine Zensoren.

Die Plattformen müssen rechtswidrige Inhalte aussortieren, aber sie sind keine Zensoren

Plattformen müssen unsere Gesetze respektieren – vom Urheber- bis zum Wettbewerbsrecht. Aber sie müssen weder die Anforderungen eines Mediums erfüllen, noch genießen sie den Schutz durch das Presserecht. Mediale Inhalte müssen über diese Technologieplattformen uneingeschränkt und ungehindert verbreitet werden. Um das alles sicherzustellen, ist der Gesetzgeber gefragt.

Klare Normen und Regeln für soziale Netzwerke

Auch wenn Facebook oder Twitter keine Medien sind, haben sie unbestritten Einfluss auf die Meinungsbildung und sollen deshalb in die Überlegungen zur Sicherung der Medien- und Meinungsvielfalt einbezogen werden, wie es die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz in ihrem Abschlussbericht im Juni 2016 gefordert hat.

So soll einerseits die Arbeitsweise von Plattformen und Intermediären transparenter werden, Rechtsverstöße wie die Verbreitung von Hass, Lügen und Aufrufen zu Gewalt sollen geahndet werden können und zum anderen müssen diese Netzwerke entmythisiert werden. Dazu ist es aber erforderlich, dass die Intermediäre die Einhaltung gesetzlicher Normen garantieren.

Der Vorsitzende der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), Ralf Müller-Terpitz, fordert klare Normen und Regeln für soziale Netzwerke: Ein demokratisches Gemeinwesen müsse ein elementares Interesse an der Offenhaltung von Kommunikationsprozessen und an einem Höchstmaß kommunikativer Chancengleichheit haben. »Hierfür muss die Gesellschaft Spielregeln definieren, die eine informative Nutzung von Intermediären zu fairen Bedingungen ermöglichen«, so Müller-Terpitz. Dazu müsste die Herstellung von Transparenz in Bezug auf die Wirkungsweise der eingesetzten Empfehlungsalgorithmen sowie die Einbeziehung von Intermediären in die medienkonzentrationsrechtliche Bewertung gehören. »Aufgrund ihrer quantitativen Bedeutung für den Informationszugang und den Verzerrungseffekten, die jedem Empfehlungssystem inhärent sind«, so der KEK-Vorsitzende weiter, »würde ich es begrüßen, wenn der Gesetzgeber die von der Bund-Länder-Kommission formulierten Ergebnisse alsbald in Gestalt offen formulierter Normen umsetzen würde, auch um (erste) Erfahrungen mit der Regulierung des Phänomens ›Intermediär‹ zu sammeln und hierdurch möglicherweise als Vorbild für andere Rechtsordnungen bzw. Rechtsräume zu fungieren«.

Die Setzung und Durchsetzung von Normen für soziale Netzwerke durch Gesetze oder Selbstverpflichtungen ist dringend. Doch für die demokratische Relevanz der gesellschaftlichen Kommunikation ist ebenso erforderlich, dass die klassischen Medien durch seriöse und transparente Berichterstattung Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und mit ihren Meinungen und Fakten auch in sozialen Netzwerken präsenter sind als bisher.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von promedia – das medienpolitische Magazin

Initiative kulturelle Integration

Die Initiative kulturelle Integration will zeigen, welchen Beitrag Kultur zur Integration leisten kann – zur Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen, aber auch derjenigen, die bereits in Deutschland leben.

Initiatoren:
Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Deutscher Kulturrat

Mitwirkende Institutionen:
ARD, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Bischofskonferenz, Deutscher Beamtenbund und Tarifunion, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Journalisten-Verband, Deutscher Landkreistag, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag, Evangelische Kirche in Deutschland, Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen, Koordinationsrat der Muslime, Kultusministerkonferenz, Neue Deutsche Organisationen, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Verband Privater Rundfunk und Telemedien, ZDF, Zentralrat der Juden in Deutschland

www.kulturelle-integration.de

Vom Wahren, Schönen, Guten

Ein Prachtstück im Zusammenwirken von Politik und Kultur ist die nun doch vollendete Hamburger Elbphilharmonie. Die Kartenpreise auf dem Schwarzmarkt erreichen schon Rekordhöhen. Die Stadt hat ein neues Wahrzeichen. Von der aufregendsten Nachkriegsarchitektur in Deutschland ist die Rede. Ein Jahrhundertwerk. Und ein Werk für Jahrhunderte. Kultur adelt. Besonders, wenn es um klassische Musik geht.
Die künstlerische Arbeit im Gebäude soll bereits bei ersten Proben die Musiker des Elbphilharmonie-Orchesters so ergriffen haben, dass allen nach dem Spielen von Brahms 1. Sinfonie die Tränen gelaufen sind. In der Tat etwas Kostbares in einer Zeit, wo Musik oft durch technische Reproduktion oder als Klangteppich genutzt wird. Ein gelungener Resonanzraum für die Musik. Die Musikkultur hat das zweifellos verdient. Nicht nur, dass Brahms ein gebürtiger Hamburger war. Das Pflegen der klassischen Musik hat hierzulande eine gute Tradition. Zahllose Konservatorien, die in der Welt einen guten Ruf haben, bilden hervorragend aus. Die Junge Deutsche Philharmonie und die Mannheimer Philharmoniker sind gute Beispiele für die Qualität, die sich da entfalten kann.
Für die Wirtschaft hat diese Form, mit Kultur Politik zu machen, schon längst funktioniert. Speziell für die Immobilienwirtschaft. Am Hafen, wo früher Schauerleute und eine Kultur der elenden Arbeit waren, ist um das Leuchtturmprojekt Elbphilharmonie eines der hochwertigsten Immobilienareale des Landes entstanden. Und in ganz Hamburg zieht der Markt kräftig an. Hier funktioniert der Spruch der neoliberalen Ökonomen perfekt: Wenn das Wasser steigt, schwimmen alle Boote nach oben.
Welche Kraft die Kultur doch hat! Schafft sie nicht perfekte Harmonie? Verzweiflung und Skandale der um Jahre verlängerten Bauzeit und die Explosion der Kosten, das zählt nun nicht mehr. Die Feuilletons überschlagen sich. Neidisch kann der Bahnchef aus der Grube des Stuttgarter S21-Loches diesen Glanz erleben. Der neue Rot-Rot-Grün-Senat in Berlin ist noch weit von solchen Erfolgen entfernt. Er hat nicht nur die Großbaustelle am Flughafen geerbt. Ein Projekt, das auch später im Betrieb keine Wohlklänge hervorrufen wird. Nein, mit der Lindenoper wächst auch in Berlin ein kulturelles Prestigeobjekt, das wie die Elbphilharmonie von Bauverzögerungen und Kostensteigerungen begleitet ist.
Bevor eine solche Kathedrale dem Wahren, Guten und Schönen dienen kann, passiert halt so manches Unwahre, Ungute und Unschöne. Um ein solches Projekt durchzusetzen ist es fast schon normal, zunächst einen unrealistisch niedrigen Preis dafür auszurufen. Niemand hätte das zum tatsächlichen Preis durchsetzen können. Wie abgekartet wird der Entwurf runtergerechnet, so gut es geht, um ihn politisch abzusegnen. Und wenn das Projekt dann einmal gestartet ist, wird man es auch irgendwann irgendwie fertigstellen. Das kostet.
Dieser Hang zum Unwahren und Unschönen besteht beileibe nicht nur bei Kulturprojekten. Man könnte sagen: Das ist heute die Kultur unserer Politik. Es ist, wie man so sagt, der Zeitgeist. Der ist rational schwer zu fassen. In diesem Fall hat er auch schon einen modischen Namen. Wir leben im postfaktischen Zeitalter. Information war gestern. Heute wird mit Desinformation gearbeitet. Und das teils sehr erfolgreich. Die Wahl Donald Trumps wurde offenbar befördert durch den massiven Einsatz von Fake-News. Aus Facebook wurde Fakebook. Die kuriose Story, wonach Hillary Clinton aus einer Pizzeria in Washington einen Kinderpornoring führe, hat schließlich gar einen Mann zum Gewehr greifen lassen. Er hat in dieser Pizzeria darum wild geschossen. Aus Fake-News erwachsen Tatsachen, die wir ganz altmodisch und gar nicht postfaktisch als Fakt zu akzeptieren haben. Trump ist gewählt. Wie raffiniert das dort in Szene gesetzt wurde, welche Wahlkampfstrategien, wie viel Millionen Dollar und welche analytischen Ansätze von Psychometrie bis Kaffeesatzleserei dazu aufgewendet wurden, das kann man nun alles untersuchen. Fest steht: Es wird Aufwand betrieben, uns aus dem Informationszeitalter herauszukatapultieren in das Postfaktische.
Wird die Faktenbiegekultur unsere Wahlen und Politik verändern? Wie es der Verkehrsminister bereits schafft, den Dieselskandal zu vernebeln, ist schon ein großartiges postfaktisches Meisterwerk. Es funktioniert, weil wir alle als Opfer und Täter drinhängen. Wir wollen gern sparsame und umweltfreundliche Autos fahren. Wir wollen Arbeit haben. Der Staat will Steuern kassieren. Natürlich wissen wir, wie stark unsere 58 Millionen Autos und deren Produktion die Umwelt belasten, unsere Städte verlärmen, verrußen, uns die Tränen in die Augen treiben. Und unsere Institutionen streuen uns noch obendrein Sand dazu. Von was sollen wir denn so etwas wie die Elbphilharmonie finanzieren?
Es ist zum Weinen. Aber das können wir dann gepflegt in der Elbphilharmonie bei Brahms. Denn wir leben nicht allein vom Wahren, Schönen, Guten. Wir leben von schönen, guten Waren.

Arnulf Rating ist Kabarettist

Fürs Leben lernen

Verantwortung übernehmen durch soziale Patenschaftsprogramme im Studium

PETER CLEVER

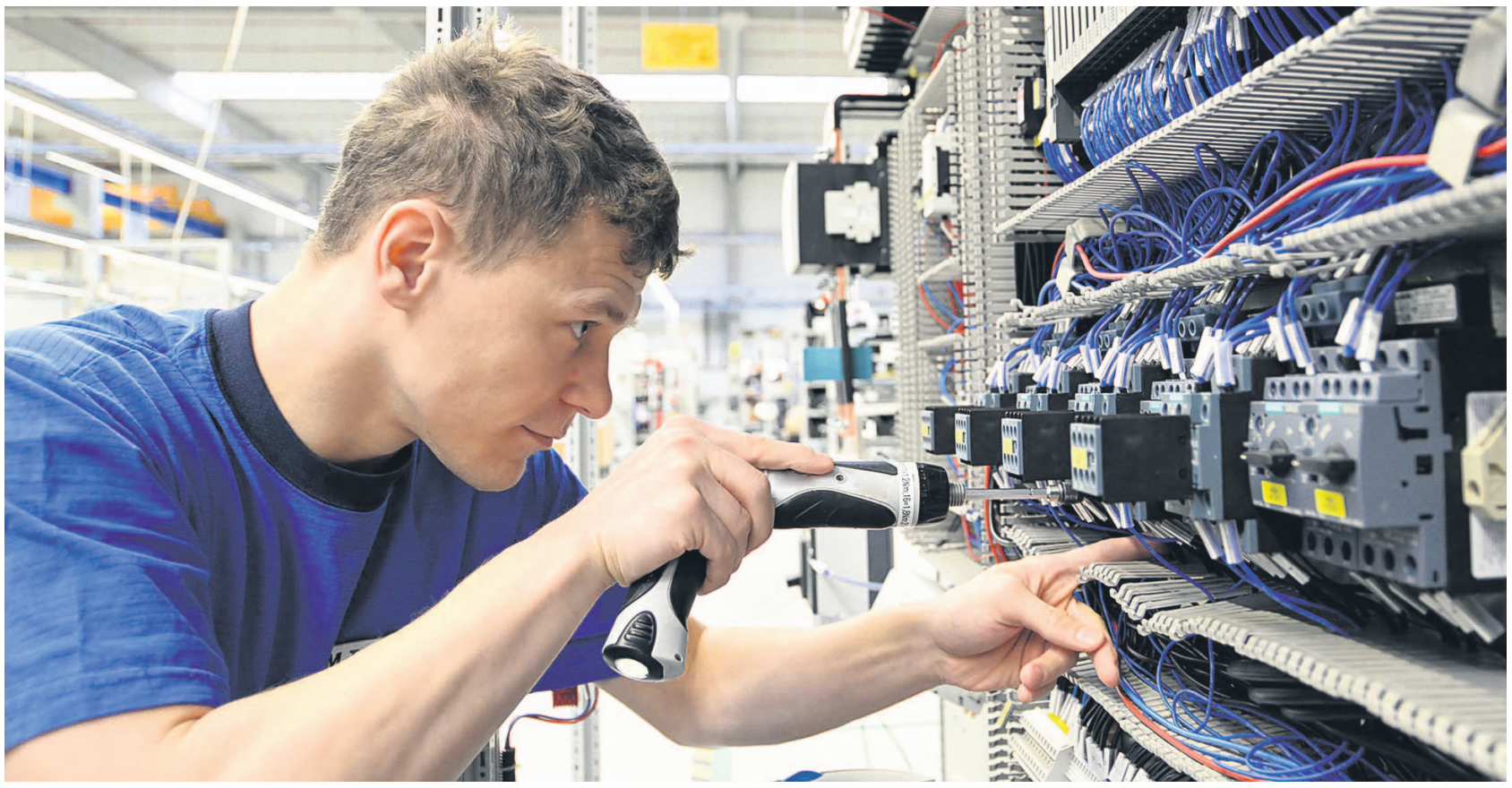

FOTO: INDUSTRIEBLICK / FOTOLIA.COM

Die Patenschaftprogramme umfassen u. a. die Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz

Was heißt Persönlichkeitsbildung? Reife Persönlichkeiten verfügen nicht nur über mentale Stärke, hohe Lebenszufriedenheit und ausgeprägte Problemlösungs- sowie Krisenbewältigungskompetenzen, sondern auch über Empathie und soziales Verantwortungsbewusstsein. Letztlich ist das Ziel der Persönlichkeitsbildung, handlungsfähiger, unabhängiger und damit auch zufriedener zu werden – ein Mensch, der couragiert und selbstbestimmt durch das Leben geht, der mit Frustrationen umzugehen weiß, Unsicherheiten aushalten kann, solidarisch handelt und dafür gewappnet ist, Verantwortung für sich und andere zu tragen. Persönlichkeitsbildung oder besser Persönlichkeitsentwicklung, ein lebenslanger Prozess, kommt damit allen Lebensbereichen zugute – sie ist das Fundament auch für die berufliche Entwicklung. Persönlichkeitsbildung heißt: für das Leben zu lernen.

Immer mehr junge Menschen studieren – aktuell starten jedes Jahr rund 500.000 Männer und Frauen mit einem Studium. Umso wichtiger ist, dass die Hochschule neben der fachwissenschaftlichen Bildung und der Arbeitsmarktorientierung auch die Persönlichkeitsbildung in den Fokus nimmt. Auf diese drei zentralen Dimensionen hochschulischer Bildung hat auch der Wissenschaftsrat, das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium in Deutschland, jüngst in einer Empfehlung hingewiesen.

Persönlichkeitsentwicklung lässt sich nicht steuern, aber sie lässt sich fördern

Aber wie entwickelt sich Persönlichkeit? Persönlichkeit wächst außerhalb der Hochschule in der Familie, unter Freunden, durch gesellschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft, durch erste Jobs, Mitarbeit in Vereinen und Initiativen.

Und in der Hochschule? Fast jeder zweite Studierende sieht das Studium als eine Phase des Lebens, in der sich Persönlichkeit entwickelt. Persönlichkeit wächst sicherlich nicht durch »ex cathedra«-Vorlesungen und -Seminare, sondern eher durch das Miteinander der Studierenden in Lerngruppen und Tutorien, durch Praktika und aktivierende Formen des Lehrens und durch den Austausch unter den Studierenden, sei es studienbezogen oder in der Freizeit. Persönlichkeit entwickelt sich auch, indem Verantwortung als studentischer Mentor oder Mentorin für einen Mentee übernommen wird – z. B. einen jüngeren oder ausländischen Studierenden – oder in der umgedrehten Rolle, indem ich von Älteren und Erfahreneren lerne.

Persönlichkeitsentwicklung lässt sich kaum steuern, aber sie lässt sich unterstützen und fördern. Auslandserfahrung während des Studiums ist ein wichtiger Katalysator. Der bewusste Wechsel in ein anderes soziales Umfeld, eine andere Kultur verlangt dem Einzelnen und der Einzelnen einiges ab: Toleranz, Flexibilität, neue Beziehungen aufbauen. Niemand kommt von einer Reise so zurück, wie er oder sie weggefahren ist. Letztendlich hilft alles, was den Einzelnen dazu bringt, sich mit sich selbst und seiner Umwelt auseinanderzusetzen, die eigene Rolle zu klären, sich selbst zu reflektieren und eine Identität zu entwickeln.

Den meisten Angeboten an Hochschulen gemein ist aber, dass sich die Studierenden unter ihresgleichen bewegen – in einem privilegierten Milieu. Kontakt zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten ist stark begrenzt. Denn trotz der Expansion des Hochschulstudiums ist die soziale Selektivität immer noch hoch. Vor allem die Weichenstellungen während der Schulzeit führen dazu, dass von 100 Kindern aus nicht-akademischen Elternhäusern nur 23 studieren, bei Kindern aus akademischen Elternhäusern sind es dagegen 77, das heißt mehr als dreimal so viele. An der Hochschule trifft in der Regel der Arztsohn die Architektentochter – selten die Tochter eines Maurers.

Andererseits gibt es Menschen, die wir stärker als bisher in die Mitte unserer Gesellschaft holen müssen – Flüchtlinge, Menschen mit Behinderung, Hauptschülerinnen und -schüler, junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss. Allein 1,3 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss und damit kaum eine Chance auf ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe.

Auf Basis eines bundesweiten Programms sollten darum Patenschaften zwischen Studierenden und Leistungsschwächeren zu einem selbstverständlichen Teil des Studiums im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung werden und mit Leistungspunkten unterlegt werden. Gewiss: Soziales Engagement kann und soll nicht objektiv gemessen und honoriert werden. Aber Leistungspunkte messen den Arbeitsaufwand im Studium. Werden sie für ein solches Mentoring vergeben, machen sie deutlich, dass Engagement für weniger Privilegierte den Zielen des Studiums sowie der Gesellschaft dient und Wertschätzung erfährt.

Eine Patenschaft selbst kann sehr unterschiedliche Formen annehmen: Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einer behindertengerechten Wohnung, Unterstützung bei Bewerbungsschreiben, gemeinsame Museums- oder Restaurantbesuche und sportliche Aktivitäten. Pro Patin oder Pate wäre ein Budget von etwa 500 Euro pro Jahr ausreichend, um die Kosten zu decken. Die Bundesbildungsministerin und die Landesbildungsministerinnen und -minister sollten über die unbürokratische Ausgestaltung und Finanzierung eines solchen großen Patenschaftsprojektes Gespräche aufnehmen.

Beide Seiten – Pate und »Patenkind«, Mentor und Mentee – würden profitieren: eine klassische Win-win-Situation. Von einem solchen Programm könnte darüber hinaus auch ein Impuls für ein stärkeres Miteinander in unserer Gesellschaft ausgehen – für mehr Solidarität, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und sozialen Frieden.

Peter Clever ist Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Lustprinzip Ost

Thomas Oberender, Intendant der Berliner Festspiele, im Porträt

ANDREAS KOLB

Museumsneubauten werden heute in der Regel mit Performancebühnen geplant. Vor diesem Hintergrund kann man die Idee der Bundeskulturpolitik, vor gut zehn Jahren die Berliner Festspiele in eine Konstruktion umzuwandeln, die Ausstellung und Performance zusammenführt und unter eine künstlerische Leitung stellt, als zukunftsweisende Entscheidung einstufen. Mit ihrer Verbindung von Martin-Gropius-Bau und dem Haus der Berliner Festspiele stellen die Festspiele ein einzigartiges Modell dar.

Thomas Oberender, seit 2012 Intendant der Berliner Festspiele, beschreibt sein Konzept konzis in drei Worten: »Sehen, was kommt.« Und en detail: »Mit allen unseren Formaten erkunden wir, wo ästhetisch und konzeptionell die Reise im Feld der zeitgenössischen Künste hingeht. Das Musikfest Berlin entwickelt Impulse für ein neues Konzert-Repertoire und führt die alte Maschinerie Orchester zu neuen Klängen und Aufführungspraxen. Das Festival MaerzMusik experimentiert am Grenzbereich der Musik zur Installation, zum Zeitdiskurs und neuen Erlebnisformen des Formats Konzert. Das Jazzfest Berlin sucht nach den Meistern des Jazz und den Erneuerern der nächsten Generation, die dieses Genre in Berührung mit elektronischer und populärer Musik bringen, aber auch mit anderen Künsten wie Tanz oder Film. Wer sich für Neues interessiert, nicht nur im Sinne der Neuinterpretation, sondern auch ganz andersartiger Erlebnisformen zeitgenössischer Künste, für den sind die Festspiele der ideale Ort. Es geht nie nur um gutgemachte Kunst, sondern auch um Transformationen von Erzählweisen und Institutionen. Das gilt auch für den Martin-Gropius-Bau und sein Programm zwischen Ausstellung und Aufführung, aber auch für das Theatertreffen, die neue Programmreihe Immersion oder die Bundeswettbewerbe mit ihren Akademieprogrammen für den künstlerischen Nachwuchs.«

Thomas Oberender wurde 1966 in eine Akademikerfamilie hineingeboren: Der Vater studierte Tiermedizin an der Humboldt-Universität zu Berlin, die Mutter Psychologie in Jena. Das Einzelkind kam durch den Großvater, der als Bühnenbildner gearbeitet hatte, erstmals mit der Bühne in Kontakt. Die bürgerlichen Berufe der Eltern prägten das Leben der Familie Oberender in heute kaum mehr verständlicher Hinsicht, denn es war für den Heranwachsenden in der DDR aufgrund seiner Herkunft nicht einfach, Abitur zu machen. Da er kein Arbeiterkind war, gab es für ihn trotz sehr guter Noten keinen Platz auf der erweiterten Oberschule und so konnte er das Abitur nur in Verbindung mit einer Lehre zum Maschinen- und Anlagenmonteur in einem Schwermaschinenkombinat in Weimar machen. Dazu musste er sich zu einem Ingenieurstudium im Anschluss an das Abitur verpflichten, an dessen Ende ein Arbeitsplatz in einem ländlichen Betrieb für Stallanlagen stand. Mit 15 war Oberenders Lebensweg eine staatlich beschlossene Sache.

Doch der junge Oberender hatte andere Pläne: Er wollte Theaterwissenschaften an der Humboldt-Universität studieren. Als Lehrling hatte er im Jugendclub im Nationaltheater Weimar Theater gespielt und von da an wusste er, wohin für ihn die Reise gehen sollte. Als Berufsschüler Theaterwissenschaft studieren zu wollen, war exotisch und im Grunde aussichtslos, wurden doch in der Planwirtschaft nur alle zwei Jahre zwölf Studenten aufgenommen. Der junge Frank Castorf war übrigens einer von ihnen. Trotz hervorragender Noten gab es für Oberender scheinbar nur zwei Wege an die Universität: entweder durch den Eintritt in die SED oder die Verpflichtung zu drei Jahren Dienst in der Volksarmee. Er zog Letzteres vor und konnte sich 1988 an der Humboldt-Universität einschreiben. Parallel belegte er nach dem Mauerfall das Studium Szenisches Schreiben an der Hochschule der Künste Berlin. Seine Veröffentlichungen umfassen seither Stücke und Übersetzungen, sowie Aufsätze, Kritiken und Essays zu Positionen und Persönlichkeiten der zeitgenössischen Kunst, darunter auch zwei Bücher über Botho Strauß – 1999 hatte er über ihn promoviert.

2000 ging Oberender »direkt vom Schreibtisch in die Direktion« des Bochumer Schauspielhauses, dort begann quasi über Nacht der Ernst des Lebens für den Autor, Intellektuellen und Kunstforscher. 2005 wurde er Ko-Direktor am Zürcher Schauspielhaus, 2006 bis 2012 folgte die Schauspieldirektion der Salzburger Festspiele. Heute sagt Oberender im Rückblick auf seinen curriculum vitae: »Ich stehe selber ein bisschen staunend vor meinem Lebensweg. Ich habe getan, was mir Spaß gemacht hat. Etwas im Karrieresinne erreichen zu wollen, war nie meine Art. Andere Dinge wollte ich hingegen unbedingt erreichen – eine reichere Art, Theater zu gestalten oder Texte und Künstler zu verstehen. Ich wusste dabei immer eher, was ich nicht wollte. Was man will, das zeigt einem das Leben selber.«

Oberenders Sozialisation als Intellektueller verlief bis zu seinem 23. Lebensjahr in der eingemauerten DDR, dann siegte 1989 die friedliche Revolution und die Welt stand denen, die

FOTO: MAGDALENA LEPKA

Thomas Oberender

wie er eben noch auf der Straße demonstriert hatten, endlich offen. Oberenders Vita ist wie die vieler Ostdeutscher von einer Dichotomie geprägt: einem Leben in der stillen bzw. oft auch offenen Opposition im Osten und danach eines im Westen, wo vermeintlich das Lustprinzip regiert und an die Grenzen zu gehen, sehr viel schwieriger ist. Oberender hält dem scheinbar ein Lustprinzip Ost entgegen: »Natürlich hat das unfreie System DDR in meinem Leben Spuren hinterlassen und es oft auf andere Bahnen gelenkt. Nirgends in der Welt war im Widerstand zu sein übrigens so einfach wie in der DDR. Der Staat, das waren die anderen. Sich davon frei zu machen und anderen Themen zu folgen, war für viele Menschen wie mich im Osten ein Lustprinzip. Im Grunde hat das System einen auch in Ruhe gelassen, weil das »Böse« so offensichtlich und vorgeblich auf der anderen Seite blieb. So lebte man in Cliquen, mit Büchern und statt zu telefonieren, klopfte man an die Tür des Nachbarn. Das private Leben war viel weniger normiert als heute, weil es nicht so bürgerlich war. Ich habe an die DDR natürlich auch nicht die grauen Erinnerungen, die jene haben, die sie von außen sahen.«

Nach der Revolution im Osten – Oberender war gerade im ersten Studienjahr – entdeckte der 23-Jährige die späte Berliner Schaubühne und den Dramatiker Botho Strauß. »In seinen frühen Stücken stand, wie wir wohl werden würden. Seine Werke waren für mich eine einführende Mentalitätskunde. Sich mit seinen Stücken, Büchern und Essays zu beschäftigen, hieß, sich mit der Geschichte der Bundesrepublik zu beschäftigen und hieß auch, sich mit Spielarten des Bürgerlichen zu beschäftigen, in die man selber hineinwächst. Botho Strauß ist jemand, der sich im Widerstand begreift, aber ganz anders, als ich mir das je vorgestellt habe und viele Jahre war er für mich der Wegweiser in diesem inneren Ausland der neuen Bundesrepublik.« Während seiner Zeit am Bochumer Theater, aber vor allem bei den Salzburger Festspielen, wurde dann Peter Handke jemand, der ihm neue Sichtweisen und Kontinente erschloss. »Er ist der Künstler, der mich von meinen Komplexen und meiner Blödheit als Intellektueller am gründlichsten geheilt hat, weil er sich selber so oft erfunden hat. Finden dauert länger als suchen«, zitiert er ihn.

Heute ziehen Arbeiten junger Künstler wie Tino Sehgal, Thom Luz oder Susanne Kennedy die Aufmerksamkeit des Festspielintendanten auf sich. Wer jetzt vermutet, dass Oberender das eigene Schreiben und Forschen seiner Intendanz geopfert hat, liegt falsch. Jedes Jahr entstehen eine Anzahl von Essays und Artikeln, die jüngsten zum »Gegenwartstheater« in der Zeitschrift Lettre oder seine kulturpolitischen Thesen »Die dritte Geburt« anlässlich des fünften Kulturkongresses Ruhr.

Der »Intendant« Oberender ist ohne den »Intellektuellen« und »Autor« nicht denkbar: »Wir leben alle nur fruchtbar, wenn wir Hinterland haben. Wenn man aufhört, sich Hinterland erarbeiten zu können, dann wird man zum Funktionär«. Oberender, der gerne von Entgrenzung der Formate und der Genres spricht, hat auch seinen eigenen Beruf »entgrenzt«. Dass er sich dabei keinesfalls als Allrounder verstehen will, sondern als »Entdecker«, verrät ihn als echtes Kind einer Forschungshochschule wie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Netzwerk für gleichberechtigten Austausch

Zur Neugründung der Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe – 5 Fragen an Sabine Ruchlinski

Theresa Brüheim: Frau Ruchlinski, am 8. Oktober in Köln gründeten Vertreter zahlreicher Initiativen wie KulturLeben, Kulturtafel oder auch KulturRaum aus ganz Deutschland die Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe e.V. Sie waren für den KulturRaum München vor Ort. Wie kam es zu dieser Neugründung? Wurde sie bereits von langer Hand geplant oder war es ein eher spontaner Entschluss?

Sabine Ruchlinski: Nein, das war kein spontaner Entschluss, sondern wurde intensiv vorbereitet. Bereits nach der Gründung der ersten Initiativen für kulturelle Teilhabe in Marburg, Berlin, Hamburg, München und Köln wurde im Frühjahr 2011 eine Bundesarbeitsgemeinschaft gegründet. Ein loser Zusammenschluss, der in erster Linie dem gemeinsamen Austausch diente. In den darauffolgenden Jahren hat sich die Arbeitsgemeinschaft jährlich getroffen und zu einer sehr gewinnbringenden Einrichtung für die über 20 beteiligten Vereine entwickelt. Nach vier Jahren entstand der Wunsch, die Arbeitsgemeinschaft zu institutionalisieren, damit die gemeinsamen Ziele und Wünsche auch offiziell besser nach außen getragen werden können. Auf dem Treffen im Herbst 2015 in Berlin wurde deshalb eine Arbeitsgruppe mit den Vorbereitungen für eine Vereinsgründung beauftragt.

Was verstehen Sie unter kultureller Teilhabe? Wie würden Sie die Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe kurz beschreiben?

Unter kultureller Teilhabe verstehen wir in erster Linie die Möglichkeit, am kulturellen und gesellschaftlichen Leben einer Stadt teilnehmen zu können. Hierzu zählen Theater- und Konzertbesuche, Lesungen, Vorträge, Museumsbesuche – aber auch Workshops und Sportveranstaltungen. Da vielen Menschen dies aus finanziellen Gründen verwehrt ist, vermitteln wir ihnen Karten, die von den Veranstaltern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden: Karten, die nicht verkauft werden können, gehen an Menschen, die sie sich nicht leisten können. Eine Win-win-Situation für alle Seiten. Das wichtigste Element hierbei ist die ehrenamtliche persönliche Vermittlung der Karten am Telefon. Die Mitarbeiter laden die Gäste ein und beantworten alle offenen Fragen zum Kulturbesuch. Das führt zum Abbau von Schwellenängsten und zur breiten Akzeptanz des Angebots. Die Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe sieht sich als Netzwerk aller Initiativen für einen kollegialen und gleichberechtigten Austausch. Sie soll in Zukunft den Anliegen und Bedürfnissen der sehr unterschiedlichen Vereine bundesweit eine Stimme verleihen.

Was ist die Idee des Vereins? Welche Zielsetzung verfolgt er?

Erstens soll der Verein die Arbeit der Initiativen für kulturelle Teilhabe bundesweit bekannt machen und sich in die kultur- und sozialpolitischen Debatten einbringen. Zweitens soll der Verein versuchen, finanzielle Mittel zu akquirieren, um z. B. Mitglieder, die wenig bis gar keine öffentliche Förderung erhalten, unterstützen zu können. Drittens können wir an große Kulturveranstalter, die bundesweit tätig sind, herantreten, um diese als Partner für alle Mitglieder zu gewinnen. Darüber hinaus wird die Bundesvereinigung weiterhin für alle Fragen zur Verfügung stehen und Bürger und Vereine beraten, die eine neue Initiative für kulturelle Teilhabe in ihrer Stadt oder ihrem Ort gründen möchten.

Wie viele Mitglieder zählt die Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe zu diesem Zeitpunkt? Wer war an der Gründung beteiligt? Wie planen Sie in Zukunft die Interessen Ihrer Mitglieder zu vertreten?

In Köln waren zwölf Gründungsmitglieder vor Ort. Die Bundesarbeitsgemeinschaft hatte ca. 20 Mitglieder und wir gehen davon aus, dass die meisten auch Mitglieder der Bundesvereinigung werden. Natürlich werden wir versuchen, weitere Initiativen für den Verband zu begeistern. Die Interessen der Mitglieder sollen in bundesweiten Gremien durch die zweite Vorsitzende Evelin Schulze in Berlin vertreten werden und darüber hinaus durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsstelle, die von München aus betreut wird, unterstützt werden.

Welche politischen Ziele hat sich die Bundesvereinigung kurz- und langfristig gesteckt?

Kurzfristig soll das sehr erfolgreiche und nachhaltige Engagement für kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe der Initiativen bundesweite Anerkennung finden und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Mittelfristig sollten alle Vereine Zugang zu öffentlichen Fördermitteln erhalten. Alle Initiativen arbeiten mit vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern – in den großen Städten engagieren sich teilweise über 100 Freiwillige. Das Ehrenamtsmanagement benötigt feste und zukunftssichere Strukturen in Form von hauptamtlichem Personal. Außerdem müssen ausreichend Mittel für die Verwaltungsarbeit zur Verfügung stehen. Langfristig fordern wir institutionelle Förderungen für unsere Mitglieder, da sie maßgeblich zur Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft beitragen. Das geringe Einkommen ist die Klammer – und das trifft überproportional viele Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Senioren, Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung und Familien.

Ein weiteres langfristiges Ziel ist, unsere Idee in andere europäische Länder zu tragen, damit auch dort kulturelle Teilhabe für alle Menschen – unabhängig von ihrer finanziellen Situation – möglich wird.

Sabine Ruchlinski ist erste Vorsitzende der Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Ein Meilenstein der Ökumene

Das Erzbistum Berlin verdankt seine Entstehung der Reformation

HEINER KOCH

Das katholische Erzbistum Berlin verdankt seine Existenz der evangelischen Reformation! Natürlich war der Protestantismus nur mittelbar an der Bistumsgründung beteiligt. Zur historischen Wahrheit gehört auch, dass diese Beteiligung durchaus nicht nur freudige, sondern zunächst einmal sehr schmerzliche Erinnerungen weckt. Um zu verdeutlichen, was damit gemeint ist, genügt schon ein Blick auf das heutige Wappen der Erzdiözese Berlin. Das gevierte Wappen erinnert an die vier Vorgängerbistümer auf dem heutigen Bistumsterritorium. Sie alle »gingen« in der Reformation »unter«. Für die Katholiken in den alten Diözesen Brandenburg, Havelberg, Lebus und Kammin hatte das gravierende Folgen. Eine dramatische Verlustgeschichte begann, ja, mehr noch: die Geschichte eines nahezu vollständigen »Untergangs«. Denn in der Folgezeit wurde die katholische Religion in den protestantisch gewordenen Landen unterdrückt. Allenfalls heimlich konnte sie gelebt werden. Um der historischen Gerechtigkeit willen muss freilich sofort hinzugefügt werden: Andernorts widerfuhr evangelischen Christen dasselbe Schicksal unter katholischer Herrschaft. So wird deutlich: Protestanten und Katholiken sind durch eine gemeinsame Schuldgeschichte eng miteinander verbunden.

Erst im Jahre 1746 wurde wieder ein katholischer Kirchenbau in Berlin genehmigt. Jeder solle nach seiner Façon selig werden, so lautete bekanntlich die Losung Friedrichs des Großen. Er schenkte der kleinen Gemeinde persönlich Grundstück und Baumaterial. 1773 wurde die St. Hedwigs-Kirche eingeweiht. Sie gilt heute als Haupt und Mutter aller katholischen Kirchen im Erzbistum Berlin. Und noch immer bewegt sie die Herzen zahlreicher (Nicht-)Katholiken. Mit großer Freude gilt es daher anzuerkennen: Die Hedwigs-Kathedrale verdankt ihr Bestehen nicht zuletzt einem Protestanten!

Seit 1821 wurden Brandenburg und Pommern in kirchlich-katholischer Hinsicht dem Fürstbistum Breslau zugeschlagen. Je mehr jedoch Berlin zu einem weithin ausstrahlenden Zentrum des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und nicht zuletzt auch des religiös-weltanschaulichen Lebens aufstieg, umso drängender stellte sich die Frage, ob nicht das zu Breslau gehörende »Anhängsel« in die kirchliche Selbständigkeit entlassen zu werden verdiente. Den entscheidenden Schritt bedeutete das Preußenkonkordat aus dem Jahre 1929. In seiner Folge wurde 1930 das Bistum Berlin errichtet. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde es 1994 im Zug einer territorialen Neuordnung zum Erzbistum erhoben. Wie gesagt: Ohne die Reformation würde es das heutige Erzbistum Berlin nicht geben!

Berlin hat sowohl die schmerzlichen als auch die freudigen Folgen und unbeabsichtigten Nebenfolgen der Reformation an sich erlebt. Weniger bekannt ist aber, dass die Metropole in ganz besonderer Weise auch für die vielfältigen ökumenischen Aufbrüche steht, die das 20. Jahrhundert brachte. Nur ein Jahr nach der »Machtergreifung« Adolf Hitlers 1933 äußerte der damalige Berliner katholische Bischof Nicolaus Bares nämlich mit Blick auf den Nationalsozialismus: Die Trennung von Katholiken und Protestanten lähme »die Stoßkraft des Christentums in dem Augenblick, wo die Zusammenfassung aller positiv christlichen Kräfte bitterste Notwendigkeit wäre gegen den Ansturm der Gottlosen und des Neuheidentums«. Ein unscheinbarer Satz mit nachhaltiger Wirkung. Der evangelische Religionshistoriker und Ireniker Friedrich Heiler erkannte die Gelegenheit sofort. Schon wenige Monate später berief er mit ausdrücklicher Billigung von Bischof Bares jene Veranstaltung in das damalige katholische Priesterseminar ein, die als »Hermsdorfer Gespräch« in die Geschichte eingegangen ist. Es handelte sich um nichts Geringeres als um »die erste evangelisch-katholische Theologenkonferenz seit der Reformation auf deutschem Boden«, so Jörg Ernesti. Die Gespräche nahmen einen unerwartet guten Verlauf. Nach ihrem Abschluss stand für den evangelischen Theologen Karl Bernhard Ritter fest, dass der ursprüngliche Streitpunkt zwischen Protestanten und Katholiken, »die Lehre von der Rechtfertigung allein aus dem Glauben[,] uns von den lebendigen Vertretern der katholischen Theologie nicht mehr trennt«. Was für ein Schritt! Der Urkonflikt, der Protestanten und Katholiken gegeneinander aufgebracht hatte, schien plötzlich überwindbar zu sein. Tatsächlich unterschrieben 65 Jahre darauf Vertreter beider Konfessionen in Augsburg eine »Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre«. Ein Meilenstein für die Ökumene!

Ein vergleichbarer »Ansturm der Gottlosen und des Neuheidentums«, wie ihn Bischof Bares 1934 hellsichtig heraufziehen sah, steht heutzutage wohl nicht zu befürchten. Aber greift nicht die Herausforderung, vor der wir heute stehen, im Grunde sogar noch einmal tiefer? Scheint doch mitunter die Frage nach Gott selbst zu verdunsten. Eine große Aufgabe, vor der Christentum und Kirche heute stehen! Ich bin überzeugt: Wer nach Gott fragt, der fragt in letzter Linie nach dem Menschen. Und deshalb gilt auch umgekehrt: Wenn wir gemeinsam die Frage nach dem Menschen stellen, wenn wir immer wieder die letzten Grundfragen aufwerfen, die das menschliche Leben vom Anfang bis zu seinem Ende begleiten, und wenn wir dabei unbeirrt an der unantastbaren Würde festhalten, mit der der Schöpfer einen jeden von uns ausgestattet hat, dann machen wir damit die Stimme des Glaubens in unserer Zeit vernehmbar. Wenn sich die christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften dieser Aufgabe stellen, dann werden sie auch über ihre engeren Grenzen hinaus als eine religiöse Gestaltungskraft erfahrbar, die für eine Kultur des Friedens und der Versöhnung wirbt – in unserer Region und weit darüber hinaus. Nicht zuletzt die historische Erfahrung von konfessionellem Streit und konfessioneller Verständigung befähigt sie dazu. Das 500-jährige Reformationsgedenken, das wir im kommenden Jahr begehen, gemahnt an eine gemeinsame Vergangenheit, die hinter uns liegt. Mehr noch aber an eine gemeinsame Zukunft, die vor uns liegt.

Heiner Koch ist Erzbischof von Berlin

Kippa, Koscher, Klezmer?

Jüdische Kultur, ist das »Kippa, Koscher, Klezmer?« Das Dossier zeigt historische und aktuelle Perspektiven auf jüdisches Leben in Deutschland, jüdische Kultur sowie Erinnerungskultur. Es stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Buchreligionen heraus, beschäftigt sich mit wissenschaftlichen Jüdischen Studien und betrachtet die Jeckes in Israel. Das und vieles mehr ist jüdische Kultur.

ISBN: 978-3-934868-42-7, 72 Seiten, € 4,20

Eine Quelle lebendigen Wassers

Das Reformationsjubiläum in Vielfalt begehen

CHRISTINA AUS DER AU

Die Lutheraner – das waren für uns Schweizer Reformierte immer »die Anderen«. Schon auch evangelisch natürlich, aber doch nicht ganz so reformiert wie wir in der Schweiz. Die Lutheraner hatten ein immer noch fast katholisches Verständnis vom Abendmahl, eine Zwei-Reiche-Lehre mit einer besonderen Geschichte, eine ausgeprägte Kirchenhierarchie und – horribile dictu – Bischöfe! Auch Bischöfinnen, das musste man zu ihrer Ehrenrettung sagen, aber dennoch … ganz geheuer waren sie uns nie.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Kein Wunder, dass Lutheraner und Reformierte erst 1973 in der Leuenberger Konkordie öffentlich feststellen konnten, dass all diese Differenzen keine kirchentrennende Bedeutung haben und man trotz alldem auf der jeweils anderen Kanzel predigen und gemeinsam Abendmahl feiern dürfe.

Und so sollte nun einem gemeinsamen Reformationsjubiläum auch nichts im Wege stehen. Das allererste Reformationsjubiläum 1617 wurde interessanterweise von Reformierten initiiert, die gegenüber einem wieder erstarkenden Katholizismus die Einheit des Protestantismus demonstrieren wollten. Dass nun 400 Jahre später so manches ziemlich lutherisch geprägt ist – inklusive des Logos »Luther 2017«, mit der alle Akteure der Lutherdekade und des Reformationsjubiläums landesweit und international werben können – nun ja, das lässt mich als Reformierte seufzen. Aber natürlich sind hier auch die staatlichen und touristischen Stellen mit dabei, die ein großes Interesse daran haben, mit einem Kopf und einer Person für die unzähligen Orte und Angebote werben zu können.

Die Reformation ist kein großer, träger Strom, sie speist sich aus vielen Quellen

Zugleich betonen aber die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutsche Evangelische Kirchentag in den von ihnen verantworteten Veranstaltungen auch das Internationale, das Vielfältige, das Bunte des Reformationsjubiläums. Ein europäischer Stationenweg führt durch 68 Städte in 19 Ländern und in Wittenberg begegnen sich in der Weltausstellung Kirchen und Kulturen aus aller Welt.

Die Reformation ist kein großer, träger Strom, der einer Quelle entspringt und dann durch die Jahrhunderte unbeirrt seinen Weg zum Meer sucht. Sie speist sich vielmehr aus vielen Quellen, kleinen und großen, die sich zu Bächen vereinigen, Wiesen und Äcker bewässern und ihrerseits von Land und Boden eingefärbt und angereichert werden. Die Bäche kommen zu Flüssen zusammen oder auch nicht, versickern da und dort wieder und sprudeln als neue Quelle woanders wieder. Wer vermag zu sagen, welches nun der eine richtige, der reine Fluss ist?

Und nicht jedes Wasser ist lebensspendend. Schon in den ersten Reformationsjahren fielen Andersdenkende und Andersglaubende dem neuen Mainstream zum Opfer. Kurz nach dem ersten Reformationsjubiläum brach der Dreißigjährige Krieg aus. Die einen Vertreter des rechten Glaubens gegen die anderen Vertreter des rechten Glaubens. Es gibt auch Flüsse, die Fäule und Tod mit sich bringen. Da, wo Gift ins Wasser tröpfelt und davon profitiert, dass es sich im Fluss mit dem Wasser vermischt und doch heimlich oder auch öffentlich wirksam bleibt: Totalitarismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiislamismus, Nationalismus, Fundamentalismus, Egoismus. Da hängt es davon ab, dass dieses Gift identifiziert und ausgefällt werden kann – in dieser Welt wohl nie vollständig, aber doch so, dass der Fluss wieder lebensspendend wirken kann.

Mir ist diese Vielfalt von Fülle und Gefälle, von Formen und Kulturen, von Farben und Geschmäckern nicht nur sympathisch, sondern auch theologisch unverzichtbar. Das eine Wasser, die eine Taufe, der eine Geist. Aber all dies nie abstrakt, nie universal, sondern immer partikular und konkret. Und damit inkulturiert und wirksam geworden in Personen wie dem leidenschaftlichen Mönch Martin Luther aus Deutschland, dem politisch engagierten Pfarrer Huldrych Zwingli aus dem Schweizer Bergdorf, dem französisch-europäischen Juristen und Dissidenten Jean Calvin, aber auch im kämpferischen Thomas Münzer, den kompromisslosen Täufern, den radikalen Schwärmern und vielen anderen Frauen und Männern vor und nach der Reformationszeit aus allen Konfessionen.

So feiern wir im Reformationsjubiläum nicht Martin Luther und nicht die Protestanten, sondern die vielströmige, vielköpfige, bunte und lebendige Geschichte Gottes mit den Menschen in ihrer Vielfalt und ihrer Katholizität. Wir freuen uns darüber, dass immer noch Wasser sprudelt, und wir feiern die Gemeinsamkeiten der Ströme hüben und drüben im Wissen darum, dass es eine Quelle des lebendigen Wassers ist, von der wir leben, sei dies nun in Eisleben, in Zürich, in Dublin, Hermannstadt oder Turku.

Die Vielfalt von Formen und Kulturen ist sympathisch – und theologisch unverzichtbar

Oder in Berlin und Wittenberg. Der Deutsche Evangelische Kirchentag 2017 hat den Vorteil, dass sich hier sehr augenfällig Vielfältiges begegnet, die Vielfalt der Menschen und Veranstaltungen, der Gottesdienste und Gebete, der Frömmigkeitsstile und der Lebenswelten. So lässt sich gut gemeinsam Reformationsjubiläum feiern.

Christina Aus der Au ist Theologische Geschäftsführerin am Zentrum für Kirchenentwicklung der Universität Zürich sowie Präsidentin des 36. Deutschen Evangelischen Kirchentags 2017 in Berlin/Wittenberg und der Kirchentage auf dem Weg in Mitteldeutschland

Politik & Kultur

FOTO: HANNA NOORI

Zwei junge Frauen tanzen am Stadtrand von Marivan – in Sicherheit vor den Sittenwächtern

THEMA

Iran, mein unbekanntes Land

Austausch trotz aller Unterschiede

OLAF ZIMMERMANN

Der Iran ist – zumindest für mich – ein unbekanntes Land, das zugleich allein bei der Nennung des Namens unmittelbar zahlreiche Assoziationen und Bilder weckt. Assoziationen sind die Tötung von Benno Ohnesorg beim Besuch des letzten Schah Mohammed Reza Pahlavi am 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper in Berlin, nur wenige hundert Meter von meiner heutigen Wohnung in Berlin entfernt. Die Proteste gegen den Schah-Besuch und die Tötung von Ohnesorg markieren einen der Einschnitte in der bundesdeutschen Studentenbewegung. Die 1968er-Bewegung ist dadurch geprägt worden und die daraus folgende Radikalisierung führte letztendlich auch zu dem Terrorismus der RAF. Die Bilder der auf die Demonstranten einprügelnden Schah-Entourage und insbesondere das Bild des erschossenen Ohnesorg sind ikonographisch.

Weitere ebenfalls ikonographische Bilder sind die Ankunft von Ajatollah Ruhollah Khomeini aus dem französischen Exil in Teheran oder die Gefangennahme von 60 US-amerikanischen Botschaftsangehörigen in Teheran im November 1979 durch iranische Studierende. Die 1989 von Ajatollah Khomeini über den britischen Schriftsteller Salman Rushdie ausgesprochene Fatwa, also die Todesstrafe, aufgrund seines Werkes die »Satanischen Verse« steht ebenso für den Iran wie die antisemitischen und israelfeindlichen Einlassungen des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, dessen Außenpolitik das Land immer weiter isolierte.
Andere Bilder des Irans sind die Verwundeten der irakisch-iranischen Kriege, mit dem Tschador verhüllte Frauen, brennende Ölfelder.

Wiederum andere Assoziationen sind die persische Dichtkunst und hier besonders der Dichter Hafis, der Johann Wolfgang von Goethe zum West-östlichen Divan inspirierte. Persien war für lange Zeit der sagenhafte Orient und nicht Arabien. Die europäische Kultur wurde über Jahrhunderte gerade auch von Persien beeinflusst.

Der Iran, ein unbekanntes Land? Der Iran, ein irritierendes Land! Die Islamische Republik Iran geografisch zwischen dem Kaspischen Meer im Norden und dem Persischen Golf im Süden gelegen, grenzend an Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan, den Irak, die Türkei, Armenien und Aserbaidschan ist ein Land von großer geostrategischer Bedeutung. Außerdem befinden sich auf dem Staatsgebiet des Irans erhebliche Erdöl- und Erdgas-Vorkommen, weshalb das Land im 20. und 21. Jahrhundert auch von großem wirtschaftlichem Interesse ist.

Nach Abschluss des Atom-Abkommens und der damit einhergehenden Erwartung an Entspannung reiste Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Oktober letzten Jahres mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach Teheran. Der Besuch endete mit einem ausgedehnten Museumsbesuch, weil Parlamentspräsident Ali Laridschani das geplante Gespräch absagte. Eine Absage, die teils hämisch in der Presse kommentiert wurde, aber vor allem eines zeigt, die komplexe Situation im Iran selbst. Die verschiedenen politischen Strömungen sowie die unterschiedlichen Protagonisten in der Politik im Iran verfolgen heterogene Ziele von der vorsichtigen Öffnung gen Westen, um das wirtschaftlich stagnierende Land wieder attraktiv für ausländische Investoren zu machen bis hin zu Hardlinern, die jegliche – und sei es noch vorsichtig – Annäherung ablehnen und als Gefahr für die islamische Revolution ansehen.

Die Hoffnungen, die gerade von westlichen Ländern in Präsident Hassan Rohani gesetzt wurden, der als moderat gilt, haben sich bislang zu erheblichen Teilen nicht erfüllt. So werden nach wie vor Menschen hingerichtet, sind politisch Verfolgte inhaftiert. Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit gibt es im Iran nicht. Im Gegenteil, Journalistinnen und Journalisten, die regimekritische Positionen veröffentlichen, werden verfolgt, ihnen droht zumindest Inhaftierung, wenn nicht der Tod.

Sogenannte Tugendwächter wachen über die Einhaltung von Bekleidungsvorschriften und sittlichem Verhalten in der Öffentlichkeit. In den eigenen vier Wänden führen viele Iranerinnen und Iraner ein anderes Leben. Feste, Alkohol, Drogen, das Ausleben der Sexualität all dies darf nur im Verborgenen geschehen.

Wie sich die politische Situation auf Kunst und Kultur auswirken, darüber geben die Beiträge in diesem Schwerpunkt Auskunft. Sie zeigen, wie schwer es ist, künstlerisch zu arbeiten, wenn die Publikationsmöglichkeiten eingeschränkt bis gar nicht möglich sind, wenn Drehbücher zuvor genehmigt werden müssen, wenn der künstlerischen Phantasie Fesseln angelegt werden. Wie soll eine Liebesgeschichte auf der Bühne oder in einem Film erzählt werden, wenn sich die Protagonisten nicht berühren dürfen? Wie den Ehebruch, eines der sehr alten literarischen bzw. künstlerischen Motive, in den Mittelpunkt eines Werkes rücken, wenn es Tabu ist? Wie frei publizieren, wenn Bücher genehmigt werden müssen?

Die Beiträge veranschaulichen auch, welche Bedeutung der intellektuelle, künstlerische und wissenschaftliche Austausch mit dem Iran hat. In diesen Kontext ist auch die Teheran-Ausstellung einzuordnen, die in der Gemäldegalerie der Staatlichen Museen Berlin gezeigt werden soll und unter anderem Werke enthält, die von der letzten Kaiserin des Irans Schahbanu Farah Pahlavi zusammengetragen wurden. Die im Teheran-Museum befindliche Sammlung, die seit der Islamischen Revolution kaum zu sehen war, versammelt Werke der US-amerikanischen und europäischen Moderne. Diese Arbeiten von Jackson Pollock, Mark Rothko und anderen sollen zusammen mit zeitgenössischer iranischer Kunst gezeigt werden. Es wird damit eine Brücke zwischen westlicher Kunst der Nachkriegszeit und zeitgenössischen iranischen Positionen geschlagen.

Wie schwierig die Zusammenarbeit mit dem Iran ist, zeigt das monatelange Hickhack um die Ausfuhr der Bilder, nach dem die Weichen eigentlich gestellt waren. Doch macht dies auswärtige Kulturpolitik nicht erst so bedeutsam? Die Zusammenarbeit mit Ländern, mit denen es eben nicht einfach ist. Die Suche nach Verständigungsebenen und einem Austausch trotz aller Unterschiede. In der letzten Ausgabe von Politik & Kultur lautete das Schwerpunktthema »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik«. In dieser Ausgabe wird am Beispiel des Irans gezeigt, welche Relevanz die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gerade mit Blick auf sogenannte schwierige Länder hat und wie wichtig es für die Künstler, Journalisten, Verleger, Wissenschaftler, Menschenrechtler und andere ist, dass der Blick auch in die andere Wirklichkeit in diesen Ländern gerichtet wird.

Dieser Schwerpunkt hätte so nicht realisiert werden können, ohne das Engagement und die Unterstützung von Reinhard Baumgarten, Hörfunkkorrespondent der ARD für Türkei, Iran und Griechenland. Er hat in der Reihe »Nahostansichten« in dieser Zeitung bereits häufiger über den Iran berichtet. Gemeinsam mit ihm entstand die Idee, in Politik & Kultur den Iran zum Thema zu machen. Reinhard Baumgarten hat für diesen Schwerpunkt Autorinnen und Autoren recherchiert, hat mit ihnen die Themen geschärft und für die Übersetzung der Beiträge Sorge getragen. Auch hat er Interviews für das Dossier geführt. Wie schon im Jahr 2011 beim Dossier »Islam · Kultur · Politik« hat er die Tür zu einer – mir – unbekannten Welt aufgestoßen. Danke!

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

ZU DEN FOTOS

Hanna Noori ist eine aus dem Iran stammende Fotografin. Ihre Bilder geben Einblick in iranische Lebenswelten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Wiederkehrendes Motiv sind Frauen und ihre Rolle in der iranischen Gesellschaft.

Ein Dasein im Schatten der Zensur

Kunst und Kultur im Iran

REINHARD BAUMGARTEN

Das Volk der Dichter und Denker – im Nahen Osten sind es die Iraner. Viele europäische Literaten – allen voran der Deutsche Johann Wolfgang von Goethe – haben sich von persischen Vorbildern inspirieren lassen. Ferdusi, Hafis, Rumi, Omar Khayyam, Saadi, Nizami – sie haben der Welt beispiellose Schätze der Weisheit, der Dichtkunst und der Erkenntnis geschenkt. Das iranische Volk der Dichter und Denker verstumme, klagt die Verlegerin Shahla Lahiji in Teheran. In der Islamischen Republik Iran werde immer weniger gelesen, geschrieben und übersetzt: »Der Abstand zur Weltliteratur vergrößert sich. Wir verstehen Tag für Tag weniger, was in der Welt vor sich geht«.

1983 hat die heute 74-jährige Lahiji als erste Frau in der Islamischen Republik einen Verlag gegründet. Der Verlagsname Roshangarān bedeutet Aufklärer. Mehr als 2000 Bücher hat Lahiji veröffentlicht. »Die Leser halten Bücher nicht mehr für vertrauenswürdig. Sie glauben, das Leben ist aus den Büchern herausgewaschen worden. Bücher seien im religiösen Sinne gereinigt worden.«

In Artikel 24 der Verfassung der Islamischen Republik Iran heißt es: »Die Meinungsfreiheit in Publikation und Presse wird gewährleistet…«. Was zunächst vielversprechend klingt, wird im Nachsatz präzisiert: » … es sei denn, die Grundlagen des Islams und die Rechte der Öffentlichkeit werden beeinträchtigt«. »Die Grundlagen des Islams« bestimmen seit 37 Jahren Leben, Politik, Wirtschaft und Kultur im Iran. Viele Artikel der weltlichen Verfassung der Islamischen Republik Iran versprechen Grundrechte und Freiheiten nur unter Vorbehalt. In Artikel 27 heißt es beispielsweise: »Das Veranstalten von Versammlungen und Demonstrationen (…) ist frei, vorausgesetzt, diese verletzen nicht die islamischen Grundsätze«.

Geistlichen ist es in der Islamischen Republik vorbehalten, zu definieren, worin genau die islamischen Grundsätze bestehen. »Die Herrschaft im Iran ist ideologisch – wie einst die ideologische Herrschaft von Stalin, Hitler und Franco in Spanien…«, urteilt Sadegh Zibakalam. Der Politikwissenschaftler von der Uni Teheran ist einer der profiliertesten liberalen Intellektuellen im Iran. Die Ideologie der Herrscher Irans, so Zibakalam, sei ein Grundpfeiler der Islamischen Republik und solle gleichzeitig als Schutzwall gegen den westlichen Einfluss und die zugehörige Kultur dienen. Die Annahme westlicher Kultur bedeute ein folgenreiches Scheitern der eigenen Ideologie, folgert der Politikwissenschaftler. Um den Einfluss des Westens sowie den Drang nach künstlerischer und letztlich auch politischer Freiheit möglichst gering zu halten, greifen die iranischen Machthaber unterschiedlich intensiv und folgenschwer in alle Lebensbereiche ein.

»Wir dürfen nicht vergessen und alle sollen es wissen: Kunst ist nicht gefährlich und Künstler gefährden nicht die Sicherheit des Landes«, sprach Hassan Rohani Anfang 2014 wenige Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten. Und noch etwas sagte er: »Zensur darf nur gesetzmäßig und eindeutig sein. Wenn die Gesetze dazu nicht klar sind, müssen wir eben transparente Gesetze erlassen, wodurch alle ihre Aufgaben und Grenzen genau erkennen«.

Rohani will sich Mitte Mai kommenden Jahres zur Wiederwahl stellen. In den dreieinhalb Jahren seiner Amtszeit als Präsident hat der Geistliche im Rang eines Hotschatolislam viele Sätze für die Galerie gesprochen. Er hat viel versprochen, aber deutlich weniger als in Aussicht gestellt auch tatsächlich eingelöst. »Es gibt eine Kraft stärker als Gewehre und Diplomatie und das ist nichts anderes als die Kultur. Die Kultur kann durch Medien verbreitet werden.« Es mag dem 68-Jährigen nicht an guter Absicht mangeln. Aber Rohani ist nur eines von vielen Rädchen im Machtgetriebe der Islamischen Republik Iran und sein Einfluss ist begrenzt. Aber wie kein zweiter Mächtiger im Iran warnt er immer vor den realen Gefahren, die von den Rissen und Verwerfungen in seinem Land ausgehen: »In unserer heutigen Gesellschaft sind die sozialen Probleme die eigentlichen Gefahren. Von Armut über Prostitution bis zum allgemeinen Misstrauen in der Gesellschaft und der Korruption in der Wirtschaft«.

Tatsächlich hat der Iran massive soziale Probleme. 1,5 Millionen Menschen sollen offiziellen Zahlen zufolge drogensüchtig sein. Experten gehen von bis zu 2,5 Millionen aus. Die Zahl der Ehescheidungen hat sich binnen fünf Jahren laut dem Innenministerium auf 36 Prozent mehr als verdoppelt. Die Arbeitslosigkeit steht bei 14,5 Prozent, in manchen Gebieten ist sie höher als 50 Prozent. Transparency International listet den Iran in Sachen Korruption auf Platz 130 von 168.

Präsident Rohani hat Recht, wenn er betont, von Künstlern gehe angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung keine Bedrohung der Gesellschaft aus. Diese sollten Symbole der Freude, der Hoffnung und der nationalen Einheit sein, fordert Rohani. Die Worte hören sie wohl – die Autoren, Maler, Regisseure, Musiker, Komponisten und Verleger. Leider gebe es im Iran auch knapp 38 Jahre nach der Revolution keine Freiheit der Kunst, stellt die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Nasrin Sotudeh nüchtern fest: »Die Künstler leben in einem Klima der Unsicherheit. Wenn ein Künstler auf festen Beinen steht, kann er solide Kunstwerke schaffen«.

Zensur finde im Iran auf vielen Ebenen statt, weiß die Verlegerin Lahiji: »Zuerst zensiert sich der Autor selbst, weil er so wenige Probleme wie möglich haben möchte. Dann folgt der Verleger. Das macht er entweder mit oder ohne Erlaubnis des Autors, oder er setzt ihn unter Druck, um Ärger mit dem Ministerium zu vermeiden. Danach zensiert schließlich noch das Ministerium«.

Das Ministerium für Kultur und Islamische Rechtleitung – kurz Ershad – achtet darauf, dass sich keine unerwünschten Einflüsse im Iran breitmachen. Mahmoud Doulatabadi gehört zu den international renommiertesten

Im Iran wird immer weniger gelesen, geschrieben und übersetzt

Schriftstellern Irans. Etliche seiner Bücher sind auf Deutsch erschienen. Im Iran sind sie legal oft nicht erhältlich.

»Ständig fordere ich die Herrschaft dazu auf, Druckgenehmigungen für Bücher zu erteilen. Literatur führt zu keiner materiellen Veränderung. Kein Buch hat einen Regimewechsel bewirkt. Lasst doch die Bücher erscheinen und erlaubt den Menschen zu sagen, was sie sagen wollen«, so Doulatabadi.

Die in der Praxis umfangreich geübte Zensur zeige Wirkung, beklagt die Verlegerin Lahiji. Der iranischen Gegenwartsliteratur fehle es an Inhalt, Reiz und Tiefgang. Sie habe den Anschluss sowohl an die eigenen Leser als auch an die Welt der Literatur verpasst. Die großen Werke der Weltliteratur erzählten vom Leben. Wenn man das Leben aus den Werken herausnehme, bleibe nichts übrig, so Lahiji: »Das Leben besteht aus Gut und Böse. Es gibt im Leben Sex, Liebesbeziehungen, Hass und Liebe, töten und getötet werden und vieles mehr. Wenn wir über all das nicht schreiben und es auch nicht übersetzen dürfen, dann entfernen wir uns von dieser Welt«.

Trotz aller Einschränkungen – die knapp 80 Millionen Iraner leben nicht im Tal der Ahnungslosen. Das Internet wird zwar gefiltert, Satellitenschüsseln werden zertrümmert, leistungsstarke Störsender – im Iran Parasit genannt – sollen den Empfang von ausländischen Satellitenkanälen verhindern. Doch die Menschen wissen Bescheid. Sie verstehen es, sich zu informieren und sie wissen, was in der Welt vor sich geht. Junge Leute stehen trotz offizieller Ablehnung auf westliche Musik, sie mögen in London, Berlin oder New York gesetzte Trends und kommunizieren mit gleichaltrigen diesseits und jenseits der iranischen Grenzen.

Weil sie im Iran lebe, seien ihr die roten Linien bewusst, verdeutlicht die junge Theaterregisseurin Nasim Saman. Das Ergebnis sei eine ständig geübte Selbstzensur: »Man arbeitet mit der Zensur und das ganze Stück ist eigentlich ein Produkt der Zensur«. Es gebe ungeschriebene Regeln der Zensur, erklärt auch die Verlegerin Lahiji, und sie nennt ein Beispiel: Ein Mann und eine Frau lieben sich. Damit die Geschichte gedruckt werden kann, dürfen die beiden nicht unverheiratet sein. Deshalb wurde der Verlag aufgefordert, die beiden im Buch als verheiratet darzustellen. Der Reiz einer verbotenen Liebesbeziehung ist damit natürlich hin. Natürlich gibt es im Iran wie überall auf der Welt geheime Liebesbeziehungen. Deren Zahl nimmt stetig zu. Aber darüber darf nicht geschrieben werden.

Die Filmregisseurin Manishe Hekmat hat vor knapp 15 Jahren mit dem sozialkritischen Film »Das Frauengefängnis« einen Kassenschlager gelandet. Zwei Jahre durfte der Streifen nach Fertigstellung nicht gezeigt werden. Dann kam er in die Kinos und wurde ein Publikumsrenner. Das war während der Präsidentschaft des Reformers Mohammed Khatami. Heute darf »Das Frauengefängnis« im Iran nicht mehr verkauft werden. Die Liste der Tabuthemen, stellt Hekmat bitter fest, werde immer länger, inhaltsvolle Filme zu realisieren gestalte sich für unabhängige Filmemacher zunehmend schwierig: »(Tabuthemen sind) Drogensucht, Aids, Scheidung und Ehebruch. Man fängt an, eine Geschichte, ein Drama zu erzählen, aber wir dürfen die Geschichte nicht in unserem Sinne zu Ende erzählen. Irgendwo müssen wir aufhören. Wir schneiden ein Problem an, können aber nicht sagen und zeigen, wie es zu Ende geht«.

Am bedrohlichsten empfindet Verlegerin Lahiji, dass das Kulturniveau Irans immer tiefer sinke. Die Literatur werde immer oberflächlicher: »Es werden Bücher aufgelegt, die literarisch gesehen ziemlich wertlos sind. Bücher wie ›Wer aß meinen Käse?‹, ›Wie kommt man schnell zu Geld?‹ oder ›Managementkurs in 5 Minuten‹. So etwas zählt man bestimmt nicht zur Weltliteratur«.

Drei Bücher hat Lahiji selbst geschrieben: Über Frauen in der iranischen Geschichte, Frauen in der Kunst und Frauen auf der Suche nach Freiheit. Jedes Mal musste sie um die Veröffentlichung hart kämpfen: »Es gibt keinen festen Maßstab für Zensur. Es hängt weitgehend vom Sachbearbeiter ab. Wir sind seinem Geschmack ausgeliefert, denn das Gesetz verbietet Zensur ja im Grunde. Wir wissen nicht, was eigentlich verboten ist. Es hängt vom Zensor und dessen Empfinden beim Lesen des Buches ab«.

Über 40 Bücher aus ihrem Verlag warten auf eine Druckgenehmigung. Bei vielen Büchern hat sie die Hoffnung bereits aufgegeben. Vor allem Büchern zu Frauenthemen bleibt die Zustimmung versagt. Auch wenn der Druck der Bücher genehmigt wird, ist der Vertrieb noch keineswegs sicher. Denn das gedruckte Werk muss noch dem Geschmack von anderen Beamten entsprechen, die das fertige Produkt freigeben müssen. Ganze Auflagen können so noch einer Zensur zum Opfer fallen, die es offiziell gar nicht gibt. Die Worte von Präsident Rohani verhallen ungehört: »Wenn die Medien nicht Sicherheit spüren, wenn sie ständig besorgt sein müssen über ihren Weg, über ihre Schriften, wie können sie etwas zur Sicherheit (unseres Landes) beitragen? Gebrochene Schreibstifte und geschlossene Münder können nichts bewirken«.

Rohani mahnt, doch er ist weitgehend machtlos. Irans erzkonservative Hardliner haben die Kultur zum Kampfplatz erkoren, um eigene Stärke zu demonstrieren und die relative Machtlosigkeit des Präsidenten zu zeigen. Fest terminierte Konzerte werden verboten, Ausstellungen abgesetzt und der Spiel-

Es sollen sich keine unerwünschten Einflüsse im Iran breitmachen

raum für Kulturschaffende wird immer weiter eingeschränkt. Die Politik der Herrschenden bleibt nicht unwidersprochen. Vor allem junge Menschen ziehen ihre eigenen Schlüsse. Zwischen 150.000 und 200.000 gut ausgebildete Iraner verlassen Jahr für Jahr ihr Land. Niemand hält sie zurück, obwohl dieser Braindrain laut Berechnungen des Internationalen Währungsfonds einem umgerechneten Kapitalverlust von knapp 50 Milliarden US-Dollar entspricht. Oft gehen eben kritische Köpfe, um ihr Glück in der Welt zu suchen, die den Herrschenden zuhause keine Kopfschmerzen mehr bereiten. Doch viele bleiben in ihrem Heimatland, auch wenn sie die Möglichkeit hätten, den Iran zu verlassen.

»Kyros ist unser Vater, der Iran ist unser Land«, haben Zehntausende Menschen unlängst in Pasargadai im südlichen Zāgros-Gebirge skandiert. Am Grabmal von Kyros dem Großen huldigten sie dem sechsten König des altpersischen Achämenidenreiches. Es war mehr als eine Huldigung. »Freiheit des Denkens ist mit Bart und Wolle nicht möglich«, riefen die Menschen unter Anspielung auf die Herrschaft der Geistlichen in ihrem Land. Die Versammlung am Grab von Kyros habe viele im Herrschaftsapparat ins Grübeln gebracht, erläutert Zibakalam von der Uni Teheran: »Die Herrschaft konnte sich nicht vorstellen, dass sich bis zu 50.000 Menschen dort versammeln. Sie kann auch keine ausländische Macht wie die USA oder die ›Zionisten‹ dafür verantwortlich machen«. Niemand habe für Kyros geworben, es seien keine Bücher über ihn veröffentlicht und gelesen worden, so Zibakalam: »Kyros ist zu einem Symbol der Ablehnung des Regimes geworden«.

Was am Grab des Achämenidenkönigs aus dem 6. Jahrhundert vor Christus zu hören war, lässt die Alarmglocken bei den Herrschenden der Islamischen Republik laut läuten: »Wir sind Arier und beten keine Araber an« war dort zu hören. Das neupersische Reich der Sasaniden wurde in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts nach Christus sukzessive von arabischen Heeren unterworfen. Es folgten Jahrzehnte blutigen Widerstands mit drakonischen Strafmaßnahmen durch die muslimischen Eroberer. Persien wurde schließlich weitgehend islamisch. Seit der Revolution von 1979 ist der Islam stärker denn je Richtschnur für die Herrschenden des Landes.

Vor 37 Jahren, als die Revolution begann, habe man Kyros keine Bedeutung beigemessen, stellt der 68-jährige Politikwissenschaftler Zibakalam fest: »Die heutige Gesellschaft sollte eigentlich sehr islamisch und gläubig geworden sein, denn alles ist ja hier islamisch: Die Führung, der Präsident, das Parlament, die staatlichen Medien und die Universitäten – einfach alles. Wir wissen sehr genau, dass es zwischen Kyros und dem Islam keine Gemeinsamkeiten gibt«.

Shāh-e Shāhān – König der Könige wird Kyros genannt. Direkt nach der Revolution sollte sein Grabmal geschleift, die Erinnerung an ihn ausgelöscht werden. Tausende Menschen stellten sich damals den Abrisstruppen in den Weg. Dann herrschte lange Schweigen. Die Erinnerung an alte Größe komme nun in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krise zurück, konstatiert Zibakalam: »Die (jungen Menschen) der zweiten und dritten Generation nach der Revolution sind vom Islam enttäuscht. Sie suchen nach Ersatz. Für meine Generation war der Islam die Antwort. (Die jungen Leute) werden wegen ihrer Islam-Enttäuschung so lange suchen, bis sie etwas Anderes gefunden haben«.

Präsident Rohani weiß die Zeichen der Unzufriedenheit zu deuten: »Wenn die Jugend dieses Landes ihre Idole und Helden nicht in ihrem eigenen kulturellen Umfeld finden können«, warnte er unlängst, »dann sind sie gezwungen, nach Helden in Übersee zu schauen. Hier liegt doch die Gefahr«.

Langfristig liegt die Gefahr sicher darin, dass vor allem junge Menschen mit dem eng gefassten, sich an »islamischen Grundsätzen« orientierenden Kulturbegriff der Herrschenden immer weniger anfangen können. Sie wissen sehr wohl, welche kulturelle Weite möglich wäre und welcher Enge sie ausgesetzt sind.

Einer der gerufenen Slogans am Grabmal von Kyros in Pasargadai lautete in Anspielung an die arabische Eroberung: »Sie sagen, alles sei Gottes Wille. Aber alles Unheil kommt von den Arabern«. Im Land der Velayat-e Faqih – der Herrschaft des Rechtsgelehrten – klingen diese Worte wie reinste Blasphemie. Denn mit den Eroberern kam auch der Islam. Eine Minderheit äußere sich so, räumt Zibakalam ein. Aber diese Minderheit bringe Gefühle vieler vor allem junger Menschen zum Ausdruck.

»Die Generationen nach der islamischen Revolution glauben nicht mehr an die Politik der Führung. Wenn die Herrschenden hier von (Hizbollah-Chef) Hassan Nasrallah (im Libanon) sprechen, dann sagen sie, wer ist das überhaupt? Die Herrscher sprechen von Hamas und die Anderen sagen: Hamas, was bitteschön ist das? Die Führung sagt, die USA sind unser Feind. Die andere Seite sagt, nein, das sehen wir nicht so.« Die Kluft zwischen Herrschaft und Volk sei groß, sagen vor allem die jungen Menschen im Iran. Die Herrschaft folge den Vorgaben Gottes und diene dem Volk, sagen die Herrschenden. Zu den Aufgaben von Kunst gehörten Bildung und Aufklärung des Volkes sowie kritische Reflexion der Macht, findet die Filmemacherin Hekmat. Im Iran sei das möglich, wenn es gemäß »den islamischen Grundsätzen« umgesetzt werde. In Zeiten der Hoffnungslosigkeit ziehe sie es vor, Komödien zu produzieren, um die Menschen damit etwas zu beleben: »Eltern sollen mit ihren Kindern aus ihren Häusern, oder besser gesagt aus ihren Grotten herauskommen, sich zusammen einen Film anschauen und ein wenig lachen. Ich denke dieses kleine Vergnügen wird ihnen etwas Kraft geben«.

Reinhard Baumgarten ist ARD-Hörfunkkorrespondent für den Iran und hat ein Büro in Teheran
Twitter: @ReinBaum

»Nicht erhältlich«

Zensur und Menschenrechtsverletzungen im Iran

NASRIN SOTUDEH

Erlauben Sie mir meinen Artikel mit einer persönlichen Erinnerung zu beginnen. Es geschah vor 35 Jahren, als ich noch 18 Jahre alt war. Ich hatte gerade mein Abitur gemacht, konnte aber wegen der Schließung der Universitäten aufgrund der sogenannten »Kulturrevolution« kein Studium aufnehmen.

Ich freute mich aufs Nichtstun und nutzte die Gelegenheit, Bücher zu lesen. Ich begrüßte sogar heimlich die Schließung der Universitäten und entschloss mich, meine Bildungslücken in gewissen Gebieten zu schließen.

Damals waren Bücher die wichtigste Quelle für die Aneignung von Wissen; dazu nutzte ich die Bibliothek in unserem Stadtteil.

FOTO: HANNA NOORI

Hirten weiden in 3.000 Meter Höhe Schafe und Ziegen vor dem mächtigen Bergmassiv des persischen Nationalberges Damāvand

Früh morgens bestritt ich den Fußmarsch von einer halben Stunde zur Bibliothek, die ich manchmal erst in der Dunkelheit wieder verließ. In meinem jugendlichen Enthusiasmus erhoffte ich mir, durch Lesen meine Träume erfüllen zu können.

Träume, die sich sehr bald in Luft auflösten. Viele Bücher waren einfach nicht zu haben. Wir durften uns nur Bücher aus den Listen der Bibliothek aussuchen, aber viele Bücher selbst aus diesen Listen waren »nicht erhältlich«.

»Nicht erhältlich?« Es steht doch auf der Liste der Bibliothek, fragte ich immer. Es war im dritten Jahr der Islamischen Revolution und ich hatte das Ausmaß der revolutionären Säuberung noch nicht begriffen. Diese Bücher waren einfach weggesäubert. Und so erfolgte der erste erschreckende Schlag der Zensur auf meine Psyche und Träume.

Das Ungeheuer der Zensur hat mir in den folgenden Jahren unter hunderten Namen und Facetten gegenübergestanden und seinen Schatten über unser Leben geworfen. Viele Jahre später, an der Fakultät für Jura, fand ich die Hintergründe jener Säuberungen unter dem »Gesetz zur Regelung der beschlagnahmten Bücher«: ein Erlass des Revolutionsrates in den ersten Tagen nach der Machtübernahme.

Die Verletzung dieses Menschenrechts geschieht immer im Namen des Gesetzes. »Das Pressegesetz«, »Das Islamische Strafgesetz«, »Die Vorschriften zur Permanenten Druckerlaubnis von Büchern« und viele ähnliche Gesetze und Richtlinien dienen nur der Einschränkung dieses bedeutungsvollen Rechts im Iran.

Lassen Sie mich hier die Verletzung des Rechts auf freie Ausübung der Kunst und Kultur und freie Meinungsäußerung in zwei Gruppen, nämlich in »offizielle« und »inoffizielle« Verletzungen, unterteilen. Ich denke, totalitäre Systeme greifen zu nicht offiziellen Methoden, um die Rechte ihrer Bürger einzuschränken, wenn sie keine Möglichkeit finden, es auf legalem Weg zu tun.

Einschränkung der Rechte mit legalen rechtlichen Mitteln

Die iranische Verfassung garantiert freies Denken, freie Meinungsäußerung und die freie Ausübung künstlerischer und kultureller Tätigkeiten. Artikel 9 der Verfassung besteht auf den Grundsatz der Freiheit und verpflichtet die Regierung zu deren Einhaltung. Artikel 23 verbietet die Inquisition, Artikel 24 besteht auf freie Presse, Artikel 26 auf freie Parteien und Verbände und schließlich Artikel 27 auf Freiheit der Versammlung. Die Gesetzgebung macht auf all die Freiheiten aufmerksam. Jedoch bei der Aufstellung der Richtlinien des Buchdruckes, Veranstaltung von Kultur- und Kunstereignissen und Herausgabe jeder Art von Publikationen, sehen wir, dass für all das die Genehmigung staatlicher Stellen nötig ist. Strafverfolgung kann die Folge einer Verweigerung und Nichteinhaltung dieser Richtlinien sein.

Nach dem Pressegesetz ist die Herausgabe von Zeitschriften nur nach einer Genehmigung des Ministeriums für Kultur und Islamische Führung, auch Erschad-Ministerium genannt, möglich und die Nichteinhaltung dieser Regel wird als Straftat geahndet. Weitere Genehmigungen werden benötigt für den Druck und die Abnahme von der Druckerei, denn sonst dürfen die Publikationen nicht vertrieben werden. Dieses Gesetz verbietet die Veröffentlichung von Artikeln und Schriften, die gegen die Verfassung verstoßen und bezichtigt dies als Straftat.

Ebenso ist die »Verbreitung von Unwahrheiten« eine Straftat, womit eine Anzahl von Reportern und Kollegen im Pressewesen konfrontiert sind. Die Verordnung über »Die Ziele und Richtlinien des Buchdrucks«, die schon als Gesetz erachtet wird, schreibt vor, dass der Druck eines jeden Buches die Genehmigung des Erschad-Ministeriums benötigt. Dieses Gesetz wurde 2010 berichtigt. In dem Paragraph 1 der Novellierung ist das Ziel des Buchdrucks wie folgt definiert: »Erbauung der religiösen und nationalen Kultur durch Verbreitung von Wissenschaften und Verfestigung der islamischen, iranischen und revolutionären Werte durch das Garantieren des freien Buchdrucks, den Schutz der Ehre und Freiheit von Schriften, den Schutz des hohen Stellenwerts der Wissenschaft und der religiösen Überzeugung und des Denkens…«.

Dieses Gesetz verpflichtet das Erschad-Ministerium, die Veröffentlichung von Büchern ohne Genehmigung zu unterbinden und die Namen der Verleger der Justiz bekanntzugeben. Die Aufsicht auf die Bereiche der Kunst und Kultur ist jedoch nicht beschränkt auf die Gesetzesorgane und ihre Maßregelungen. Wie wir wissen, ist die Produktion von Spielfilmen sowie das Veranstalten von Musikkonzerten ohne Genehmigung der Behörden nicht erlaubt, denn der Schutz der religiösen Werte obliegt dem Staat.

Ich hoffe der Tag wird kommen, an dem keiner für die Realisierung seiner Grundrechte Kosten tragen muss

Dennoch, wenn die Behörde trotz all der angewandten Schikanen für eine Filmproduktion oder Musikveranstaltung eine Genehmigung ausstellt, heißt es nicht, dass dies von allen angenommen wird. Wenn manche es aus ihren religiösen oder ethischen Ansichten für inakzeptabel halten, verhindern sie mit Tumulten und Drohgebärden die Vorführungen.

Das letzte Ereignis dieser Art im Iran war das Verbot eines Musikkonzerts in der Stadt Mashad, die zu den konservativen, religiösen Städten Irans gezählt wird. Daraufhin meldete sich die Stadt Qom, eine andere religiöse Stadt und kurz darauf weitere Städte, die sich ebenfalls als besonders glaubensstark darstellen wollten, und verlangten ein Dauerverbot für alle Musikkonzerte. In all diesen Fällen fragt kein Beamter nach den Rechten von Musik- und Kulturliebhabern in diesen Städten. Nach all diesen Erläuterungen ist man berechtigt zu fragen, was wir als Journalisten, Künstler, Autoren und Rechtsanwälte tun, um die Rechte unserer Bürger zu verteidigen. Ich habe hierzu unzählige Beispiele, in denen die iranischen Bürger nicht geschwiegen, sondern für die Einhaltung ihrer eigenen Rechte gekämpft haben.

Viele Journalisten haben Gefängnisstrafen in Kauf genommen und darüber berichtet. Viele Autoren haben trotz der Schwierigkeiten, die manchmal sogar ihr Leben gefährdeten, ihre Arbeit fortgesetzt. Ebenso viele Rechtsanwälte haben ohne Furcht vor Folgen und Kosten diesen Journalisten, Künstlern und Autoren beigestanden. Ich hoffe der Tag wird kommen, an dem keiner für die Realisierung seiner Grundrechte Kosten tragen muss.

Nasrin Sotudeh ist Rechtsanwältin, Menschenrechtsaktivistin und Trägerin des Sacharow-Preises (2012)

Das Schicksal des Buches

Literaturzensur im Iran

SHAHLA LAHIJI

Als ich vor 35 Jahren als erste Frau meine Arbeit als Verlegerin begann, lernte ich beim Herausgeben meines ersten Buches, dass die größte Hürde auf diesem Weg der Kampf gegen die Zensur sein würde und dieser Kampf dauert noch immer an. Damals befand sich mein Land im Krieg, und wir standen unter wirtschaftlichen Sanktionen. Neben Lebensmitteln zählte auch Papier zu den strategischen Gütern, so wurde dessen Produktion und Import von der Regierung kontrolliert. Für den Buchdruck benötigt man Papier, und um Papier zu erhalten, musste die Buchbehörde im Ministerium für Kultur und Islamische Führung, auch Erschad-Ministerium genannt, dem Druck des Buches zustimmen. Ich kann mich gut an die Herausgabe des Buches »Die Frau auf der Suche nach Befreiung« erinnern. Das vom Kampf der Frauen vor und während des ersten und zweiten Weltkrieges in Deutschland handelnde Buch schien wegen der Ähnlichkeit zur Situation der Frauen zu Beginn der Islamischen Revolution eine Überführung der geschichtlichen Aspekte in die Gegenwart zu sein. Insbesondere die beruflichen Einschränkungen wurden thematisiert. Für den Erhalt von 34 Ries, ein Ries sind 500 Bogen Papier, musste ich zusätzlich zu den drei Monaten, die ich in der Warteliste verbrachte, mein eigenes Vorwort vier Mal ändern.

Gründe wurden nicht genannt. Verhandeln hatte keinen Zweck, besonders bei Frauenfragen und politischen Themen

Die Einschränkungen betrafen nicht nur das Papier, auch andere für den Druck nötige Güter waren betroffen. Aus diesen Gründen konnte ich in den ersten Jahren meiner Verlegertätigkeit nur zwei Bücher im Jahr herausbringen. Wir stellten uns vor, dass mit dem Ende des Krieges und der Aufhebung der Sanktionen auch diese Einschränkungen aufgehoben werden würden. Der Krieg endete. Papier wurde frei verfügbar. Die Zensur aber blieb unerschüttert bestehen. Ein Buch musste vor dem Druck zur Überprüfung der Zensurbehörde überreicht werden. Sie sagten ihr Urteil sei lediglich konsultierender Natur, damit das Buch nach dem Druck keine Probleme bekomme. Denn das Buch musste, um die Druckpresse verlassen zu dürfen, vom Erschad-Ministerium eine Genehmigung erhalten. Wurde diese Genehmigung verweigert, so durfte das Buch die Druckpresse nicht verlassen und nicht auf den Markt gebracht werden. Im Endeffekt ist jeder finanzielle Aufwand, den der Verleger betrieben hat, zugrunde gegangen. Hier begann die »Selbstzensur« der Autoren und Verleger.

Natürlich konnte kein konkretes Gesetz zur Zensur existieren, denn in der Verfassung der Islamischen Republik war Zensur vor und nach dem Druck ausdrücklich verboten. Aber niemand kümmerte sich um das Gesetz, und das Schicksal des Buches war abhängig von der Tagespolitik der Regierung und dem Geschmack der Zensoren, die natürlich keinem Verleger bekannt waren. Alle Themen, die die Zensur betrafen, wurden hinter der Bühne behandelt. Der Verleger erhielt kein Dokument, das er für eine rechtliche Beschwerde nutzen konnte. Auf einem Stück Papier ohne Name und Anschrift oder Unterschrift wurde geschrieben, auf dieser oder jener Seite müssten diese Worte, jene Sätze oder ganze Seiten und Abschnitte entfernt werden. Bei Büchern, deren Druck komplett verboten war, wurde der Verleger mündlich informiert.

Verbotene Themen umfassten Frauenfragen, jedwede Kritik an bürgerlichen Rechten, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Antimilitarismus, von Klerikern geführte Institutionen, Frauenliteratur, Liebe und romantische Beziehungen vor der Ehe, Scheidungsgesuch seitens der Frau, Worte wie »Kuss«, Tanz, alkoholische Getränke, voreheliche sexuelle Beziehungen und sogar sich bei den Händen halten. Auch geisteswissenschaftliche, geschichtliche oder psychologische Bücher, insbesondere welche von Freud oder über Sozialwissenschaften, die Entstehung der Menschheit und viele weitere Themen, von denen wir nichts verstanden, die die Zensoren aber als zu individualistisch einstuften, wurden verfemt.

Gründe wurden nicht genannt. Verhandeln hatte keinen Zweck, besonders bei Frauenfragen und politischen Themen.

Dieser Zustand hielt bis zur Übernahme der Regierung durch Mohammad Khatami an. Als Ataollah Mohajerani Erschad-Minister wurde, hat sich die Situation verbessert. Viele bis dahin verbotene Bücher wurden genehmigt. Sogar das Ministerium selbst hat ein Buch über Verletzung der Verfassung und Fälle von Zensur in der vorherigen Regierung herausgegeben. Ich kann mich erinnern, dass mein Verlag 34 beschlagnahmte Bücher hatte, die allesamt genehmigt wurden. Eine vermilderte Zensur hielt dennoch an. Raum zum Feilschen gab es aber auch.

Aktuell hat sich die Lage aber zu Vor-Khatami-Zeiten, schlimmer sogar, zur Ahmadinedschad-Ära zurückentwickelt. Für die Grundpfeiler der Kultur wie Literatur, Film, Theater und Bildende Künste war dies ein Albtraum. Das Schlimme ist, dass während der Amtszeit von Mahmud Ahmadinedschad ein regulatorisches Gesetz erlassen wurde. Demnach hätten Verleger und Autor eine Straftat begangen, sollte ihr Buch keine Druckgenehmigung erhalten. Viele Beamte in leitenden Positionen des Erschad-Ministeriums, die gnadenloser Zensur widersprachen, wurden vor Gericht gebracht und entlassen. Außerdem besagte dieses Gesetz, dass jedes Mal, wenn ein Buch verboten wird, der Verleger einen Strafpunkt erhalten würde. Im Falle einer Anhäufung von Punkten steht es dem Ministerium zu, die Arbeitserlaubnis des Verlages zu entziehen. Das Gesetz wurde auf viele Verleger angewandt, und ihre Verlage befanden sich eine Zeit lang in Ungewissheit. Einer der mutigeren Verleger erreichte durch eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht die Aufhebung des temporären Arbeitsverbots. Das Erschad-Ministerium antwortete jedoch, es sei nicht verpflichtend, das Urteil auszuführen, und der Fall blieb ungeklärt.

FOTO: HANNA NOORI

Akhtar hat ihren Sohn im irakisch-iranischen Krieg (1980-1988) verloren, mittels dieses Bildes hofft sie ihn seit gut 30 Jahren wiederzufinden

In den letzten zwei Jahren der Ahmadinedschad-Regierung warteten hunderte Bücher auf eine Genehmigung im Ministerium. Viele Filme, die sogar international ausgezeichnet waren, wurden beschlagnahmt, viele Regisseure inhaftiert und Theatervorführungen gestoppt. Zahlreiche Schriftsteller haben das Land verlassen. Ich selbst hatte in diesen zwei Jahren 55 Bücher, die im Ministerium auf eine Genehmigung warteten. Teilweise hatten diese Bücher bereits eine permanente Druckgenehmigung erhalten, die jedoch wieder für ungültig erklärt wurde. Als Präsident Rohani mit den Stimmen des Volkes die Regierung übernahm – ich habe ebenfalls für ihn geworben – waren wir voller Hoffnung, dass sich die Situation ändern würde. Über jene 55 Bücher setzte ich mich mit dem Erschad-Minister in Kontakt. Er sagte: »Falls möglich, werde ich handeln«, aber er tat nichts. Ich wandte mich an den Staatssekretär für Kultur. Er leitete mich weiter zum Generaldirektor. Der Direktor sagte, nicht alles läge in seiner Hand. Ich erzählte es dem zuständigen Sachbearbeiter. Er sagte, die Befehle kämen von woanders. Am Schluss hat keines der 55 Bücher, die größtenteils wissenschaftliche Abschlussarbeiten meistens zu Frauenfragen waren, eine Genehmigung erhalten. Gründe für die Verbote wurden nicht genannt. Vielleicht hat sich in der Rohani-Regierung die Lage für manche Verlage verbessert. Vor allem, wenn ihre Bücher keine der oben genannten kritischen Bereiche zum Thema machen.

Aber momentan ist das besorgniserregende die Auflage, die 500 oder gar 200 Bücher erreicht hat. Dies ist für eine Nation von fast 80 Millionen Bürgern, davon größtenteils Jugendliche und junge Akademiker mit hoher Bildung, eine Katastrophe. Die wirtschaftliche Lage hat zum Entfernen des Buches aus dem Einkaufskorb vieler Familien geführt. Doch der größte Grund für die fehlende Vorliebe für Bücher ist die aufgrund von Zensur verloren gegangene Achtung. Es zeigt sich für das Buch das gleiche Schicksal, das der Film und jeder weitere Aspekt der Kultusszene erlitten hat.

Arbeitet Hassan Rohani nicht unmittelbar auf Reformen zu, erwartet ihn ein politischer Abgang, wie ihn Mohammad Khatami erleben musste.

Shahla Lahiji ist Verlegerin, Schriftstellerin, Übersetzerin und Direktorin des Verlagshauses Roshangarān (Aufklärer)

Freiheit? Was ist Freiheit!?

Über die Aspekte und unterschiedliche Definitionen des Begriffs Freiheit

MAHMUD DOULATABADI

Als Schriftsteller besteht meine Freiheit aus mehreren Aspekten. Der erste ist, an die Abwesenheit der Freiheit zu glauben.

Dies behaupte ich aus reinem Realismus und aufgrund meiner Erfahrungen. In den politischen Systemen der dritten Welt ist »Freiheit« nur noch ein leerer Ausdruck und weiter nichts.

Im Laufe meines Lebens ließ ich mich nie von Parolen der politischen Parteien wie »Freiheit« und »Gerechtigkeit« verführen. Ich glaube an die Vergänglichkeit dieser Slogans, obwohl ich der Meinung bin, dass soziale Freiheiten in einer bürgerlichen Gesellschaft ohne politische Parteien nicht erreichbar sind.

Aus der Geschichte meines Landes habe ich gelernt, dass der Begriff »Freiheit« den politisch-wirtschaftlichen Mächten entsprechend unterschiedlich definiert wird. Dennoch habe ich stets an mein Land und das Volk gedacht und zu ihnen geschrieben. Dies habe ich mit hoher innerer Zufriedenheit getan. Voltaire sagte ebenfalls, die Freiheit könne mit Unwissenheit nicht erlangt werden. Daher ziehe ich es vor, anstatt des diffusen Begriffs der »Freiheit«, das Prinzip des Gesetzes zugrunde zu legen, denn das Gesetz ist explizit, wenn auch interpretierbar.

Meine Forderungen – wie die vieler anderer Kunstschaffenden – basieren auf dem Gesetz, jenes Gesetz, das meine/unsere Zustimmung durch Stimmzettel erhalten hat.

Zu Beginn meiner Tätigkeit als Schriftsteller und noch bevor ich mich als solcher finden konnte, wurde ich von der Monarchie eingekerkert. Sie versuchte, mich für ihre propagandistischen Zwecke zu instrumentalisieren und mich gegen meinen Willen zu einem Werkzeug des Polizeistaates zu machen.

Nach meiner Freilassung bemühte ich mich bei jeder Gelegenheit, die Menschen zur Wachsamkeit aufzurufen. Selbstverständlich zog ich die Missgunst des neuen politischen Systems, das sich allmählich etablierte, auf mich.

Es dauerte nicht lange, bis mir alle persönlichen und sozialen Rechte abgesprochen wurden. Dieser Zustand hält seit 30 Jahren an.

Es bedarf keiner Erklärung, dass die sozialen Rechte des Menschen basierend auf seinen sozialen Tätigkeiten definiert werden. Ich verlor meinen Lehrstuhl an der Universität und meine Werke, die einst den Stempel »nicht genehmigt« erhielten und diesen noch heute besitzen. Dies ist gleichbedeutend mit dem Verschwinden eines Autors oder eines Künstlers aus der Gesellschaft.

Zum Glück hatten meine Schriften bereits eine gewisse Bekanntheit erlangt, sodass eine Verfemung meiner Werke nicht mehr möglich war.

Meine Arbeiten wurden auch in andere Sprachen, überwiegend ins Deutsche, übersetzt und haben die Anerkennung der Leser gefunden. Zu meiner Verwunderung wurde das leider prompt gestoppt und die wichtigsten Schriften wurden aus »Vertragsgründen« nicht gedruckt. Die Schwierigkeiten sind auszuhalten, wie ich es in der Vergangenheit getan habe und heute noch tue. Ich habe sicherlich nicht vor, vor Kummer einzugehen!

Trotz alledem glaube ich an Bertrand Russells Worte: »Meine Freiheit endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt«. Außerdem glaube ich, die Freiheit einer Person findet nur dann einen Sinn, wenn es den Anderen gibt. Wenn man aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird, dann gibt es den »Anderen« nicht mehr und die Grenzen des Eigenen können nicht mehr festgelegt oder gar eingehalten werden.

Es ist so, dass ich keine Vorstellung von sozialen Freiheiten mehr besitze. Insofern sehe ich mich auch nicht in der Lage, die Grenzen meiner Freiheit als Person oder als Schriftsteller definieren zu können. Ich habe auch kein Gesetz oder Gegebenheiten auf dieser Welt gefunden, die nicht nach den politischen Machtverhältnissen geändert wurden.

Daher ersetze ich die leeren Schlagworte mit Prinzipien, auf die ich mein Leben aufgebaut habe: die endlose unbeschränkte Freiheit beim Schreiben, und das bedeutet Überwältigung; überwältigen der eigenen Schaffungskraft, die mir von Gott geschenkt worden ist.

Mahmud Doulatabadi ist Schriftsteller, Schauspieler und Bibliothekar

Klappe und Action – und Zensur

Im Gespräch mit Manishe Hekmat und Pegah Ahangarani über die iranische Filmindustrie

Manishe Hekmat wurde 1962 in Arak geboren. Mit 15 begann sie an Filmen mitzuwirken. 1980 zog sie nach Teheran und arbeitete als Ausstatterin, Sekretärin und Regieassistentin. 2000 hat sie ihren ersten von 25 Filmen gedreht. Heute arbeitet sie als Produzentin und Regisseurin.
Pegah Ahangarani, 32, wurde als 15-Jährige durch die Hauptrolle in dem Film »Das Mädchen mit Stoffschuhen« bekannt. Danach spielte sie unter der Regie ihrer Mutter Manishe Hekmat in dem Spielfilm »Das Frauengefängnis« mit. 2009 unterstützte sie bei der Präsidentenwahl öffentlich Mirhossein Mousavi. Sie wurde verhaftet und zu einem Jahr Haft verurteilt. Das Urteil wurde ohne Angabe von Gründen fallen gelassen. Als Schauspielerin hat sie in über 30 Spielfilmen mitgewirkt. Außerdem produziert sie Dokumentarfilme.

Frau Hekmat, Ihr erster Spielfilm »Das Frauengefängnis« war ein Politdrama und wurde ein Kassenschlager.
Manishe Hekmat (MH): Ja, der Film hat viel Lob eingeheimst. Er gehörte zu den drei nach der Revolution gedrehten iranischen Spielfilmen mit der häufigsten Teilnahme bei internationalen Filmfestspielen. Zwei Jahre war er beschlagnahmt und durfte nicht gezeigt werden. Er unterlag massiver Zensur. Trotzdem wurde er zum Kassenschlager und wird heute in manchen Filmakademien als Referenzfilm gezeigt.
Ich hatte die Gelegenheit, über 22 Jahre den Frauentrakt des Evin-Gefängnisses in Teheran zu beobachten. Der Film beschreibt, wie Gefangene und ihre Wärterinnen miteinander umgehen und schließlich unbewusst die Rollen tauschen. Ich zeige auch, wie die Häftlinge im Laufe der Jahre immer jünger werden und wie sich die Gründe für ihre Verurteilung ändern. Der Gefängnistrakt reflektiert wie ein Spiegel die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Frau Ahangarani, Ihre Filmkarriere hatte einen steilen Start. Gleich ihre erste Hauptrolle schlug richtig gut ein.
Pegah Ahangarani (PA): »Das Mädchen mit Stoffschuhen« war der erste Film, der sich in dieser Form mit den Sorgen der Jugend befasste. Der Film handelt von einem jungen Mädchen, das Probleme mit seiner Familie hat. Es verliebt sich in einen Jungen und haut von zu Hause ab. Zumindest für einen Tag. Es geht also darum, was das Mädchen innerhalb dieser 24 Stunden alles in der Stadt erlebt und sie schließlich nach Hause zurückkehren lässt.

Welche Art von Filmen kommen in der Islamischen Republik gut an?
MH: Ich habe viele Filme produziert, sowohl sozialkritische als auch Komödien oder Kinderfilme. Der Kinderfilm »Die Stadt der Mäuse« hat 2014 einen Verkaufsrekord in der iranischen Filmgeschichte aufgestellt.
In Zeiten der Hoffnungslosigkeit ziehe ich es vor, Komödien zu produzieren. Ich möchte den Menschen damit etwas Energie geben. Die Familien sollen mit ihren Kindern aus ihren Häusern gehen, sich zusammen den Film anschauen und ein wenig lachen. Ich denke, diese kleine Gemeinschaftsunternehmung kann ihnen etwas Kraft für den harten Alltag geben. Ich fühle, was die Gesellschaft eigentlich braucht: klatschen, lachen, Freude erleben. Ich glaube, es gibt eine große Kluft zwischen den Familienmitgliedern. Die Eltern müssen aus wirtschaftlicher Not heraus Tag und Nacht arbeiten. Die Kinder leben mehr und mehr mit ihrem Smartphone. Das ist Grund zur Sorge.
PA: Liebesfilme funktionieren im Iran überhaupt nicht. Sie können nicht richtig dargestellt werden. Wie oft soll man denn die Liebe in Blicken ausdrücken? Es braucht mehr als das! Wir haben nicht viele romantische Filme im iranischen Kino. Liebesfilme, wie man sie sonst auf der Welt kennt, haben wir gar nicht. Die Filme wirken lächerlich. Mir ist das oft passiert: Die romantischen Szenen wirken lächerlich. Wie oft soll man denn Liebesbekundungen machen? Nur das ist möglich, und dabei kann man noch nicht einmal alles sagen, was man möchte. Sogar die Wortwahl hat einen bestimmten Rahmen. Berührungen sind vollkommen ausgeschlossen. So wirken die Liebesszenen unecht, sie funktionieren nicht. Liebesbeziehungen gibt es in Filmen meist als Nebenhandlung, aber nur sehr selten als das Hauptthema.

Wie sieht der erste Schritt für einen Film aus?
MH: Zuerst muss man jemanden finden, der bereit ist, den Film zu finanzieren. Der Regisseur braucht vom Ministerium für Islamische Kultur und Führung, kurz Erschad, eine Arbeitserlaubnis. Darüber entscheidet ein spezielles Gremium. Dann muss das Drehbuch dem Erschad-Ministerium vorgelegt werden. Sie behaupten, das sei in der Welt so üblich. Manchmal werden wir von dem Rat vorgeladen und sie teilen uns mit, dass es nicht in ihrem Interesse ist, diesen Film zu drehen.

Ist der Film damit abgelehnt und das Projekt tot?
MH: Der Rat kann »Korrekturen« vorschlagen. Sie fordern Änderungen im Drehbuch. Jetzt muss man sich überlegen, wie man diesen Forderungen gerecht werden kann. Vielleicht leidet darunter das ganze Drama und die Personen und ihre Beziehungen zueinander müssen neu ausgerichtet werden. Manchmal sind die Forderungen dermaßen weitgehend, dass man sagt, vergiss es, wir schauen uns nach einem anderen Drehbuch um.
PA: Die Risikobereitschaft der Produzenten ist stark zurückgegangen. Wahrscheinlich zu Recht. Momentan habe ich vier Filme, die keine Vorführgenehmigung haben. Sie sind etwas von dem Mainstream abgewichen, sie hatten eine andere Perspektive. Solche Filme kommen nicht ins Kino.

Welche Änderungen werden verlangt? Wo sind die roten Linien?
MH: Die Leute im Filmgeschäft meiden sicherheitspolitische Fragen. Nach über 30 Jahren kennen wir die roten Linien. Unabhängige Filmemacher kümmern sich mehr um die sozialen Probleme. Den offiziellen Statistiken nach werden diese Probleme ständig bedrohlicher. Wir machen keine politischen Filme. Politische Filme werden nur von regimenahen Leuten gemacht. Indem uns die Leute vom Erschad korrigieren, wollen sie sagen, wir sind besser als ihr, wir wissen es besser als ihr. Ich glaube, das passiert zum Teil auch unterschwellig.

Welche Themen dürfen nicht angesprochen werden?
MH: Drogensucht, Aids, Scheidung und Ehebruch. Man fängt an, eine Geschichte oder ein Drama zu erzählen. Wir dürfen die Geschichte aber nicht bis zum Ende erzählen. Irgendwo müssen wir aufhören. Wir schneiden ein Problem an, können aber nicht zeigen, wie es zu Ende geht. Wir dürfen diese Themen nicht aussprechen. Unser Kino redet unverständlich. Wir fangen eine Geschichte an und müssen dann Halt machen. Das ist gekniffen, das ist kein Film, auch wenn wir internationale Preise dafür bekämen. Das führt zu Enttäuschung bei den unabhängigen Filmemachern und daraus gibt es keinen Ausweg. Es ist wie eine Mauer. Manchmal ist sie aus Beton, manchmal nur aus Stoff. Was zwischen uns und dem Publikum steht, hat einen Namen: Zensur. Das Erschad-Ministerium lässt nicht zu, dass wir unmittelbar mit unseren Zuschauern interagieren können, wie es sonst in der Welt geschieht.
PA: Man darf sich nur in dem Rahmen bewegen, der dir von der »gesellschaftlichen Atmosphäre« – so wird das dann verbrämt – vorgegeben wird. Man kann nicht plötzlich einen Film machen, der diesen Rahmen sprengt. Man riskiert, dass dieser Film keine Genehmigung erhält. Produzenten gehen dieses Risiko nicht ein.
MH: Ein Direktor des Ministeriums hat mir einmal gesagt: Warum sollen wir dich unterstützen? Wenn du unsere Ideen verfilmst, dann kannst du kommen und Unterstützung erwarten, dann kriegst du Geld und Möglichkeiten und wir schicken deine Filme zu internationalen Wettbewerben.

Wie können sie unter diesen ungleichen Bedingungen bestehen?
PA: Viele Filme bekommen Finanzierungsprobleme und die Dreharbeiten werden unterbrochen. Der Produzent hatte z. B. mit einem Kredit oder mit Sponsoren gerechnet. Da läuft etwas schief und es kommt zum Stillstand. Besser ist es, am Anfang das Budget zu sichern, und dann erst anzufangen. Denn ich gehe eine Verpflichtung ein. In der Zeit, wo ich für diesen Film zur Verfügung stehen muss, kommen Vorschläge für zehn weitere Filme, die ich ablehnen muss.
MH: Die »offiziellen« Filme kennen keine Finanzierungsprobleme. Auch die Vermarktung stimmt. Sie werden massiv beworben, freie Eintrittskarten werden verteilt. Wir können nicht groß für unsere Filme werben, noch können wir Karten verschenken. Ungleichheit herrscht in der Produktion, in der Werbung und in der Vorführung. Wir haben uns daran gewöhnt. Und gerade das tut mir leid. Wir denken, so ist das Leben.

FOTO: HANNA NOORI

Iranische Hochzeitstraditionen reichen viele Jahrhunderte zurück in die Zeit der vorislamischen Zoroastrier. Junge Paare legen heute für die Trauung gerne westliche Kleidung an

Wie geht es weiter, wenn ein Film fertig ist?
MH: Wer das Drehbuch genehmigt hat, hat mit dem Endprodukt nichts mehr zu tun. Ein anderes Gremium entscheidet über den Film. Hier läuft alles nach persönlichem Geschmack, es gibt keine konkreten Vorschriften und Richtlinien. Eine Gruppe von Beamten setzt sich zusammen und befindet über deine Arbeit. Das ist sehr erniedrigend und stört mich unheimlich. Ein paar Zensurbeamten sammeln sich und wollen die Vorführgenehmigung ausstellen und wollen zur Schau stellen, dass sie klüger sind als wir. Zensur wird uns dann als Korrektur »in ihrem Interesse« verkauft. Manchmal will ich meinen Kopf gegen die Wand schlagen. Jeder neue Direktor bringt eine Gruppe von Kulturbeauftragten mit und dann dürfen wir nach dem Gutdünken der neuen Gruppe Filme machen.

Wenn Sie das Geld für einen Film zusammenbekommen, sind sie mit den heutigen technischen Möglichkeiten nicht mehr auf alte Ausspielwege angewiesen. Welche Auswirkungen hat das?
MH: Zensur greift tatsächlich nicht immer und überall. Filme können heute via Internet überall gezeigt werden. Ein Film ist an sich keine Bedrohung für das Land. Er ist keine politische Bewegung. Wenn ein Film durch die vielen Eingriffe unverständlich geworden ist, könnte ich nachdrehen. Aber ich bin dann oft zermürbt und verzichte darauf. Deshalb werden die Filme unverständlich, holprig. Man fängt mit viel Energie an und bei dem Gremium verliert man den letzten Tropfen Energie, als ob sie mit einer Spritze rausgesogen wird. Hier will man nur den Film beenden und abschließen.

Warum sind iranische Filme trotz der vielen Probleme international relativ erfolgreich?
MH: Ich war bisher sehr kritisch. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die iranische Filmindustrie etwas Besonderes ist. Wir dürfen z. B. unsere zahlreichen Regisseurinnen nicht übersehen. Wir haben über 50 Regisseurinnen. Ich glaube nirgendwo gibt es im Verhältnis zur Bevölkerungszahl so viele Regisseurinnen. Sicher nicht in Asien und im Nahen Osten. Auch ihre Präsenz in anderen Feldern der Filmindustrie ist sehr hoch. Iranische Filmemacher haben eine sehr humanistische Weltsicht. Ihre Geschichten beschäftigen sich stark mit gesellschaftlichen, aber auch mit globalen Problemen.

Welche Zukunft hat die iranische Filmindustrie?
PA: Ich beobachte eine Antriebslosigkeit – in der Filmindustrie wie auch in der Bevölkerung. Ja, auch in der Regierung. Mit Antriebslosigkeit meine ich fehlende Ambition, den fehlenden Willen zum Handeln. Ich sehe viele junge Menschen, die z. B. in sozialen Medien wie Facebook um sich schlagen. Ich verstehe, wo das herkommt: Sie werden verrückt von diesem fehlenden Handlungswillen. Diese Antriebslosigkeit wandelt sich zu Wut und Aggression. So geht es allen, der Regierung, dem »Haus des Films«, alle sind lethargisch. In einer solchen Stimmung in der Gesellschaft, kann man nicht erwarten, dass sich etwas im iranischen Kino tut.
MH: Viele Filme werden hier nicht mehr gezeigt. Sie werden weltweit vertrieben. Früher war es doch nicht möglich, fünf große Filmrollen in die Tasche zu stecken und über die Grenzen zu schaffen. Wir tun nach wie vor unsere Arbeit. Die zuständigen Herrschaften sollten klug genug sein, sich anzupassen. Ich denke etwas Neues ist im Verzug.
Die neuen Mittel, die neue Technologie definiert die Begriffe anders und drängt auf neue Strukturen.

Die Fragen stellte Reinhard Baumgarten. Er ist ARD-Hörfunkkorrespondent für den Iran und hat ein Büro in Teheran

THEMA

Die neue Brücke Teherans

Pol-e-Tabiat – Architektur, die Menschen zusammenbringt

RICCARDA CAPPELLER

Städte und Lebensräume werden häufig nur noch für Autos geplant und gebaut, nicht so sehr für die Menschen, die darin agieren. So entstehen Räume, die für Fußgänger unzugänglich sind und das soziale Leben in der Stadt erschweren. Besonders die großen Metropolen werden zu Autostädten, in denen der Mensch untergeordnet ist. So beschreibt die junge, iranische Architektin Leila Araghian auch ihre Heimatstadt Teheran. Sie gehört zu einer neuen Generation von Architekten und sieht ihr Fachgebiet als kulturellen Akt, der es ermöglicht, neue Paradigmen zu schaffen, die unsere Gesellschaft nachhaltig verändern.

Mit fast 14 Millionen Einwohnern leben in der Metropole Teheran ca. 20 Prozent der Landesbevölkerung. Mehrere Highways bestimmen das Bild der Stadt. Sie durchkreuzen unter anderem einen 500 Hektar großen Bereich im Norden, der im Masterplan von 2003 zu einem öffentlichen Freizeitgebiet erklärt wurde.

Vor acht Jahren fand hier ein Wettbewerb zur Weiterentwicklung dieses Standortes statt. Dabei wurde nach Vorschlägen gesucht, um das durchtrennte Stadtgebiet zwischen Teleghani Park und Abo-Atash Park wieder zu verknüpfen. Durch eine besondere Form, ein Symbol, sollte dem gesamten Gebiet eine neue Identität gegeben werden. Araghian studierte damals noch, nahm aber trotzdem an diesem Wettbewerb teil und gewann ihn mit ihrer Idee für die Brücke Pol-e-Tabiat. So entstand an dieser Stelle das erste Großprojekt der Iranerin, das heute neben dem Azadi Tower zu einem Symbol moderner Architektur Teherans geworden ist.

Die »Natur-Brücke«, »tabiat« bedeutet übersetzt Natur, ist ein positives Ergebnis architektonischer Gestaltung von öffentlichem Raum. Sie ist ein Bauwerk, das von den Bewohnern Teherans nicht nur respektiert, sondern auch gut angenommen und genutzt wird. Man versammelt sich zum Spazieren gehen, Sport machen, Diskutieren, Essen, um an der frischen Luft zu sein und den Ausblick auf die Stadt zu genießen. Es ist ein Ort der Begegnung und ein Ort für die Menschen, der nicht durch den Verkehrsbetrieb gestört wird, sondern vielmehr über ihm steht. Hier dominiert der Fußgänger über das Automobil.

Es ist ein Ort sozialer Gerechtigkeit, jederzeit zugänglich für alle

In enger Zusammenarbeit mit dem italienischen Ingenieurbüro Matteo Maffeis und den Kollegen Araghians bei Diba Tensile Architecture entstand der Entwurf für die Brücke. Drei Jahre vor dem großen Durchbruch, der durch das Brückenkonzept gelang, hatte ihr Studienfreund Alireza Behzadi dieses Büro für Membranstrukturen gegründet. Nach den ersten Projekten und Experimenten an der Nähmaschine begann sich das Unternehmen zu entwickeln und zu professionalisieren. In dem Freizeitgebiet im Norden der Stadt hatte die Gruppe bereits kleinere Bauvorhaben wie ein Amphitheater und eine Brücke mit schattenspendenden Textilstrukturen realisiert. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Pavillonarchitekturen und die dadurch bereits erworbene Ortskenntnis führten zur Teilnahme am Wettbewerb der Brücke. Beide Gebilde erinnern an die Seilnetzkonstruktionen Frei Ottos, der als Meister dieser Architekturformen gilt. Sein Bauen mit minimalem Materialaufwand, die Verbindung von Technik und ökologischem Denken sowie die leichten, zeltartigen Gebilde haben sowohl die Forschung als auch die Praxis der Architektur sehr geprägt. Im Iran ist diese Art zu bauen neu und unkonventionell. Die jungen Architekten von Diba Tensile Architecture haben es sich zum Ziel gesetzt, mit Materialien und Strukturen zu arbeiten, die im Iran noch neu sind, in anderen Teilen der Welt aber bereits vielfach verwendet werden. Es geht ihnen nicht um das Übliche, für den Iran typische, sondern um innovative Projekte, die sowohl die Stadt Teheran als auch den Iran ein Stück weiterbringen.

Teheran wird nicht nur von Verkehrswegen durchkreuzt, sondern in vielen Nachbarschaften fließen auch kleine Flüsse. Leila Araghian beschreibt eine dieser Situationen so: »Ich lief mit einem Freund herum und an einer kleinen Brücke entdeckten wir, direkt vor einem Haus, ein Sofa, das wir auf die Brücke zogen und uns daraufsetzten. Mir wurde bewusst, dass man es gewohnt ist, Brücken zu überqueren, aber nur selten darauf verweilt. Wenn man doch einmal stehen bleibt und sich umschaut, entdeckt man neue Perspektiven und gewinnt andere Eindrücke und Bilder als vom Anfang oder Ende der Brücke aus«.

Aus der Erinnerung an diese Begegnung und die dort geschaffene Atmosphäre entstand die Idee für das neue Brückenprojekt Pol-e-Tabiat. Soziale Aspekte und die Frage nach den Möglichkeiten, die ein öffentlicher Raum zu bieten hat, was dieser also »tun« kann, waren zunächst wichtiger, als das endgültige Design der Brücke. Die Architekten versuchten das, was für den Menschen wichtig ist – ob physischer oder psychischer Natur, in den Entwurf zu integrieren und umzusetzen. Dieser Gedanke stammt von dem japanischen Architekten Fumihiko Maki, den Araghian in ihrem Ted-Talk im April 2016 zitierte. Dessen Verständnis von der Aufgabe eines Architekten ist es, Räume zu schaffen, die auch menschliche Bedürfnisse erfüllen, die nur im Unterbewusstsein existieren. Wie viele Menschen würden z. B. eine 270 Meter lange Fußgängerbrücke, die 30 Meter über einer Autobahn schwebt, von vorneherein als positiv bewerten und für eine Umsetzung plädieren? Wahrscheinlich nicht viele. Trotzdem wird der Raum, der 2014, nach vier Jahren Bauzeit, fertig gestellt wurde, heute gut angenommen und ist als Ausflugsziel sehr beliebt.

Fünf Grundprinzipien wurden für die konkrete Planung festgelegt. Sie zeigen klare architektonische Konzepte, die simpel erscheinen, aber im Zusammenspiel eine komplexe Struktur mit den verschiedensten Nutzungsmöglichkeiten ergeben und einen Raum schaffen, der sehr flexibel nutzbar und für jeden zugänglich ist. Die neue Brücke sollte ein Ort des Verweilens sein, eine Fortsetzung des Parks ohne Alltagsstress und schnelles Vorübergehen. Sie sollte nicht nur zwei Punkte verknüpfen, sondern sie in die Situation integrieren. Heute öffnet sie sich an einer Seite zum Park, während am anderen Ende mehrere Wege entstehen, die dem Spaziergänger Alternativen anbieten und ihn jeden Besuch auf andere Weise wahrnehmen lassen. Eine weitere, sehr wichtige Entscheidung war die organische, leicht geschwungene Grundform. Die Brücke ist damit nicht die direkteste Verbindung zwischen den Parks. Vielmehr formt sie einen Weg, den jeder Besucher für sich entdecken kann – ohne das Ziel bereits von Anfang an zu sehen. Diese Form ergab sich unter anderem aus dem Vorsatz, nur einen minimalen Eingriff in der existierenden Umgebung vorzunehmen. Mit wenigen und sinnvoll platzierten Stützen sollte so viel Natur wie möglich erhalten werden. Wie in einem traditionellen englischen Garten, birgt der Weg Überraschungsmomente und immer wieder neue Perspektiven. Auf insgesamt drei Ebenen – einer Aufenthalts-, einer Transit- und einer Ausblicksebene, die im Gegensatz zu den anderen Bereichen nicht über die gesamte Brücke reicht – können sich die Besucher aufhalten und die mehrdimensionale Brücke über Rampen und Treppen erkunden. Bemerkenswert ist die gute Zusammenarbeit der Architekten und Ingenieure, die es tatsächlich geschafft haben, eine strukturelle Form mit der Gestaltung eines abwechslungsreichen Lebensraums zu verbinden. Wenn die Planer an dieser Stelle nicht zusammenarbeiten, ruinieren statische Elemente oft die architektonische Gestaltung und das Raumerlebnis.

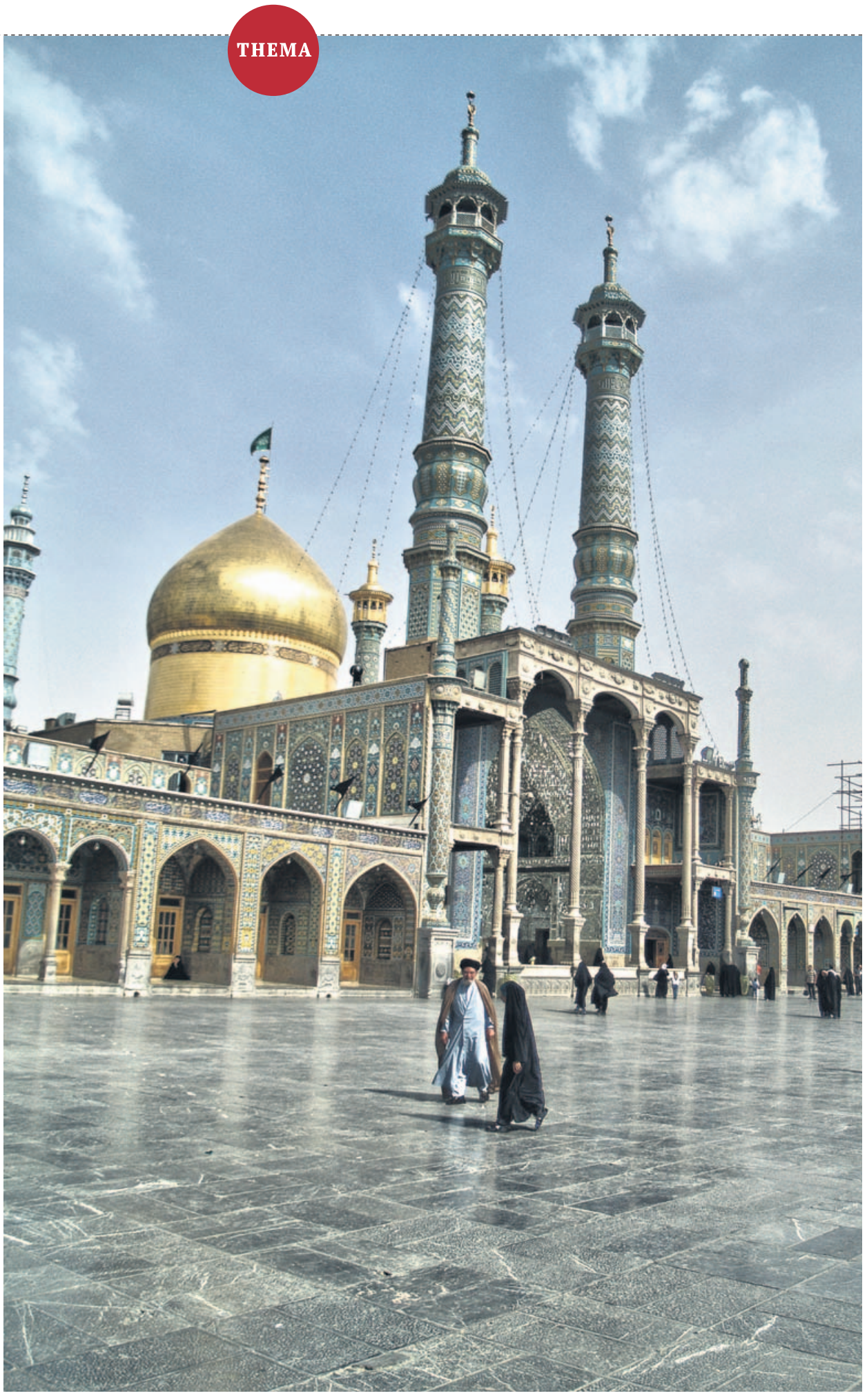

FOTO: HANNA NOORI

90 Prozent der Iraner gelten offiziell als Anhänger der Zwölfer-Schia. Es gibt ca. 120.000 armenische Christen, 20.000 Juden, 25.000 Zoroastrier und 8 Millionen Sunniten im Land

Bei der Konzeption von Architektur sollte nicht wie so oft die Form und Gestaltung im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die eigentliche Nutzung. Für die erfolgreiche Umsetzung eines spannenden Entwurfes, der im Alltagsleben der Menschen Platz finden soll, ist es essenziell, den Bezug zu menschlichen Lebensräumen herzustellen und in Gemeinschaftsformen zu denken, die Raum zur individuellen Realisierung bieten und so ein Ergebnis erzielen, dass als gegenwärtiges Gesellschaftsprodukt gilt – eine sozial geprägte, universale Architektur, die auch in der Zukunft weiter besteht.

Mit der Pol-e-Tabiat-Brücke wurde eine Plattform geschaffen, die dem Aussichtspunkt des Königs auf der »Kahju-Brücke« von 1650 ähnelt. Die Bewohner und Besucher Teherans können von hier aus einen Blick auf die Stadtkulisse werfen und gleichzeitig die Berge dahinter wahrnehmen. Es ist ein Ort sozialer Gerechtigkeit, der jederzeit zugängig für alle ist und das Gefühl vermittelt, Teil der Stadt zu sein. Außerdem verdeutlicht er das Recht der Menschen auf einen freien, öffentlich zugänglichen, qualitativen Raum und den Respekt, den ihnen die gebaute Umwelt entgegenzubringen hat. Rechte, die zwar in einer dynamischen Stadt wie Teheran selbstverständlich erscheinen, aber mit Blick auf die Politik nicht unbedingt selbstverständlich sind. Im Oktober dieses Jahres hat Araghian mit der Pol-e-Tabiat-Brücke den Aga-Khan-Preis für Architektur gewonnen. Alle drei Jahre werden mit dieser Auszeichnung Projekte gekürt, die Beispiele qualitativ hochwertiger Architekturen und Verbesserungen der allgemeinen Lebensqualität sind. Gleichzeitig thematisieren diese Projekte aber auch die Erwartungen und Wünsche in vorrangig muslimisch geprägten Gesellschaften.

Als junge Architektin ist eine solche internationale Anerkennung natürlich bemerkenswert. Das Unterstreichen der Tatsache, dass sie eine junge Iranerin ist, spielt für Araghian jedoch keine Rolle. Zwar habe das Projekt dadurch mehr Aufmerksamkeit gewonnen, aber zum einen sei ihr Arbeitskollege ein Mann und zum anderen sei die Konstruktionswelt für beide – Männer und Frauen – nicht immer einfach zu meistern. Wichtiger als der Preis selbst sei aber die Tatsache, dass das Projekt von der Bevölkerung angenommen wird und zu einem Ort des gemeinschaftlichen Lebens geworden ist.

Riccarda Cappeller ist freie Architekturjournalistin mit Fokus auf Projekten mit sozialem Hintergrund und neuen Nutzungsformen

Irans Image im Wandel?

Die auswärtige Kulturpolitik Irans im 20. Jahrhundert

MEHRDAD SAEEDI

Der Iran gehört weltweit zu den medial regelmäßig beachteten Ländern. Und es sind mehr negativ behaftete politisch-gesellschaftliche Ereignisse der letzten dreieinhalb Jahrzehnte wie die Revolution, die Botschaftsbesetzungen, der Krieg, die Fatwa gegen Salman Rushdie, das Atomprogramm, die Holocaustleugnung und das Absprechen vom Existenzrecht Israels sowie die Unterdrückung der Zivilbevölkerung, die Irans Image in der westlichen Öffentlichkeit mittel- und langfristig als unberechenbaren »Schurkenstaat« und religiöse Diktatur im Nahen Osten geprägt haben. Der Iran gilt damit als real existierender, aber auch ideologischer Feind des Westens.

Bis in die 1970er Jahre hinein war das Land trotz des autoritär-grausamen Herrschaftsstils des Schahs und seiner Unbeliebtheit bis Verhasstheit in den 1968er Jahren ein enger Verbündeter des Westens mit einem mehr oder minder romantisch-historischen Image, welches eng mit dem Image des Schahs selbst und seiner Familie verknüpft war. Der Iran, auch als das »Kaiserreich Persien« bekannt, war für viele Menschen ein ambitioniertes Entwicklungsland mit einer alten Zivilisation und westlich orientierten Königsfamilie. Dafür sprachen zumindest drei Assoziationen: Erstens hatte die Regenbogenpresse großes Interesse am »märchenhaften« Leben des Schahs als orientalischer Monarch und an seinen Ehen mit der ägyptischen Prinzessin Fausia, der halbdeutschen Berlinerin Soraja Esfandiari und zum Schluss Farah Diba, die der Schah erstmals als Kunststudentin in Paris kennenlernte. Zweitens war Farah Diba als erste »kaiserliche Herrscherin« des modernen Iran neben ihrem Mann auf Staatsreisen sowie durch ihr intensives Engagement für Kunst, Kultur und Bildung sowie für Frauenrechte im Iran, etwa durch die Gründung des Teheraner Museums für zeitgenössische Kunst mit der größten Sammlung zeitgenössischer Kunst außerhalb Europas und Nordamerikas und die Vorbereitung eines neuen Familienrechts, präsent. Demnach wurden iranischen Frauen von 1967 an umfangreiche Rechte zugestanden. Drittens standen die zwar prunkvollen und damit in ihrer Art einzigartigen, aber zugleich exzessiv teuren und deshalb politisch hochumstrittenen Feierlichkeiten zum 2.500-jährigen Jubiläum des Bestehens der iranischen Monarchie in den Ruinen der antiken Stadt Persepolis 1971, bei denen hochrangige Staatsgäste aus fast aller Welt anwesend waren, im Fokus. Statt das Image des Schahs als Vater der Nation historisch zu verankern, bewirkte das pompöse Riesenfest, das auch weltweit medial großes Echo gefunden hatte, im Nachhinein das Gegenteil und markierte den Beginn des Endes der letzten Monarchie auf iranischem Boden mit Mohammad-Reza Pahlavi als letzten König. Mit seiner Flucht aus dem Iran 1979 verblasste auch das kaiserlich-historische Image Persiens und wurde durch die iranische Revolution und Ankunft Ajatollah Khomeinis aus dem französischen Exil durch ein revolutionär-islamisches Image ersetzt, das bis heute dominiert.

Kulturpolitische Selbstdarstellungen: Vom arischen zum islamischen Menschenbild

Die auswärtige Kulturpolitik im modernen Iran ging stets stark mit der inländischen Kulturpolitik einher. Mit der Gründung der Pahlavi-Dynastie vom Vater des Schahs, einem Armeeoffizier namens Reza Khan, entstand 1925 auch der moderne Iran nach dem Modell eines zentralistischen Nationalstaats wie Frankreich, allerdings mit der Despotie anstatt der Republik als Regierungsform. Vorrangiges Ziel Reza Schahs war eine säkulare Modernisierung des unterentwickelten und politisch instabilen Vielvölkerstaats. Dafür knüpfte man an das Vorbild des glorreichen vorislamisch-antiken Persiens, das etwa 1100 bzw. 1000 v. Chr. von den Uriranern, den Ariern, d. h. wörtlich Menschen mit edler Abstammung – allerdings nicht im rassischen Sinne wie bei den Nazis – bewohnt wurde und dessen Großreiche weite Teile Westasiens umfassten. Gleichzeitig machte man den Islam zum Sündenbock der Unterentwicklung Persiens seit der Unterwerfung durch die muslimischen Araber im siebten Jahrhundert. Somit belebte man eine alte Komponente neu, die sogenannte »arische«, die zusammen mit der islamischen Komponente bis heute zu den Grundpfeilern der kollektiven Identität vieler Iraner gehört. Entlang der Modernisierung und Neustiftung der arischen Identität wurde der offizielle Landesname im Ausland umbenannt, ab 1935 sollte das Land nicht mehr Persien, sondern Iran als »Land der Arier« heißen. Der primäre Zweck der Umbenennung sollte sein, interethnischen Spannungen vorzubeugen oder diese einzudämmen. Es sollte also signalisieren, dass das Land keiner einzigen Ethnie – wie im Falle »Persiens« suggerierend, den Persern – gehört, sondern allen arischstämmigen Ethnien gleichermaßen. Man kann dieses Ereignis mit hoher Symbolik aber auch als ersten Akt der kulturpolitischen Selbstdarstellung des modernen Iran nach außen sehen, mit dem man mehr die Welt von seiner arischen Abstammung überzeugen wollte als sich selbst. Denn historisch gesehen kannten die Iraner ihr Land schon fast immer unter Iran und nur die südiranische Landschaft als »Fars«, persisch für Persien. Persien als Landesbezeichnung war selbst in der Antike eine Fremdbezeichnung, die erstmals von den Griechen verwendet wurde.

Irans Image vor und nach 1979: Vom Freund zum Feind des Westens

Ein weiterer zentraler Akt der arischvergangenheitsverherrlichenden Selbstdarstellung der Kulturpolitik der Pahlavi-Dynastie war die Rede vom letzten Schah am Grabmal vom Kyros dem Großen, dem Gründer des ersten Perserreichs im Jahr 550 v. Chr., im Rahmen der Feierlichkeiten von 1971. Vor den Augen der Vertreter aller Herren Länder spricht Mohammad-Reza Pahlavi, offiziell der »König der Könige« bzw. »Licht der Arier«, zur Seele des Kyros: »Sei unbekümmert im Schlaf, wir sind wachsam!« Damit zeigt er Kyros gegenüber nicht nur Hochachtung, sondern sieht sich selbst in seiner legitimen Nachfolge und versichert ihm schließlich, dass Iran unter seiner Führung wieder groß werden wird!

Mit der islamischen Revolution 1979 unter Führung von Ajatollah Khomeini und der Gründung der ersten modernen Theokratie der Welt veränderte sich die kulturpolitische Selbstdarstellung Irans grundlegend: Der Iran präsentierte sich der Welt von nun an als islamische, blockfrei-antiimperialistische Republik und machte den revolutionären Slogan »Nein zu Ost, nein zu West, ja zur islamischen Republik« zum Leitsatz seiner Außenpolitik. Darin sind also zwei Hauptprinzipien der iranischen Kulturpolitik im In- und Ausland enthalten: Orientierung am Islam und seinen Lehren und zugleich Abwehr des geistigen Einflusses der westlichen Zivilisation, wozu auch der Kommunismus als herrschende Ideologie des ehemaligen Ostblocks gezählt wurde. Gerade aufgrund dieser ideologischen Neupositionierung gewann im postrevolutionären Iran das Thema der Kulturpolitik noch mehr an Bedeutung. Die Kulturpolitik wurde nachhaltig institutionalisiert. 1980 wurde das »Komitee der Kulturrevolution« gebildet, dessen Hauptaufgabe in der Islamisierung der iranischen Hochschulen bestand. Es benannte sich 1984 in den »hohen Rat der Kulturrevolution« um und galt seither als höchste Instanz der iranischen Kulturplanung und -politik. Er verabschiedete schließlich im Jahr 1992 die »Grundprinzipien der Kulturpolitik der islamischen Republik Iran«. Darin wird das erste kulturelle Hauptziel der islamischen Republik so formuliert: »Gedeihen und Erhabenheit der islamisch-humanen Kultur und Verbreitung der Botschaft und des Wesens der islamischen Revolution in der iranischen Gesellschaft und der Welt«.

Das gegenwärtige Iran-Image befindet sich in keinem tiefen Wandel

Staat versus Volk: Wer prägt das Image Irans mehr?

Das Iran-Image im Ausland wurde sowohl vor als auch seit 1979 von der Real- und Kulturpolitik Irans so stark mitgestaltet, dass es die Realitäten in Bezug auf das iranische Volkes bzw. eines Großteils dessen als widersprüchliches Gegenstück zum herrschenden System nicht widerspiegelte bzw. immer noch nicht tut. Das Iran-Image war und ist in der Tat ein zwiespältiges! Bei den verschwenderischen Feierlichkeiten 1971 gab es sicherlich viele Iraner, die in Armut und prekären Verhältnissen lebten und sicherlich hätte ihnen ein kleiner Teil der ungeheuren Kosten der fünftägigen Show-Off-Party viel mehr genützt als ein arisches Selbstbild oder ein Auslandsimage als »stolze Perser«! Auch die nicht wenigen, dem Westen und sogar den USA freundlich gesinnten Iraner aus einem Land, in dem man zu offiziellen Anlässen oft genug »Tod den USA«-Parolen skandieren hört, trugen dazu bei oder seien es diejenigen, die sich unmittelbar nach den 9/11-Anschlägen als erste Muslime im Nahen Osten auf den Straßen Teherans mit dem amerikanischen Volk solidarisierten oder seien es die hierzulande beispielhaft integrierten und säkularen Iraner. Und last but not least die kritischen Denker und Künstler, etwa die Filmemacher Jafar Panahi und Asghar Farhadi, deren Werken man hier mit Neugierde über eine für in westlichen Demokratien sozialisierte Menschen völlig unbekannte iranische Welt begegnet.

Das gegenwärtige Iran-Image, ob kohärent negativ oder zwiespältig, befindet sich schließlich in keinem tiefen Wandel, vielmehr ist es das westliche Interesse an sich für ein Land und seine Menschen, das lange isoliert war, es ist das Interesse für ein komplexes Land mit einer alten, aber turbulenten Geschichte im 20. Jahrhundert, das trotz aller Schwierigkeiten darauf besteht, seinen Weg zu sich selbst und seiner Zukunft allein finden zu wollen.

Mehrdad Saeedi ist Doktorand am Zentralasien-Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin und forscht derzeit über die iranische Kulturpolitik in Zentralasien

FOTO: HANNA NOORI

Fußball ist unter iranischen Mädchen und Frauen sehr beliebt. Das Kopftuch ist Pflicht. Männern ist das Zuschauen verboten

Zwei Welten in einem Land

Die Generation nach der Islamischen Revolution und der Westen

SADEGH ZIBAKALAM

Wenn ein ausländischer Beobachter mit begrenzter Vorstellung über den Iran an bestimmten Tagen das Land bereisen würde, dann könnte er den Eindruck gewinnen, der Grund für die Revolution von 1979 und die Ablehnung des Schah-Regimes sei der Hass der Iraner auf die westliche Kultur und Zivilisation gewesen.

Nehmen wir als Reisetag mal den 4. November an. Jedes Jahr werden an diesem Tag die Besetzung der US-Botschaft und der Beginn der 444 Tage währenden Geiselnahme von 55 Diplomaten durch radikal-islamische Studenten gefeiert. Während einer Reise im Februar kann man die zehntägigen Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Revolution erleben. Der unvoreingenommene Besucher bekommt den Eindruck, als ob die Iraner von Anfang an die Absicht gehabt hätten, den Westen mit den USA als dessen Führungsmacht zu bekämpfen. Die Demonstranten, so lautet die ständig wiederholte Botschaft, wollten angeblich den Schah stürzen, weil er ein diensteifriger Büttel des Westens war, der dem iranischen Volk Kultur und Zivilisation des Westens aufoktroyieren wollte. Aber weil die Iraner Muslime waren und den Islam höher schätzten als die Werte des Westens, hätten sie sich erhoben, dem Schah die Macht entrissen und stattdessen die eigene islamische Kultur und Ideologie durchgesetzt. Der prowestliche Lakai Mohammed Reza Schah wurde in die Flucht geschlagen und dem iranischen Volk wurde durch die Gründung der Islamischen Republik eine lichte Zukunft ermöglicht. So lautet die offizielle Version der Islamischen Republik über Ursachen und Umsetzung der Revolution von 1979.

Diese offizielle Haltung ist das Fundament dafür, dass alle staatlichen Medien, die religiösen Prediger, die Kommandeure der Streitkräfte, große Teile der Universitätsgelehrten, die meisten Politiker und dem Regime nahestehenden Personen und Organe immer wieder geharnischte Parolen gegen den Westen und insbesondere gegen die USA von sich geben. Sie sind überzeugt davon, es gebe eine antagonistische Ansichtsweise zwischen dem islamischen Iran mit seiner Weltsicht einerseits und dem Westen andererseits. Dieser Widerspruch wird gerne auf zwei Ebenen dargestellt: Einer Kulturebene basierend auf Philosophie und Zivilisation sowie einer politischen Ebene.

Die Weltsicht der Führer der Republik ist geprägt durch den Kampf gegen den Westen

Um auf die vermeintlich tiefe Feindschaft und den unüberbrückbaren Antagonismus zum Westen mit den USA an der Spitze hinzuweisen, wird eine lange Liste von Verschwörungen der Amerikaner gegen die Islamische Republik seit ihrer Geburtsstunde präsentiert.

Es beginnt mit der ersten provisorischen Regierung von Mehdi Bazargan. Offiziell heißt es, die Amerikaner hätten ihre Agenten auf den wichtigen Posten in der von »Liberalen« geführten Regierung platziert, um die Revolution zum Entgleisen zu bringen. Diese Agenten sollten angeblich die antiwestliche Haltung der Revolutionäre hintertreiben. Die Verschwörung sei aber vereitelt worden. Danach hätten die Amerikaner zu einem anderen Mittel gegriffen. Die ethnischen Minderheiten des Vielvölkerstaats Iran wurden aufgewiegelt. Kurden, Turkmenen, Belutschen und Araber sollten gegen die Zentralregierung aufgebracht werden, um einen Bürgerkrieg zu entfachen. Aber auch diese Verschwörung sei von den Revolutionären vereitelt worden.

Die nächste Verschwörung bestand der offiziellen Lesart zufolge darin, Mordanschläge auf die führenden Köpfe der Revolution durch die Volks-Mudschaheddin verüben zu lassen. Auch dieses großangelegte Komplott konnte durchkreuzt werden.

Die Liste der Verschwörungen umfasst noch Putschversuche des Militärs vorwiegend unter Beteiligung der Luftwaffe. Sie seien allesamt im Keim erstickt worden. Die Aufnahme des krebskranken Schahs in den USA wurde als feindlicher Akt ausgelegt und weitere Verschwörungen seien schließlich von den revolutionären Studenten und durch die Besetzung der US-Botschaft verhindert worden. Dann griffen die USA zu anderen Mitteln: Sie hetzten ihren Handlanger im Irak, Saddam Hussein, zu einer Militärinvasion gegen den Iran auf mit dem Ziel, Teile des Landes zu besetzen, das Regime zu stürzen und den Iran deutlich zu schwächen. Doch trotz der massiven militärischen Unterstützung des Iraks durch die USA und ihre Verbündeten in Europa sowie in der arabischen Welt konnte Saddam Hussein seine Ziele nicht erreichen. Im Gegenteil: Die revolutionäre Herrschaft des Irans war nach acht Jahren Krieg mit hunderttausenden Toten und großer Zerstörung erheblich gestärkt und geschlossener als vor dem Überfall durch Saddam Husseins Armee.

Die Weltsicht der Führer der Islamischen Republik ist geprägt durch den Kampf gegen den Westen, geführt von den USA. Das Ziel der Revolution – so die nach-revolutionäre Deutung – bestand im Kampf gegen die USA und in der erklärten Gegnerschaft des revolutionären Islams mit dem Westen. Der Anti-Amerikanismus wurde faktisch in den Rang einer Staatsideologie erhoben. Diese Ideologie hilft dem Regime bis heute, gegen die westliche Kultur zu bestehen. Würde die westliche Kultur adaptiert, dann käme das dem Zusammenbruch der eigenen Ideologie gleich. Seit 38 Jahren bemüht sich die Islamische Republik darum, den Konflikt mit dem Westen als unlösbar und unvermeidbar darzustellen, als ein Kampf von gläubigen Muslimen, die sich der Unterjochung durch den Westen entgegenstemmen. Das wird als der eigentliche Grund für die andauernde Auseinandersetzung mit den »Häretikern« im Westen angeführt. Die Realität in der iranischen Gesellschaft, oder wie wir sagen »unter der Haut der Stadt«, sieht aber anders aus. Sie entspricht nicht dem Bild, das die Herrschenden der Islamischen Republik der Welt gerne präsentieren.

In Wirklichkeit übernehmen die Generationen der ersten und der zweiten Dekade nach der Revolution in überraschender Weise Normen und Werte des Westens. Je gebildeter und je besser sie situiert sind, umso stärker ist diese Tendenz, umso größer ist die Annährung. Das geschieht trotz der pausenlosen Propaganda der staatlichen Medien und aller Organe und Angehörigen des Herrschaftssystems gegen die westliche Kultur und Zivilisation.

In den vergangenen 38 Jahren haben die führenden Persönlichkeiten der Republik kaum je ein positives Wort über die westliche Zivilisation und Kultur von sich gegeben. Im Gegenteil, sie haben alles getan und gesagt, um sie zu untergraben, zu verleumden und zu verdammen.

Das Ergebnis ist erstaunlich. Das Trommelfeuer der Verdammnis hat letztlich das Gegenteil bewirkt. Die Generationen nach der Revolution sind gegenüber westlichen Trends, Werten und Anschauungen viel offener als ihre Eltern. Die herrschenden Politiker der Islamischen Republik möchten meine Ansichten nicht akzeptieren und sie als unwahr abtun. Sie behaupten, die neuen Generationen seien sehr gläubig, gesittet und der Republik treu ergeben. Der massive jährliche Braindrain von 150.000 bis 200.000 zum Großteil hochgebildeten jungen Menschen spricht gegen diese Einschätzung. Die zweite und dritte Generation nach der Revolution sind von dem ihnen verordneten Islam enttäuscht. Sie suchen nach Ersatz. Für meine Generation war der Islam die Antwort. Die jungen Leute werden wegen ihrer Islam-Enttäuschung suchen, bis sie etwas Anderes gefunden haben. Die Führung der Islamischen Republik setzt weiter auf die Islamisierung des Landes und der Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Die Scharia soll für alles der entscheidende Leitfaden sein. Aber es ist längst eine gewisse Säkularisierung im Gange. Die langsame aber stetige Säkularisierung im Iran geschieht auf zwei Ebenen: Auf der Ebene der Herrschaft sowie auf gesellschaftlicher Ebene, in den Familien, unter Freunden, im ganz normalen Alltag. Wer andere islamische Länder bereist und kennt, wird schnell feststellen, dass dort islamische Feiertage mit mehr Inbrunst begangenen werden und Moscheen besser gefüllt sind als in der Islamischen Republik. Ende Oktober 2016 versammelten sich inoffiziellen Zahlen zufolge mehrere 10.000 Menschen am Grab von Kyros dem Großen nahe der südiranischen Stadt Schiraz. Die Herrschaft war sehr überrascht. Sie konnte sich nicht vorstellen, dass sich derart viele Menschen trotz der massiven Kontrolle des Internets, trotz des dichtgespannten Überwachungssystems dort versammeln können. Sie kann keine ausländische Macht wie die Amerikaner oder die »Zionisten« dafür verantwortlich machen. »Kyros, du bist unser Vater, du bist unsere Identität«, riefen die Menschen und auch: »Wir sind Arier, wir beten keine Araber an, hoch lebe der Iran«.

Das Trommelfeuer der Verdammnis hatte nicht den gewünschten Effekt: Die Jungen sind dem Westen gegenüber offen

Die zweite und die dritte Generation nach der islamischen Revolution glauben nicht mehr an die Politik der Führung. Wenn die Herrschenden hier vom libanesischen Hizbollah-Chef Hassan Nasrallah sprechen, dann fragen viele junge Leute: »Wer ist das überhaupt?«. Die Herrscher reden von Hamas und die Jungen sagen: »Hamas, was bitteschön ist das?«. Die Führung sagt, die USA sind unser Feind. Die Jungen antworten immer offener: »Nein, wir glauben nicht, dass es so ist«.

Nur die Zeit kann uns eine glaubwürdige Antwort darauf geben, wie die Diskrepanz und der Konflikt zwischen dem Herrschaftsapparat und den Bürgern sowie zwischen Ideologie und Realität gelöst werden können.

Sadegh Zibakalam ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Teheran und einer der führenden Intellektuellen des Landes

Schwieriges Leben in den Dörfern: Für diese Kinder gibt es keine Schule in dem kurdischen Dorf nahe der Grenze zum Irak

Junge Iranerinnen suchen Nischen, um der engen Auslegung islamisch-konservativer Moral zu entkommen.

FOTOS: HANNA NOORI

FOTO: HANNA NOORI

Iranische Mädchen werden von ihrer Mutter in der Kunst des Teppichwebens unterwiesen

Das Sorgenkind Irans

Die Lage der iranischen Wirtschaft

SAEED LEYLAZ

Insbesondere nach dem Atomvertrag zwischen der Islamischen Republik Iran und den Weltmächten, scheinen die Perspektiven der iranischen Wirtschaft und ihre größere Rolle in der Weltwirtschaft breiter geworden zu sein. Obwohl die Zurückhaltung der großen europäischen Bankenhäuser und staatlichen Handelsversicherungen weit über den Erwartungen der iranischen Regierung ist und einen erfolgreichen Auftritt Irans auf der Weltwirtschaftsbühne als Hindernis erscheint.

Etwa neun Monate nach Inkrafttreten des Atomvertrages hat der iranische Export von Rohöl und Gaskondensaten überraschenderweise das Vorsanktionsniveau erreicht, d. h. ca. 2,8 Millionen Barrel am Tag.

Die Förderung von Erdgas stieg in den letzten drei Jahren auf 720 Millionen Kubikmeter am Tag und dies bei kaum beachtlichen Investitionen in der Branche.

Die iranischen Öleinnahmen stürzten von 120 Milliarden US-Dollar in 2011 auf 33,5 Milliarden US-Dollar in 2015. Dennoch sind die heutigen Ölexporteinnahmen fast zweimal so hoch wie in der gleichen Periode vor einem Jahr.

Das deutlichste Zeichen der Erholung der iranischen Wirtschaft ist an der Wachstumsrate zu beobachten. Nach dem freien Fall in 2013, als die Rate auf -6,6 Prozent zurückfiel, erreichte der Iran eine Wachstumsrate von 5,4 Prozent in dem ersten Quartal nach dem iranischen Kalender, sprich April bis Juni 2016. Die Wirtschaftsfaktoren lassen auf eine Wachstumsrate von sechs bis sogar sieben Prozent bis März 2017 schließen.

Trotz alledem und auch wenn der Iran es schaffen würde, durch international geführte Verhandlungen seine Position in der Finanzwelt auf den von vor den Sanktionen zu bringen, das Land ist mit großen Herausforderungen konfrontiert, genauso groß wie seine Chancen. Die Probleme haben ein in der iranischen Geschichte beispielloses Ausmaß. Sie können eine dauerhafte und ausbalancierte wirtschaftliche Entwicklung des Landes stark beeinträchtigen und so wie heute das gesamte Wirtschaftsgebilde gefährden.

Das größte und existenziell wichtigste Problem für die Wirtschaft und sogar für das Herrschaftssystem ist aus meiner Sicht die systematische Korruption, die jeder legalen und produktiven wirtschaftlichen Tätigkeit zum Hindernis geworden ist.

Ich denke, sie stellt eine der wichtigsten Barrieren für die Investition aus dem Ausland und auch aus inländischen Quellen dar. In der Abwesenheit eines unabhängigen, effektiven und gesunden Justizapparats ist die Korruption im zentralen Nervensystem des Finanzwesens, d. h. im Bankwesen, nach wie vor eingenistet. Die Bemühungen der Regierung von Hassan Rohani, strukturelle Reformen durchzusetzen, haben leider nur begrenzte Erfolge verzeichnet.

Ein Vergleich zeigt die verheerenden Folgen der Korruption: In den Jahren zwischen 1989 bis 1991, d. h. in den Jahren nach dem Ende des iranisch-irakischen Krieges, betrugen die Deviseneinnahmen des Irans insgesamt nur 43 Milliarden US-Dollar, die Nationalwirtschaft wuchs jedoch um ganze 36 Prozent. In den drei Jahren der Rohani-Regierung, 2014 bis 2016, wird aber die Wachstumsrate nicht die Acht-Prozent-Marke überschreiten und das reale, also inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt, wird erst im Frühjahr 2017 den Stand von 2011 erreichen.

Die starke Regression der iranischen Wirtschaft hat noch zwei weitere, auch neu entstandene Probleme: geringe Arbeitseffektivität und -produktivität sowie Mangel an Investitionen.

In den vergangenen zehn Jahren, sogar vor dem Beginn der internationalen Sanktionen, sank die Arbeitseffektivität im Iran sehr drastisch. Nach dem Fünf- und Sechsjahresplan sollte die verbesserte Arbeitseffektivität jährlich 2,5 Prozent zu der geplanten achtprozentigen Wachstumsrate beitragen. Im Gegenteil, die Arbeitseffektivität ging zurück. So ist auch das für das Wirtschaftswachstum nötige Volumen an Importen gestiegen: Im Jahr 2002 mussten für jeden Prozentpunkt Wachstum Güter und Dienstleistungen im Wert von 4,7 Milliarden US-Dollar importiert werden, dieser Wert stieg bis 2011 auf 23 Milliarden US-Dollar und soll trotz der Bemühungen um Reformen im Jahr 2016 12 Milliarden US-Dollar betragen.

Als die eigentlichen Gründe für den Rückgang der Arbeitseffektivität werden das extensive Eingreifen des Staates in die Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren und die Korruption genannt.

Im Bereich der Investition ist die Lage mindestens genauso schlecht. Nach Schätzungen von Experten benötigt der Iran, allein um die ausgebliebenen Investitionen der vergangenen zehn Jahre auszugleichen, 400 Milliarden US-Dollar.

Im Moment ist das Investitionsvolumen nur geringfügig höher als der Kapitalverbrauch. Dies ist auf den Druck der Regierung unter Präsident Mahmoud Ahmadinedschad auf den Privatsektor in den Jahren zwischen 2005 und 2011 zurückzuführen. Beabsichtigt war das Verdrängen des Privatsektors, um halbstaatlichen Unternehmen Raum für Investitionen zu verschaffen. Die Rechnung ging nicht auf; die verschärften internationalen Sanktionen verhinderten Großinvestitionen durch den Staat und seine Subunternehmen.

Die Bemühungen der Rohani-Regierung haben bis heute keinen Erfolg gezeigt, um das negative Investitionsvolumen ins Positive umzukehren. Der Privatsektor ist zögerlich und wartet auf eine eindeutige Verbesserung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse sowie die wirtschaftlichen Richtlinien der Machthaber. Das verursacht trübe Perspektiven für die Entwicklung der iranischen Wirtschaft in 2017 und den Folgejahren.

Der Iran kämpft gleichzeitig gegen ein weiteres Problem: Die Kaufkraft der Arbeiter, Beamten und Rentner, die einen Bevölkerungsanteil von 50 bis 70 Prozent haben, sank in den Jahren zwischen 2011 und 2013 um 30 bis 40 Prozent. Obwohl diese Kluft 2014 um 12 bis 15 Prozent geringer geworden ist, ist er nach wie vor die Ursache für die stark zurückgegangene Nachfrage an Gütern.

Ich denke, der Iran ist zurzeit mit seiner ersten »selbst geschaffenen« wirtschaftlichen Regression seiner Geschichte konfrontiert.

Die vier genannten Herausforderungen: Korruption, niedrige Arbeitseffektivität, ausgebliebene Investitionen sowie Einbruch der allgemeinen Kaufkraft sind die wichtigsten Hindernisse für die Entwicklung der iranischen Wirtschaft in den kommenden Jahren. Das wird in Form eines innenpolitischen Konflikts auf der Grundlage der »Doppelherrschaft« ausgetragen.

Das größte Problem für die iranische Wirtschaft ist die systematische Korruption

Die zunehmende innenpolitische Auseinandersetzung, die geringe Kaufkraft und die niedrige Arbeitseffektivität werden ebenfalls als die Hauptursachen für das Desinteresse des Privatsektors bei Neuinvestitionen und mehr Beteiligung am Wirtschaftsleben gesehen.

Jedoch besteht das Gesamtbild der iranischen Wirtschaft nicht nur aus den genannten sozialen und politischen Konflikten und Herausforderungen.

Diese Probleme bringen zum Teil auch positive Folgen mit sich: Der Iran benötigt immense Investitionen, 50 Milliarden US-Dollar davon sollen aus dem Ausland kommen.

Im sechsten Entwicklungsplan des Landes für die Zeit zwischen 2017 und 2021 ist eine jährliche Investition von 200 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Alle Organe der Herrschaft im Iran haben diesem Plan ihre Zustimmung erteilt. Zu beachten ist, dass nur 130 bis 140 Milliarden US-Dollar dieses Betrages aus den inländischen Ressourcen zu beschaffen sind. Die Herrschenden rechnen also fest mit ausländischem Kapital.

Aus einer mehr geopolitischen Perspektive scheint es, dass alle im Iran agierenden politischen Kräfte einschließlich der Bevölkerung sich auf die Bedeutung der Sicherheit des Landes geeinigt hätten. Dieser Kompromiss geht aus der gemeinsamen Erfahrung der Revolution von 1979, den inneren Unruhen von 2009, dem sogenannten arabischen Frühling und dem Zerfall der Stabilität im Mittleren Osten hervor. Iraner aus allen Schattierungen, ob radikal, konservativ oder Reformer haben gemerkt, dass die nationale Sicherheit in einer zutiefst instabilen Region höchste Priorität besitzt.

Die katastrophalen Bestrebungen der Ahmadinedschad-Regierung, einerseits eine monolithische Herrschaft zu bilden und andererseits die desolate Wirtschaftslage und dem durch die stetig steigende Arbeitslosigkeit resultierenden sozialen Druck standzuhalten, haben die Machtzirkel im Iran dazu gebracht, die Notwendigkeit von raschen und grundlegenden Wirtschaftsreformen zu erkennen.

Die iranische Wirtschaft hat kurz- und mittelfristig mit kleinen und teils auch erheblichen Problemen zu kämpfen. Ein ökonomischer Aufschwung ist in den kommenden Jahren nicht zu erwarten. Aber angesichts der beispielhaften Stabilität des Landes im Nahen Osten, gut ausgebildeter junger Arbeitskräfte, reicher Vorkommen an Energieträgern und Mineralien sowie großer ungenutzter Produktionskapazitäten ist es angemessen zu glauben, dass der Iran diese Krisen hinter sich bringen wird. Wir brauchen nur mehr Zeit.

Saeed Leylaz ist Wirtschaftswissenschaftler, er lehrt und lebt in Teheran

Ein Fenster zur Welt

Die Deutsche Welle im Iran

PARSA BAYAT

Wie spricht man über Demokratie, wenn Menschen in einer Monokratie leben müssen? Wie thematisiert man Menschenrechte in einem Land, in dem diese mit Füßen getreten werden? Derlei Fragen zählen zu den täglichen Herausforderungen für Journalisten der Deutschen Welle (DW) – etwa in der Farsi-Redaktion. Die Islamische Republik Iran ist das Zielgebiet dieser Angebote. Farsi, die Sprache, in der das umfassende und ausgewogene Informationsangebot des deutschen Auslandsrundfunks produziert wird.

DW-Farsi ermöglicht den Menschen im Iran, mehr von der Welt außerhalb ihres Landes zu erfahren und mehr von dem, worüber iranische Medien nicht berichten können. Ihren Schwerpunkt der Berichterstattung legt die DW auf Themen, für die Deutschland heute in der Welt steht – Menschenrechte, Wissenschaft, Kultur und Musik zählen hierzu. Nicht immer ist es leicht, in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft wie Iran etwa über Frauenrechte zu sprechen. Oder in einem Staat mit Zensur und Kontrolle Tabuthemen anzusprechen. Die staatliche Zensur im Iran stellt weiterhin eine Herausforderung für die DW-Angebote auf Farsi dar, entsprechend setzt die DW ihre Anstrengungen zur Zensurumgehung fort. Ausgeklügeltes technisches Know-how, Qualitätsjournalismus und kulturelles Fingerspitzengefühl sind hier gefragt.

Besonnen und sachlich berichten

Das 1962 auf Kurzwelle gestartete Programm von DW-Farsi erreicht seine Zielgruppe heute mit einer vielfältigen Multimedia-Webseite. Nachrichten und Hintergrundberichte aus Politik, Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Sport stehen auf dem Redaktionstableau. Nah an den Bedürfnissen der Nutzer ist das Angebot, etwa die Sonderseite »Sicherheit in der virtuellen Welt«. Sie stellt Informationen bereit, mit denen sich Aktivisten und Menschenrechtler in Iran vor staatlicher Spionage und Repression schützen können. Zensurumgehungsmaßnahmen wie Psiphon lassen das Fenster zur DW in Iran offen.

Nähe zum Nutzer zeigt DW-Farsi auch beim Thema Studieren in Deutschland. Interessierte erfahren dort mehr zu den Voraussetzungen eines Studiums hierzulande. Auf großes Interesse stößt auch das Sprachkursangebot der DW. Die deutsche Sprache ist in Iran besonders beliebt. Vom Einstufungstest Deutsch bis zu multimedialen Angeboten für fortgeschrittene Deutschlernende können die Nutzer wählen. Deutschlehrer in Iran profitieren von dem für sie maßgeschneiderten Angebot. Weltoffen, fundiert und klar zu berichten, lautet das journalistische Credo. In einer Zeit der Informationsüberflutung legt DW-Farsi Wert auf die Erläuterung von Hintergründen und Zusammenhängen in einer besonnenen und sachlichen Sprache. In diesem Sinn greift beispielsweise die Sonderseite »Liebe, Sexualität und Zusammenleben« Tabuthemen wie Homosexualität auf, weist auf Veränderungen der Partnerschaftsformen hin und regt zur Diskussion an.

DW-Farsi ermöglicht den Menschen, objektiv mehr von außen zu erfahren

Glaubwürdigkeit in sozialen Medien

Bereits seit 2007 ist das Farsi-Angebot der DW in den sozialen Netzen aktiv und im Dialog mit seinen Nutzern. Es bietet ein Forum zur Meinungsäußerung und beteiligt sich mit Themen, die in den sozialen Netzen für Diskussionsstoff sorgen. Diese Themen werden journalistisch behandelt und ihre Hintergründe etwa in Interviews geklärt. Zugleich versorgen Nutzer die Redaktion mit Bildern und Videos, die, nachdem sie verifiziert sind, als User Generated Content das Farsi-Angebot bereichern.

Gerade in schwierigen Zeiten hat sich das Farsi-Angebot in den Sozialen Netzen bewährt, etwa bei den Unruhen in Iran 2009 nach den Präsidentschaftswahlen oder bei den Atomverhandlungen. Auf großes Interesse stießen aber auch der WM-Liveticker zur Fußballweltmeisterschaft 2014 oder Themen rund um die Oscar-Verleihung in den USA. Über 375.000 Follower auf Twitter und mehr als eine Million Fans auf Facebook zählt das Social-Media-Team der Farsi-Redaktion derzeit – mit steigender Tendenz. Auch der in Iran weitverbreitete Messaging-Dienst Telegram und der Fotodienst Instagram schlagen Brücken zwischen der Redaktion in Bonn und Iran.

Vertrauen der Nutzer als Währung

Die Zugriffszahlen von DW-Farsi steigen kontinuierlich. Derzeit werden rund vier Millionen Visits im Monat auf den DW-eigenen Plattformen wie dw.com bzw. den Apps auf Farsi erfasst. Dabei werden die Beiträge der DW auf Farsi durchschnittlich 26 Millionen Mal pro Monat aufgerufen. Diese Zahlen zeugen vom wichtigsten Wert des Programms, dem Vertrauen der Nutzer.

Viele Menschen nutzen dieses Fenster zur Welt und bekräftigen dies durch Feedback-E-Mails. In den sozialen Netzen werden die von DW-Farsi bereitgestellten Materialien als verifizierte Angaben gehandelt, während einheimischen Medien nicht selten parteiische Berichterstattung vorgeworfen wird. Auch außerhalb der Islamischen Republik Iran wird DW-Farsi genutzt: etwa von Menschen aus Afghanistan, von Exilanten in Europa und den USA. Auch Flüchtlinge interessieren sich für das Informationsangebot des deutschen Auslandsrundfunks.

Parsa Bayat ist Redakteur bei der Farsi-Redaktion der Deutschen Welle

FOTO: HANNA NOORI

Rauchende Frauen sind in der Öffentlichkeit unerwünscht. Doch sie finden viele Nischen, um der engen Auslegung islamisch-konservativer Moral zu entkommen

Dynamische Entwicklungen

Deutsch-iranischer akademischer Austausch

FRENS STÖCKEL

Seit der Amtsübernahme Hassan Rohanis 2013 und dem daraufhin erzielten Atom-Deal ist Iran nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf die Weltbühne zurückgekehrt – auch gab die im Sommer 2015 erzielte Vereinbarung den iranischen Hochschulen einen Schub, sich wieder verstärkt der internationalen Scientific Community zuzuwenden. In Deutschland wurde diese zunächst vorsichtige, doch dann schnell wachsende Öffnung vielerorts willkommen geheißen: »Wir erleben eine Aufbruchsstimmung«, sagt Joachim Posegga, Professor an der Universität Passau, der schon während der politischen Eiszeit immer gute Kontakte zu iranischen Kollegen pflegte.

Umso erstaunlicher, dass sein Bereich, die IT-Sicherheitsforschung, in diesen Zeiten international keine unproblematische Disziplin darstellt. Und seither sollte er Recht behalten: Mit den Parlamentswahlen sowie dem »Implementation Day« Anfang des Jahres verstärkte sich dieser Trend, der sich jedoch, trotz aller Euphorie, in einem volatilen, geopolitisch äußerst schwierigen Umfeld behaupten muss.

Von Aufbruchsstimmung spricht auch Mahmoud Nili Ahmadabadi, Präsident der iranischen »Mutter-Universität«, der Universität Teheran. Internationalisierung ist eines der Kernthemen seiner Amtszeit, die er als erster gewählter Hochschulpräsident 2014 begann. Somit steht er für die Erkämpfung eines Mitspracherechts der akademischen Welt bei Schlüsselposten in der iranischen Gesellschaft. Er sieht Deutschland als einen Hauptpartner in den Internationalisierungsbemühungen seiner Hochschule und bekräftigt damit die vom iranischen Vizeminister für Hochschulpolitik, Salar Amoli, seit längerer Zeit proklamierte Marschrichtung, der zufolge Deutschland strategischer Partner Nummer 1 ist.

Die deutschen Hochschulen wie auch die gesamte Wissenschaftslandschaft genießen im Iran einen sehr guten Ruf, gibt es doch große Parallelen wie das Grundverständnis einer öffentlichen Finanzierung und mithin, zumindest für iranische Staatsbürger, keine Studiengebühren. Auch die Qualität und Einheit von Lehre und Forschung werden hochgeschätzt und, nicht zuletzt, die bereits bestehenden Kontakte, die unter anderem durch heute über 7.000 iranische Studierende und Forscher an deutschen Hochschulen bestehen.

Auch auf deutscher Seite wächst das Interesse rasant: Hier wird ein Hochschulraum wiederentdeckt, der in puncto wissenschaftlicher Output-Leistung zu den stärksten in der gesamten MENA-Region, d. h. in Nahost und Nordafrika, zählt. Hochrangige Besuche aus deutschen Ministerien und Wissenschaftsorganisationen sind seit dem Nuklearabkommen regelmäßig erfolgt. Außenminister Steinmeier machte beim großen Alumnitreffen an der Uni Teheran Ende 2015 den Anfang. Ein Jahr später kam es direkt im Anschluss an den Besuch von Vizekanzler Gabriel, der mit einer 120-köpfigen Delegation aus der Wirtschaft anreiste, zu einem mehrtägigen Aufenthalt vom Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) Schütte in Begleitung der Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Leopoldina. Neue oder wiederbelebte Kooperationsvereinbarungen mit ihren Counterparts waren die Folge oder sind in der Pipeline. Da der iranische Hochschulsektor mit ca. 4,5 Millionen Studierenden zudem auch der regional größte ist und der iranische Arbeitsmarkt seit Jahren Schwierigkeiten damit hat, die Akademikerschwemme zu integrieren, knüpfte auch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) Kontakte und stellt seine Expertise unter anderem im Bereich Duales Studium zur Verfügung.

Der DAAD begann früh und pragmatisch, sich als Brückenbauer zu betätigen. Bereits seit den 1960er Jahren ermöglichte er Begegnungen und gemeinsame Forschung durch DAAD-Stipendien, die auch nach der Revolution 1979 – in politisch turbulenten Zeiten – Nachhaltigkeit bewiesen. 2002 war die Zeit gekommen, sich als Vor-Ort-Ansprechpartner mit einem Informationszentrum sichtbar aufzustellen, was jedoch in der Amtszeit Ahmadinedschads unterbrochen werden musste.

Zwei Jahre nach Unterzeichnung des »Memorandum of Understanding« mit dem iranischen Wissenschaftsministerium 2012 konnte der DAAD sein Informationszentrum Teheran wiedereröffnen. Es fungiert seitdem als Dreh- und Angelpunkt für den wissenschaftlichen Austausch. Neben der Organisation von Stipendienauswahlen – pro Jahr fördert der DAAD insgesamt mehr als 600 iranische Studierende und Wissenschaftler – ist das Büro derzeit einzige Anlaufstelle im Wissenschaftsbereich.

Es informiert über den Hochschulstandort Deutschland und Kooperationsinteressen, organisiert Workshops und Konferenzen und hält enge Kontakte zu offiziellen Stellen, insbesondere zu relevanten Ministerien und den korrespondierenden Förderorganisationen im Iran. In dieser Hinsicht spielt der DAAD auch die wesentliche Rolle im Bereich »Science Diplomacy«, die sich immer wieder als robuster und nachhaltiger Kommunikationskanal in politisch schwierigen Zeiten erwiesen hat und in Phasen der Annäherung schnell in der Lage war, umfassende Wissenschaftsbeziehungen zu reetablieren. Ein Beispiel hierfür ist das jüngst initiierte »German-Iranian Scholarship Programme«, partnerschaftlich finanziert vom iranischen Forschungsministerium und dem DAAD. Es soll bis zu 75 iranischen Doktoranden jährlich einen sechs- bis neunmonatigen Forschungsaufenthalt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland ermöglichen.

Herausforderungen für deutsche Hochschulen, insbesondere in Fragen von Hochschulprojekten oder -partnerschaften, liegen zum einen in der vergleichsweise hierarchischen Top-Down-Struktur des iranischen Hochschulwesens. Zum anderen müssen sich iranische Studierende und Wissenschaftler wie auch deutsch-iranische Hochschulkooperationen aufgrund der teilweise weiter existierenden internationalen Sanktionen nicht selten mit besonderen Herausforderungen auseinandersetzen: Internationaler Geldtransfer ist nicht möglich und auch die Visumsprozesse sind bürokratisch und langwierig. »Dennoch«, so Professor Saeed Balalaie, prominenter Biochemiker an der K.N. Toosi University of Technology und Wissenschaftsbotschafter der Alexander von Humboldt-Stiftung, »müssen wir jetzt loslegen, wir brauchen Institutspartnerschaften, Double Degree-Programme, wir brauchen gemeinsame Forschungsprojekte, die Aufbruchsstimmung muss jetzt verstetigt werden«.

Frens Stöckel leitet das DAAD-Informationszentrums in Teheran

FOTO: HANNA NOORI

Eine iranische Frau vor der kargen Landschaft

Niemand erwartete die Rolling Stones

Kulturpolitik nach dem Atomabkommen

OMID NOURIPOUR

Das Tehran Museum of Contemporary Art ist ein Unikum: die größte Sammlung westlicher Kunst außerhalb des Westens. In seinem Bestand finden sich Werke von Bacon, Rothko, Pollock und anderen Künstlergrößen des 20. Jahrhunderts. Die Sammlung ist das vielleicht prägnanteste Symbol der letzten Jahre der Schah-Zeit – ein Ausdruck des unbedingten Willens der iranischen Elite, Teil der westlich geprägten kulturellen Moderne zu werden. Und genau deshalb wurden die Werke nach der Revolution in ein Kellerdepot verbannt und waren seither mit wenigen Ausnahmen kaum mehr sichtbar: Der Aufstand gegen die »Verwestlichung« war ein Kernbestandteil der revolutionären Identität.

Nach dem Iran-Besuch von Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Oktober 2015 wurde verkündet, dass Teile der Teheraner Sammlung für eine Sonderausstellung nach Berlin reisen sollten. Für die kulturelle Identität der Islamischen Republik war das ein epochaler Schritt, wird damit doch ehemals verfemte Kunst Teil der offiziellen Auswärtigen Kulturpolitik.

Dass die Ausstellung inzwischen zum Politikum und Teil des Machtkampfes in der iranischen Innenpolitik geworden ist, sollte daher nicht verwundern. Die Fronten in der Auseinandersetzung sind unklar: Widerstand regt sich von verschiedenen Seiten. Er umfasst diejenigen, die Verrat an den Werten der Islamischen Republik wittern und diejenigen, die fürchten, die Werke könnten wegen unklarer Besitzverhältnisse beschlagnahmt werden, wenn sie das Land verlassen. Für letztere Vermutung gibt es keine klaren Anhaltspunkte, sie zeigt aber, wie wenig Vertrauen die kulturellen Akteure im Iran untereinander haben. Die Gegner waren vorerst erfolgreich: Die Eröffnung ist verschoben, aber noch keineswegs abgesagt. Das ist ärgerlich, aber nicht tragisch: Die Staatlichen Museen Berlin planen die Schau in der Wandelhalle der Gemäldegalerie, die nur in Ausnahmefällen für Ausstellungen genutzt wird – und der durch die Verschiebung folglich kein Schaden entsteht.

Undurchsichtige Strukturen: Es fehlt an Rechtssicherheit und an Transparenz

Das ist ein kluger Umgang mit einem solchen Projekt. Durch die Flexibilität der deutschen Partner wird Brisanz aus der Sache genommen – die Verschiebung wird nicht zum ganz großen Politikum, in das man Gedeih oder Verderb der deutsch-iranischen Beziehungen als Ganzes hineinprojizieren kann. Die Posse spiegelt auch wider, was der deutschen und europäischen Politik grundsätzlich in den Beziehungen mit dem Iran nach dem Atomabkommen abverlangt werden wird: ein langer Atem, Verständnis der fragmentierten politischen und kulturellen Landschaft im Iran und viel Beharrlichkeit. Möglich gemacht wurde das Ausstellungsprojekt nach der Unterzeichnung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), der Einigung über das iranische Atomprogramm. Dass mit dem Abkommen keine Berge versetzt würden, war den meisten Iranerinnen und Iranern klar. In Teheran, Isfahan und Schiraz bedeutet jedoch verständlicherweise bereits die Abwesenheit offener Kriegsdrohungen aus den USA und Israel sowie die Fortsetzung des diplomatischen Dialogs einen Fortschritt. Mit der schrittweisen Aufhebung der UN-Sanktionen, wie sie im JCPOA vereinbart ist, so die Hoffnung der iranischen Unterstützer, sollen wieder mehr ausländische Investitionen im Iran getätigt und der Waren- und Personenverkehr erleichtert werden.

Durchgreifende Liberalisierungen in der Kulturpolitik, wie sie von westlicher Seite häufig impliziert wurden, erwartete auch die iranische Zivilgesellschaft selbst nicht. Zu gut kennt sie ihr oft widersprüchlich agierendes Machtsystem, in dem ein ständiges Austarieren der Interessen zwischen verschiedenen Gruppen von Hardlinern und Reformern stattfindet. Mit anderen Worten: Niemand im Iran erwartete die Rolling Stones in Teheran. Bei ganz praktischen Fragen aber wurden viele der Hoffnungen enttäuscht, auf die Rohani seine Kampagne gegründet hatte: An der Zensurpolitik hat sich ebenso kaum etwas geändert wie an den Einschränkungen der freien Meinungsäußerung oder den Schikanen gegen Kulturschaffende, wie jüngst der Fall der im Iran festgehaltenen, binationalen Berlinale-Mitarbeiterin zeigt.

Auch hier sind die Verantwortlichkeiten nicht in einer Hand, und es ist meist nicht klar, ob Rückschläge auf das Konto von Konservativen gehen, die jegliche Form der Öffnung konterkarieren wollen oder ob es sich schlicht um mangelnden Reformwille der Regierung handelt. Und das gilt nicht nur für die Kulturpolitik.

In Europa und in Deutschland waren die Erwartungen an die Veränderungen im Iran immens, vor allem in der Wirtschaft. Die undurchsichtigen Strukturen sind auch hier ein Problem: Es fehlt an Rechtssicherheit und Transparenz. So ist es beispielsweise unklar, hinter welchen Firmen die nach wie vor sanktionierten Revolutionsgarden stecken, die wirtschaftlich höchst aktiv sind. Auch hier bedarf es Geduld und realistischer Erwartungen. Deutschland und seine europäischen Partner werden bei der weiteren Annäherung an den Iran eine wichtige Rolle spielen. Dies gilt insbesondere nach dem Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen. Rückschläge sind zu erwarten, müssen jedoch stets im Kontext der ambivalenten Machtstrukturen im Iran gesehen werden. Deswegen müssen wir uns zum Dialog bekennen, ihn aber kritisch führen, Chancen aufzeigen, Vertrauen aufbauen, Missstände klar benennen. Kurzschlussreaktionen, die zum Abbruch des Gesprächsfadens führen, stärken nur die Hardliner. Nur durch die Stärkung der dialogorientierten Kräfte in Teheran kann es langfristig zu einer wirklichen Annäherung kommen – und die Werke des Teheraner Kunstmuseums können möglicherweise noch in vielen anderen Städten bestaunt werden. Es ist noch ein steiniger Weg zu gehen. Dass er sich jedoch lohnt, sieht man an der Schönheit der Jahrzehnte lang versteckten Pollocks und Magrittes. Und erst recht an den leuchtenden Augen der iranischen Besucher dieser Meisterwerke.

Omid Nouripour, MdB ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

LANDESKUNDE: IRAN

Amtssprache: Persisch; weitere Regionalsprachen: Azeri, Kurdisch, Arabisch und andere

Hauptstadt: Teheran

Staatsform: Islamische Republik

Regierungssystem: präsidentielle Theokratie

Staatsoberhaupt: Oberster Führer Ali Chamene'i

Regierungschef: Staatspräsident Hassan Rohani

Fläche: 1.648.195 km²

Einwohnerzahl: 75.149.669 (gemäß Volkszählung 2011)

Bevölkerungsdichte: 46 Einwohner pro km²

Währung: Iranischer Rial (IRR)

THEMA

Eine junge Iranerin bei einer Tasse Tee im Gespräch mit ihrem Vater über die anstehende arrangierte Hochzeit

Familie in Iranisch-Kurdistan: Sunnitische Kurden stellen fast zehn Prozent der knapp 80 Millionen mehrheitlich schiitischen Einwohner

Ein junges Paar moderner Iraner trinkt Kaffee und hört dabei Jazz-Musik. Im Hintergrund ein Poster von Ella Fitzgerald

FOTOS: HANNA NOORI

Couchsurfing im Iran

5 Fragen an den Journalisten Stephan Orth über seine Erfahrungen als Reisender im Iran

Stephan Orth bereiste den Iran, übernachtete dabei auf verschiedenen Sofas und schrieb seine zahlreichen Erlebnisse auf. Das daraus entstandene Buch »Couchsurfing im Iran« war mehr als ein Jahr lang auf der Bestsellerliste des Spiegels vertreten.

Theresa Brüheim: Herr Orth, wie kamen Sie auf die Idee, den Iran zu bereisen und dort auf den Sofas fremder Iraner zu übernachten? Welche Hürden galt es zu nehmen, um diese Idee zu verwirklichen?
Stephan Orth: Ich reise sehr viel und hatte das Land schon länger auf meiner Liste, weil ich von anderen Iran-Besuchern so viele euphorische Berichte gehört hatte. 2013 war ich zunächst für zwei Wochen dort, was mich so begeistert hat, dass ich 2014 wiederkam und diesmal zwei Monate blieb. Couchsurfing nutze ich seit mehr als zehn Jahren auf fast jeder Reise, es war also keine Frage, das auch diesmal zu tun. Im Iran allerdings ist das besonders interessant. Weil sich die private Welt extrem von der öffentlichen unterscheidet und dort vieles passiert, was laut Gesetz verboten ist. Sobald die Tür zu ist, werden die Schleier abgelegt, man feiert Partys, schimpft über Religion und Regierung und trinkt Alkohol. Eine Hürde ist, dass Couchsurfing offiziell verboten ist, zumindest wenn man sich nicht innerhalb von 24 Stunden bei der örtlichen Polizei meldet. In der Regel gibt es zwar keine Probleme, trotzdem habe ich größten Respekt vor den Gastgebern, die wegen ihres Besuchs Risiken eingehen.

Welche Erfahrungen haben Sie beim »Couchsurfing im Iran« gemacht, welche Erlebnisse haben Sie nachhaltig geprägt?
Immer wieder hat mich die schier unglaubliche Gastfreundlichkeit beeindruckt. Prägende Erlebnisse gab es viele: eine Nacht in unmittelbarer Nachbarschaft des Atomkraftwerks von Buschehr, ein Date im Wohnzimmer in Anwesenheit der kompletten Großfamilie, eine verbotene Bikiniparty in Maschhad, der zweitheiligsten Stadt des Landes. Unvergessen bleibt auch eine feuchtfröhliche Hochzeitsfeier am Kaspischen Meer mit einem Gastgeber, der mich ständig in peinliche Situationen brachte und dann diebischen Spaß daran hatte, das Geschehen aus der Ferne zu beobachten.

Wie wurden Sie von Ihren iranischen Gastgebern aufgenommen? Sind Sie mit dem Vorwurf konfrontiert worden, die weltweit bekannte Gastfreundschaft der Iraner ausnutzen zu wollen?
Ich habe mehr als 60 Länder bereist, aber nirgendwo anders habe ich so eine Herzlichkeit erlebt wie im Iran, ich fühlte mich ständig als Ehrengast. Und natürlich fragt man sich da manchmal, wie man etwas zurückgeben kann für all diese positiven Erlebnisse. Natürlich hatte ich immer ein Geschenk dabei und habe Gastgeber zum Essen im Restaurant eingeladen, aber das kam mir oft lächerlich vor im Vergleich zu der Mühe, die sich die Leute mit mir gaben. Eines habe ich aber häufig gespürt: Es tat den Menschen gut, mit jemandem aus dem »Westen« direkt zu sprechen, und einmal aus erster Hand von unserem Alltag und von Europa zu hören. Manche fühlten sich danach bestärkt, aus ihrer Lethargie auszubrechen und mehr für ihre Freiheiten zu kämpfen.

Wie haben Sie die iranische Kultur kennengelernt? Was macht diese Ihrer Meinung nach aus?
Nachhaltig beeindruckt hat mich die iranische Dichtkunst. In den Werken von Hafiz, Saadi oder Omar Khayyam steckt eine Schönheit, Weisheit und auch Frechheit, deren Zauber man hoffnungslos verfällt, sobald man sich ein bisschen damit beschäftigt. In Teheran war ich bei einem Treffen junger Menschen, die Khayyam-Gedichte rezitierten, ein wunderbarer Abend. Ich bin ein großer Fan des Filmemachers Jafar Panahi, und auch die iranische Architektur ist eindrucksvoll: die großen Moscheen, der Naghsh-e-Jahan-Platz in Teheran oder die nach Rosen duftenden Parks von Shiraz.

In Deutschland war Ihr Buch »Couchsurfing im Iran« ein Erfolg. Haben Sie Reaktionen aus dem Iran dazu erhalten? Planen Sie eine Fortsetzung?
Ich erhalte bis heute sehr viele Reaktionen aus dem Iran. Ein paar Blogs gab es, in denen sich konservative Menschen kritisch über mein Buch äußerten. Sie schimpften darüber, dass nun schon ausländische Autoren darüber berichten, wie »verlottert und unmoralisch die jungen Leute leben«. Auf der anderen Seite bekam ich mehr als hundert begeisterte E-Mails von Iranern, die mir dafür dankten, dass »endlich mal jemand unser Land so darstellt, wie es wirklich ist«. Das Nachfolger-Buch ist gerade fertiggeworden und erscheint Ende März, es wird »Couchsurfing in Russland« heißen.

Stephan Orth ist freier Journalist. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

DEBATTE

Mitmachen oder nicht?

Fortsetzung der Debattenreihe: »Dürfen Künstlerinnen und Künstler sich am Wahlkampf beteiligen?«

Mit den Worten »Politiker aller Parteien lieben die Künstler. Nicht alle, besonders nicht die Unbekannten. Sie lieben bekannte Schauspieler, Musiker und Schriftsteller« beginnt Olaf Zimmermann, der Herausgeber von Politik & Kultur, sein Editorial mit dem Titel »Hofnarr« auf Seite 1 der Ausgabe 3/16 dieser Zeitung. Dabei spricht er ein wichtiges sowie brisantes Thema an: die politische Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern – besonders auch im Wahlkampf. Wie ist es um diese bestellt, wie sollte diese ausfallen?

Für Olaf Zimmermann steht fest, dass Künstlerinnen und Künstler sicherstellen müssen, von der Politik nicht als Alibi missbraucht zu werden: »Gerade weil bekannte Künstler gerne von Politikern eingeladen werden, sollten sie zu diesen Treffen klare Forderungen mitnehmen und nach den Treffen darauf achten, ob ihre Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind«.

Diese Äußerungen waren Anstoß für ein Streitgespräch zum genannten Thema zwischen Olaf Zimmermann und Heinrich Schafmeister, Schauspieler und Schatzmeister beim Bundesverband Schauspiel (BFFS), das in der Ausgabe 4/16 abgedruckt wurde.

In der darauffolgenden Ausgabe 5/16 wurde die Diskussionsrunde erweitert. Auch der politisch engagierte, ehemalige Präsident der Berliner Akademie der Künste Klaus Staeck und die Schriftstellerin und Journalistin Tanja Dückers bezogen konträre Positionen zu dieser Fragestellung. So schrieb Klaus Staeck, Einmischung sei die erste Bürger- und somit auch Künstlerpflicht, mittels derer Leben in den oft grauen politischen Alltag gebracht werden könne. Tanja Dückers merkte hingegen an: »Künstler sollten keine Verpflichtung auferlegt bekommen. Schon gar nicht die, sich einer politischen Marke andienen und Wahlkampf betreiben zu müssen«.

In der letzten Ausgabe 6/16 kam die SPD-Generalsekretärin Katarina Barley zu Wort und betonte, dass das politische Engagement von Kulturschaffenden kein Werbeinstrument sei, sondern die Chance der Künstlerinnen und Künstler, die Gesellschaft nach ihren eigenen Vorstellungen zu verändern.

Selbstverständlich sollen an dieser Stelle auch die Vertreter, der anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu Wort kommen. Entsprechend setzen in dieser Ausgabe der Bundesgeschäftsführer der Linken Matthias Höhn und der Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Michael Kellner die Debatte fort. Fortsetzung folgt.

Kunst sollte sich einmischen

Reaktion zur Debatte um die Beteiligung von Künstlern am Wahlkampf

MATTHIAS HÖHN

Dürfen Künstlerinnen und Künstler sich für den Wahlkampf hergeben?« Meine Antwort ist: Ja, Künstlerinnen und Künstler dürfen sich nicht nur für den Wahlkampf »hergeben«, sondern sollten sich auch viel mehr als bisher den politisch-gesellschaftlichen Debatten hingeben.

Spätestens seit dem vergangenen Jahr erleben wir eine spürbare Polarisierung von Gesellschaft und Öffentlichkeit, wie es sie lange nicht gab, das gesellschaftliche Klima ist zum Teil sehr vergiftet. Politisch ist einiges ins Rutschen geraten und der Rechtspopulismus ist auf dem Vormarsch – hierzulande, in Europa, in den USA. Etablierte Politik und repräsentative Demokratie befinden sich in einer schweren Krise.

Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, dass auch Kulturschaffende das Wort ergreifen und Stellung beziehen: gegen Rassismus, für ein solidarisches Miteinander, gegen soziale Spaltung, für unsere Demokratie. Da hat Tanja Dückers Recht: Das muss parteipolitisches Engagement keineswegs einschließen. Kunst und Kultur sollten aber ein Stück weit runter von den »Zuschauerrängen«, wie Klaus Staeck schreibt, und den »Posten des neutralen Beobachters« ganz bewusst verlassen. Dazu gehört auch, Gesellschaftskritik, Debatten über grundsätzliche Alternativen und das »Vorstellungsvermögen von einer anderen, besseren Zukunft« zu artikulieren. Im Gegensatz zu Tanja Dückers bin ich hier der Auffassung, dass all das nicht jenseits der Politik verhandelt werden sollte, sondern dass Kunst »das utopische Moment« in der Politik einfordern sollte. Politik muss mehr sein als Tagesgeschäft, Politik muss auch für Visionen stehen, die über eine Legislaturperiode hinausweisen.

Der Maler Gerhard Richter äußerte sich kürzlich in einem Interview: »Flüchtlinge sind nicht willkommen. Ich habe noch nie was gegen Ausländer gehabt. Aber wenn mir gesagt wird, du musst jetzt alle willkommen heißen, dann ist das gelogen. Ich nehme die nicht mit zum Essen, sondern nur die ich jetzt kenne. Egal, ob das jetzt ein Neger ist oder ein Däne.« Diese Einlassungen sind das eine, aber ich frage mich: Wo waren öffentlich vernehmbare Reaktionen aus der Kunst?

Hier wird die Grenze des Sagbaren wieder einmal deutlich nach rechts verschoben, verfassungsmäßige Grundrechte werden nonchalant beiseitegeschoben. Als ob es um Essenseinladungen zu den Richters ginge. Die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu kritisieren ist nicht nur legitim, sondern notwendig. Gründe gibt es viele: Türkei-Deal, Asylrechtsverschärfungen, schwache Integrationspolitik, keine Politik für sozialen Zusammenhalt. Rassistischen Ressentiments muss jedoch vehement widersprochen werden. Es ist auch die Aufgabe von Kunst und Kultur, dieser Verschiebung der Diskurse hin zur Salonfähigkeit rechter Positionen entgegenzutreten. Ob Wahlkampf oder nicht: Dafür sollten sich alle und mit aller Kraft – auch und gerade Künstlerinnen und Künstler – her- und hingeben.

Matthias Höhn ist Bundesgeschäftsführer der Linken

Engagement ist eine Notwendigkeit

Reaktion auf die Frage »Dürfen Künstlerinnen und Künstler sich für den Wahlkampf hergeben?«

MICHAEL KELLNER

Wir leben in hochpolitischen Zeiten. In der westlichen Welt stehen die freien und liberalen Demokratien von innen unter Druck, das zeigt nicht zuletzt die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten. Deshalb bin ich bei Klaus Staeck und Katarina Barley: Kunstschaffende dürfen und sollen sich politisch einmischen und die gesellschaftlichen Debatten suchen. Viele machen das ja zum Glück bereits. Das ist eine Bereicherung. Denn ich will die Straße und die Debatten nicht denen überlassen, die am lautesten schreien.

Deshalb ist mir auch die Frage »Dürfen Künstlerinnen und Künstler sich für den Wahlkampf hergeben?« zu platt. Sie wertet das Engagement der vielen Aktiven aus meiner Partei ab, die auf offener Straße und im Netz beleidigt und angegriffen werden. Die richtige Frage ist, ob Künstlerinnen und Künstler sich für politische Meinungen und Positionen einsetzen sollen, gerade auch in umkämpften Zeiten. Ich wünsche mir, dass sie sich laut und deutlich für ihre Vorstellungen von Gesellschaft einsetzen – in Wahlkampfzeiten, aber auch davor und danach. Das machen ja auch bereits viele. Ein gutes Beispiel ist die Künstlerinitiative »Geht auch anders«. Sie stellt sich gegen die »Alternativlosigkeit« und setzt sich mutig für eine bessere Politik ein. Konkret veranstaltet sie Benefiz-Konzerte für Flüchtlinge und bezieht Stellung zu aktuellen Themen, ohne sich klar einer Partei zuzuordnen. Sie steht für das weltoffene Deutschland. Das finde ich gut und davon brauchen wir noch viel mehr.

Das Vertrauen in Politik ist auf ein gefährlich niedriges Niveau gefallen. Die Parteien müssen sich hinterfragen, weil sie ein integraler Bestandteil unserer parlamentarischen Demokratie sind. Als Parteien müssen wir neue Antworten finden und klar Unterschiede benennen. Ich glaube aber auch, dass wir von der Kultur lernen können. Z. B. wie erreichen wir Menschen im Zeitalter des Smartphones und wie erklären wir Politik unter den Bedingungen sozialer Medien? Deshalb wünsche ich mir das kreative Engagement Kunstschaffender. Denn im besten Fall zeigt Kunst nicht das Sichtbare, sondern macht das Hintergründige sichtbar.

Eine lebendige Gesellschaft lebt vom Austausch vieler Akteure. Diesen Austausch müssen wir beleben, wenn wir unsere offene Gesellschaft schützen wollen. Wenn wir uns ins stille Kämmerlein verdrücken, geht der gesellschaftliche Zusammenhalt sicher verloren. Deshalb sollen sich Künstlerinnen und Künstler für gar nichts hergeben, sondern sich aktiv und mutig einmischen.

Michael Kellner ist politischer Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Liana Gourdjia plays Strawinsky
Violinkonzert in D und Kammermusik

Am 6. Januar erscheint die neue CD der russischen Geigerin Liana Gourdjia. Unser kleines Promotion-Video, das im Auftrag des Labels „audite“ entstand, begleitet die Aufnahmen beim SWR in Kaiserslautern. Im Interview schildert die Künstlerin ihre ganz persönliche Beziehung zu Igor Strawinskys Biografie und Werk. Mit der Deutschen Radio Philharmonie unter der Leitung von Zsolt Nagy spielt Gourdjia das Violinkonzert in D ein und nimmt zusammen mit Katia Skanavi am Klavier Miniaturen und andere kammermusikalische Werke des russischen Komponisten auf.

70 Jahre Darmstädter Ferienkurse
Eine zukunftsgewandte Retrospektive

Anlässlich des Jubiläums lag ein Schwerpunkt der diesjährigen Ferienkurse des Internationalen Musikinstituts Darmstadt (IMD) auf der eigenen Geschichte: Die Konzertreihe „Rückspiegel” stellte sieben Werke aus sieben Jahrzehnten von bedeutenden Uraufführungen in Darmstadt vor, während sich im Projekt „historage” verschiedene Künstlerinnen und Künstler mit dem neu digitalisierten Archiv des IMD auseinandersetzten und angeregt durch ihre Funde jeweils eigene, ganz neue Werke schufen. 70 Jahre Ferienkurse im Blick zurück gleichermaßen wie im Blick nach vorn sehen Sie also in unserem Querschnitt durch die Kurswochen 2016.

Donaueschinger Musiktage 2016
Festival für zeitgenössische Musik

Wie nehmen wir Musik wahr und in welcher Weise lassen wir uns auf sie ein? Zwischen Verführung und kritischer Reflexion liegt auch in der zeitgenössischen Musik das Spannungsfeld.

Sehen Sie eine kleine audiovisuelle Zusammenfassung der Festivaltage auf nmzMedia.de.

kostenlos unter:
www.nmz.de

Zur Reform des europäischen Urheberrechts

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 28.10.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die EU-Kommission am 14.09.2016 Regelungsvorschläge zum europäischen Urheberrecht vorgelegt hat. Der Deutsche Kulturrat hat sich bereits in seiner Stellungnahme »Zur Zukunft des Urheberrechts in Europa« vom 26.06.2015 mit dem urheberrechtlichen Regelungsbedarf auf EU-Ebene auseinandergesetzt. Ferner hat der Deutsche Kulturrat am 18.06.2014 zur Diskussion der Bildungs- und Wissenschaftsschranke Stellung bezogen und sich am 09.12.2015 zu den geplanten deutschen Regelungen zum Urhebervertragsrecht positioniert. Die erwähnten Stellungnahmen und weitere grundlegende Positionspapiere des Deutschen Kulturrates bilden die Grundlage für die nachfolgende Stellungnahme.

Dem Deutschen Kulturrat gehören sowohl Verbände der Urheber und ausübenden Künstler als auch Verbände der Verwerter künstlerischer Leistungen aus den verschiedenen künstlerischen Sparten (Musik, darstellende Künste, Literatur, bildende Kunst, Baukultur und Denkmalpflege, Design, Film, Rundfunk und audiovisuelle Medien sowie Soziokultur und kulturelle Bildung) an. Er konzentriert sich wie üblich in seiner Stellungnahme auf die Aspekte, die sowohl von Seiten der Verbände der Urheber und ausübenden Künstler als auch der Verwerterverbände mitgetragen werden können. Wenn im Folgenden von Urhebern die Rede ist, sind die ausübenden Künstler eingeschlossen.

Allgemeine Anmerkungen zum Urheberrechtspaket der Europäischen Kommission

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates weisen viele der Kommissionsvorschläge in die richtige Richtung. Das Urheberrecht hat eine zentrale, marktordnende Bedeutung. Die europäische Kultur- und Kreativwirtschaft, die entscheidend durch die Urheber und Kulturverwerter geprägt wird, braucht ein starkes Urheberrecht, um wettbewerbsfähig zu sein. Der Deutsche Kulturrat begrüßt es deshalb, dass die Vorschläge der Kommission nicht darauf abzielen, das Urheberrecht grundsätzlich zu schwächen. Gleichzeitig begrüßt der Deutsche Kulturrat das Ziel der europäischen Vorschläge, den europäischen Bürgern vermehrt Zugang zu europäischen Inhalten zu ermöglichen.

Über den Vorschlag der Kommission hinausgehende Aspekte

Der Deutsche Kulturrat nimmt zur Kenntnis, dass die EU-Kommission bei verschiedenen Regelungsvorschlägen auf das Herkunftslandprinzip abstellt. Das kann im Zusammenhang mit verbindlichen Schrankenregelungen, wie bei Art. 4 Abs. 3 des Richtlinienentwurfs über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt, sachgerecht sein. Dennoch unterstreicht der Deutsche Kulturrat, dass für den Kultur- und speziell für den Filmsektor die Beibehaltung des Territorialitätsgrundsatzes für die Wertschöpfungskette von großer Bedeutung ist.

Zum anderen sieht der Deutsche Kulturrat vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des EuGH dringend Bedarf, die Voraussetzungen für die öffentliche Zugänglichmachung von urheberrechtlich geschützten Werken gesetzlich zu klären. Dabei geht es nicht zuletzt darum, sicherzustellen, dass das sogenannte »Framing« wieder erlaubnispflichtig sein muss.

Der Deutsche Kulturrat erinnert außerdem an die Selbstverpflichtung der Kommission in der Richtlinie zur Verlängerung der Schutzfrist für Tonträger in Art. 3 Abs. 2 zum 1. Januar 2012, einen Bericht mit einer Bewertung der möglichen Notwendigkeit einer Verlängerung der Schutzdauer für die ausübenden Künstler und die Produzenten auch im audiovisuellen Bereich vorzulegen und die bisher auf Tonträger beschränkte Richtlinie gegebenenfalls zu ändern. Hierzu ist es bisher nicht gekommen.

Vertrag von Marrakesch
(Com (2016) 596 final und COM (2016) 595 final)

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht zunächst, dass die Teilhabe von Blinden und Sehbehinderten am kulturellen Leben und ihr Zugang zu Werken von großer Bedeutung sind. Eine inklusive Gesellschaft muss Blinden und Sehbehinderten Partizipation und Teilhabe ermöglichen. Der Deutsche Kulturrat weist allerdings auch darauf hin, dass es einen, wenn auch kleinen, Markt an speziell für Blinde und Sehbehinderte erstellten Publikationen, sei es in Braille-Schrift, sei es in Großbuchstaben, als vorgelesenes Werk oder in anderer Form, gibt. Es muss deshalb in geeigneter Weise sichergestellt werden, dass durch eine Schrankenregelung dieser Markt nicht zerstört wird und weiterhin Anreize für Verlage bestehen, Werke für Blinde und Sehbehinderte herzustellen. Als wichtig erachtet der Deutsche Kulturrat, dass – anders als in Erwägungsgrund 11 der Richtlinie ausgeführt – für die gesetzlich erlaubten Nutzungen eine angemessene Vergütung gezahlt wird. Eine derartige Vergütung wird durch Art. 4 des Marrakesch-Vertrages ausdrücklich ermöglicht und ist in der einschlägigen deutschen Schrankenbestimmung – § 45a UrhG – ebenfalls enthalten. Wichtig wäre ferner, die Pflichten der beauftragten Stellen nicht nur für Drittstaaten (Art. 5 des Verordnungstextes), sondern auch für die EU im Rahmen der Richtlinie zu regeln.

Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt
(COM (20156) 593 final)

Schrankenregelungen

Die Veränderung der bestehenden Schranken zugunsten von Bildung und Wissenschaft sind sowohl auf der europäischen als auch der nationalstaatlichen Ebene im digitalen Zeitalter ein wichtiges Thema. Schranken begrenzen die Rechte der Urheber und ermöglichen Nutzern, bestimmte Handlungen ohne Einwilligung der Urheber vorzunehmen. Aus Sicht des Deutschen Kulturrates sollten folgende Aspekte bei der weiteren Diskussion berücksichtigt werden. Sie sind vor dem Hintergrund des Schutzes des geistigen Eigentums und dessen Sozialbindung im Rahmen des Art. 17 Abs. 2 der GR-Charta der EU und Art. 14 GG auszugestalten:

- Es fehlt im Richtlinientext – bei den Begriffsbestimmungen in Art. 2 – eine Definition des Begriffs »Bildungseinrichtungen«. Das ist schon deshalb erforderlich, um den Anwendungsbereich von Art. 4 klar bestimmen zu können. Die Hinweise in Erwägungsgrund 15 sollten deshalb in den Richtlinientext überführt werden.
- Eine Schranke zugunsten von Bildung- und Wissenschaft sollte grundsätzlich nicht in den Primärmarkt der Rechteinhaber eingreifen. Dies ergibt sich bereits aus dem Drei-Stufen-Test. Eine Vervielfältigung und öffentliche Zugänglichmachung von ganzen Werken, wie sie Art. 4 offenbar ermöglicht, sollte deshalb weitgehend ausgeschlossen sein (vgl. auch § 52 Abs. 1 UrhG wo eine Nutzung nur von kleinen Teilen, Werken geringen Umfangs und einzelnen Beiträge« zulässig ist; auch untersagt § 53 Abs. 4 Buchst. b UrhG – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Vervielfältigung von vollständigen Büchern oder Zeitschriften). Ferner sollte es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ob sie einen Vorrang von angemessenen Lizenzangeboten einführen oder beibehalten wollen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass es digitale und analoge Werke gibt, die ausdrücklich und ausschließlich für den Bildungsbereich hergestellt werden und deren Primärmarkt daher durch eine entsprechende Schranke beeinträchtigt wird. Für solche Medien sollte daher bereits auf EU-Ebene eine Bereichsausnahme eingeführt oder den Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben werden (vgl. auch §§ 53 Abs. 3 S. 2, 52a Abs. 2 UrhG). Es ist kaum ersichtlich, wie die Schrankenregelung anders europarechtskonform ausgestaltet werden könnte (Drei-Stufen-Test). Zudem sollte bei Schrankenregelungen stets eine angemessene Vergütung der Rechteinhaber sichergestellt werden, die über Verwertungsgesellschaften durchzusetzen ist. Soweit – wie bei Art. 3 und Art. 5 – Vervielfältigungshandlungen erlaubt werden, kommt dabei in Betracht, die Vergütung über die Geräte- und Speichermedienvergütung einzuziehen. Grundsätzlich spricht sich der Deutsche Kulturrat dafür aus, bei Vergütungen im Zusammenhang mit Schrankenregelungen an dem Konzept einer angemessenen Vergütung festzuhalten und nicht – wie in Art. 4 Abs. 5 explizit vorgesehen – lediglich einen fairen Ausgleich für einen entstandenen Schaden zu ermöglichen.
- Bei Art. 5 muss sichergestellt sein, dass bei digitalen Werken die erlaubten Vervielfältigungen zur Bestandssicherung nicht dazu führen, dass Vervielfältigungen zu einer Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten gegenüber dem Original führen dürfen.

Vergriffene Werke
Der Deutsche Kulturrat hat sich stets dafür eingesetzt, dass Verwertungsgesellschaften auf der Grundlage von gesetzlichen Vermutungsregelungen Lizenzen für vergriffene Werke vergeben können. Der Richtlinienvorschlag ist für Schriftwerke in §§ 51, 52 VGG bereits weitgehend umgesetzt. Für andere Werkkategorien, wie insbesondere für den Filmbereich, sollten vergleichbare Lösungen durch die betroffenen Urheber und Verwerter geprüft werden. Die Definition von vergriffenen Werken in Art. 7 Abs. 2 erscheint, soweit dort auf das »menschliche Ermessen« abgestellt wird, allerdings zu weitgehend und wenig praktikabel. Zu begrüßen ist, dass es durch Art. 8 Abs. 1 ermöglicht wird, dass vergriffene Werke durch nationale Einrichtungen europaweit im Internet zur Verfügung gestellt werden können. Inwieweit die durch Art. 8 Abs. 2 ebenfalls ermöglichte grenzüberschreitende Lizenzierung (d.h. die Vergabe von Rechten durch eine nationale Verwertungsgesellschaft an ausländische Einrichtungen) tatsächlich praktikabel und sinnvoll ist, bleibt allerdings noch genauer zu prüfen.

Als besonders wichtig erachtet der Deutsche Kulturrat, dass die entsprechenden finanziellen Ressourcen zur Nutzung von vergriffenen Werken bereitgestellt werden. Dabei geht es – anders als Erwägungsgrund 22 vermuten lässt – weniger um die Höhe der Lizenzgebühren, sondern um die Kosten für die Digitalisierung und öffentliche Zugänglichmachung der vergriffenen Werke.

Leistungsschutzrecht für Presseverleger

Vorauszuschicken ist, dass dem Deutschen Kulturrat die Verbände der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger nicht angehören. Das in Deutschland seit einiger Zeit bestehende Leistungsschutzrecht für Presseverlage erweist sich aufgrund seines sehr beschränkten Anwendungsbereichs bisher als durchsetzungsschwach. Insbesondere Online-Dienste mit einer starken Marktmacht erschweren die Rechtsdurchsetzung. Positiv an dem deutschen Leistungsschutzrecht für Presseverlage ist, dass ein Beteiligungsanspruch für Urheber ausdrücklich vorgesehen ist. Ein solcher Beteiligungsanspruch muss, wenn der Weg eines europäischen Leistungsschutzrechts für Presseverlage gegangen wird, ebenfalls eingeführt werden. Ferner sollten Leistungsschutzrecht und Beteiligungsanspruch möglichst verwertungsgesellschaftspflichtig ausgestaltet werden, um die Durchsetzung in der Praxis zu erleichtern.

Verlegerbeteiligung

Die Verlegerbeteiligung an gesetzlichen Vergütungsansprüchen ist ein äußerst drängendes Problem, das innerhalb kurzer Frist gelöst werden muss. Der Deutsche Kulturrat ist der Auffassung, dass die in der Richtlinie vorgeschlagene Regelung grundsätzlich zu begrüßen ist. Allerdings sollte der Beteiligungsanspruch verwertungsgesellschaftspflichtig sein und lediglich von einer Verwertungsgesellschaft wahrgenommen werden können, die Rechte von Urhebern und Verlegern gemeinsam vertritt.

Angesichts der Dringlichkeit dieses Vorhabens appelliert der Deutsche Kulturrat an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Regelung der Verlegerbeteiligung schnellstmöglich umgesetzt wird. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob durch eine Verabschiedung im Zusammenhang mit einem anderen Richtlinienvorhaben oder in isolierter Form eine signifikante Beschleunigung erreicht werden kann.

Nutzung geschützter Inhalte durch Online-Dienste

Der Deutsche Kulturrat betont, dass derzeit ein Ungleichgewicht zwischen multinationalen Anbietern von Online-Diensten und Rechteinhabern besteht. Es ist daher dringend erforderlich, dass die Position der Rechteinhaber dahingehend gestärkt wird, dass diese künftig ihre Rechte gegenüber Online-Plattformen besser durchsetzen können. Mit ihrem Vorschlag sendet die EU-Kommission das wichtige Signal, dass der Wertetransfer von Kreativschaffenden zu Plattformbetreibern in Europa nicht länger toleriert wird. Der Deutsche Kulturrat erkennt an, dass die EU-Kommission die als sogenannte »Value Gap« beschriebene Entwicklung korrigieren will. Das ergibt sich allerdings vor allem aus Erwägungsgrund 38. Aus Sicht des Deutschen Kulturrates sollte deshalb geprüft werden, ob dieser Ansatz nicht im Richtlinientext selbst deutlicher zum Ausdruck kommen sollte.

Faire Vergütung (Urhebervertragsrecht)

Der Deutsche Kulturrat erinnert in diesem Zusammenhang an seine oben genannte Stellungnahme zum Referentenentwurf eines »Gesetzes zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung«. Er hat in dieser Stellungnahme betont, dass der Auskunftsanspruch ein komplexes Thema ist und einer differenzierten Betrachtung bedarf. Dabei kann unter anderem eine Rolle spielen, in welchem Umfang Urheber bei Werken mit vielen Beteiligten einen Beitrag zum Werk geleistet haben. Es gilt abzuwägen, zwischen dem Interesse der Urheber und ausübenden Künstler, Auskunft über die Erlöse aus der Verwertung ihrer Werke und Darstellungen zu erhalten und dem Verwaltungsaufwand, der mit dem Auskunftsanspruch verbunden ist. Ein hoher Verwaltungsaufwand ist auch mit hohen Kosten verbunden, was zu Lasten der Budgets für urheberrechtliche Leistungen gehen könnte. Hier kann die Einführung von branchenspezifischen Lösungen die Diskussion entschärfen. Diese Stellungnahme sollte auch bei der weiteren Diskussion des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission Berücksichtigung finden.

Überlegungen der Europäischen Kommission zur Rechtsdurchsetzung
(COM (2016) 592 final)

In seiner Stellungnahme »Zur Zukunft des Urheberrechts in Europa« hat der Deutsche Kulturrat bereits darauf hingewiesen, dass Internetunternehmen – insbesondere Internet Service Provider, Hostprovider, Suchmaschinenanbieter und Betreiber sogenannter sozialer Netzwerke – im Rahmen des Zumutbaren dafür Sorge tragen müssen, dass Urheberrechte gewahrt werden. Grundsätzlich sollte eine »Verkehrssicherungspflicht« für entsprechende Internetdienstleister gesetzlich festgeschrieben werden. Gemeinsame Initiativen zur Selbstregulierung von Rechteinhabern, Werbewirtschaft und Finanzdienstleistern sollten weiter vorangetrieben werden, gegebenenfalls durch Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Der Deutsche Kulturrat bittet, diese Gesichtspunkte bei den weiteren Überlegungen auf europäischer Ebene zu berücksichtigen.

Zum Vorschlag der EU-Kommission zur Revision der AVMD-Richtlinie vom 25.05.2016

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 07.11.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich am Konsultationsprozess der letzten Jahre zur Novellierung der AVMD-Richtlinie beteiligt. So hat er zum »Grünbuch über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt: Wachstum, Schöpfung und Werte« Position bezogen und sich 2015 an der »Konsultation zur Richtlinie 2010/13/EU über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL). Eine Mediengesetzgebung für das 21. Jahrhundert« beteiligt. Mit Blick auf den am 25. Mai 2016 von der EU-Kommission vorgelegten »Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten« (COM (2016) 287 final) und den nun erfolgenden Beratungsprozess im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat positioniert sich der Deutsche Kulturrat zu ausgewählten Aspekten der geplanten Novellierung. Dabei nimmt der Deutsche Kulturrat folgende Aspekte in den Blick: Anwendungsbereich der Richtlinie, Herkunftslandprinzip, Europäische Werke, Kommerzielle Kommunikation, Jugendschutz, Auffindbarkeit/Zugänglichkeit/Signalintegration, Nationale Regulierungsstellen.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates muss die Novellierung der AVMD-Richtlinie darauf abzielen, ein Level Playing Field für Anbieter linearer und nonlinearer Mediendienste hinsichtlich des Regulierungsniveaus zu schaffen. Bestehende Wettbewerbsnachteile für lineare Mediendiensteanbieter müssen aufgehoben werden. Ebenso sind die kulturelle Vielfalt, der Medienpluralismus, der Schutz der Menschenwürde und der Jugendschutz von allen Mediendiensteanbietern zu sichern. Vorschriften der AVMD-Richtlinie im Hinblick auf die Förderung der kulturellen Vielfalt, insbesondere europäischer Werke und unabhängiger Produzenten, hält der Deutsche Kulturrat nach wie vor für relevant.

Anwendungsbereich der Richtlinie

Der Deutsche Kulturrat begrüßt ausdrücklich, dass der Anwendungsbereich der AVMD-Richtlinie auf Videoplattformdienste zum Zweck des Jugendschutzes und des Schutzes der Menschenwürde ausgeweitet werden soll. Unter Videoplattformdienst wird laut AVMD-Richtlinienentwurf eine Dienstleistung verstanden, die folgende Anforderungen erfüllt: »i) der Dienst besteht in der Speicherung einer großen Menge an Sendungen oder an von Nutzern erstellten Videos, für die der Videoplattformanbieter keine redaktionelle Verantwortung trägt; ii) die Organisation der gespeicherten Inhalte wird vom Anbieter des Dienstes bestimmt, auch mit automatischen Mitteln oder Algorithmen, insbesondere durch Hosten, Anzeigen, Markieren und Anordnen; iii) der Hauptzweck oder ein trennbarer Teil des Dienstes besteht darin, Sendungen und von Nutzern erstellte Videos für die allgemeine Öffentlichkeit zur Information, Unterhaltung oder Bildung bereitzustellen; iv) der Dienst wird über elektronische Kommunikationsnetze im Sinne des Artikels 2 Buchstabe a der Richtlinie 2002/21/EG bereitgestellt«.

Der Deutsche Kulturrat sieht darüber hinaus bei Videoplattformdiensten eine gesellschaftliche und juristische Verantwortung für verbreitete Inhalte und weist darauf hin, dass sich diese Dienste im Zusammenhang mit Haftungsfragen und bei Urheberrechtsverletzungen nicht darauf zurückziehen können, lediglich die technische Infrastruktur bereitzustellen. Der Deutsche Kulturrat begrüßt zudem, dass die Definition eines Audiovisuellen Mediendienstes ausgeweitet wird und zukünftig auch Kurzvideos, beispielsweise Angebote kommerzieller Blogger, sowie Unterseiten von Multimedia-Angeboten, wie beispielsweise eigenständige audiovisuelle Teile von Online-Zeitungen, einbezogen werden. Dadurch wird dem Element der Meinungsbildungsrelevanz ebenso wie dem Bestreben nach gleichen Voraussetzungen für alle AV-Anbieter zukünftig stärker Rechnung getragen.

Herkunftslandprinzip

Das Herkunftslandprinzip, nach dem die Regulierung sich nach dem Sitz des Mediendiensteanbieters richtet, ist aus Sicht des Deutschen Kulturrates wesentlicher Grundpfeiler der AVMD-Richtlinie, dessen Beibehaltung sie im Anwendungsbereich der AVMD-Richtlinie grundsätzlich unterstützt.

Europäische Werke

Der Deutsche Kulturrat begrüßt die Klarstellung, dass Mitgliedsstaaten solche Mediendiensteanbieter, die ihr Angebot auf ihren nationalen Markt ausrichten, auch grenzüberschreitend zu Direktinvestitionen in die nationale Filmproduktion und zu Beiträgen in nationale Filmfonds verpflichten können. Diese Klarstellung dient der Förderung der Vielfalt der Kulturen in der Europäischen Union.

Die in Artikel 13 Absatz 1 und 5 vorgeschlagene Quotenregelung für die Kataloge von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf begrüßt der Deutsche Kulturrat als Balance zwischen Programmfreiheit und Förderung europäischer Werke. Darüber hinaus wäre eine Klarstellung dahingehend begrüßenswert, dass die Möglichkeit der Mitgliedstaaten für audiovisuelle Mediendienste auf Abruf eine Investmentverpflichtung vorsehen zu können (Art. 13 Abs. 2) als Alternativmaßnahme zu der Quotenregelung implementiert werden kann.

Kommerzielle Kommunikation

Die Trennung zwischen Werbung und Programm sollte für alle audiovisuellen Mediendienste gelten. Werbung ist eine essentielle Finanzierungsgrundlage privat finanzierter Medien und somit wichtige Voraussetzung für Medienvielfalt in Deutschland und Europa. Gleichzeitig gilt es die Werkintegrität von Filmen sowie adäquate Jugend- und Verbraucherschutzstandards zu berücksichtigen. Diesen Aspekten ist auch im weiteren Reformprozess Rechnung zu tragen.

Jugendschutz

Um die gesellschaftliche Akzeptanz von Jugendschutzbestimmungen nicht zu gefährden und zugleich Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist es richtig, auch für Videoplattformdienste Jugendschutzbestimmungen vorzusehen. Der Deutsche Kulturrat unterstützt daher den Ansatz, dass Mitgliedsstaaten auch gegenüber Videoplattformdiensten angemessene Vorschriften zum Schutz Minderjähriger erlassen können.

Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Signalintegrität

Um Meinungsfreiheit, Medienpluralismus und kulturelle Vielfalt zu sichern, müssen in der konvergenten Medienwelt ein diskriminierungsfreier Zugang zu Infrastrukturen, Plattformen und Portalen und die Auffindbarkeit von meinungsbildenden und vielfaltsfördernden Inhalten gewährleistet sein. Der Deutsche Kulturrat begrüßt daher die Möglichkeit, für Mitgliedsstaaten regulierend einzugreifen, um die Auffindbarkeit und Zugänglichkeit von Inhalten nach festgelegten Zielen des allgemeinen Interesses wie Medienpluralismus, Meinungsfreiheit und kulturelle Vielfalt zu gewährleisten. Es sollte daher eine Weiterentwicklung der »must-carry-Regelungen« zu »must-be-found-Regelungen« auch für Portale und elektronische Programmführer (EPGs) in Betracht gezogen werden. Daneben sollte die Möglichkeit einer öffentlich-rechtlichen Suchmaschine weiter diskutiert werden. Der Deutsche Kulturrat sieht weiter das Erfordernis, Regeln zur Sicherung der Signalintegrität bei der Revision der AVMD-Richtlinie zu implementieren, damit audiovisuelle Werke nicht durch Überblendungen bzw. Umrahmung mit Werbung gestört werden.

Nationale Regulierungsstellen

Der Deutsche Kulturrat unterstützt das grundsätzliche Ziel der Kommission, die Unabhängigkeit der nationalen Medienregulierungsstellen und deren Koordinierung zu stärken. Die Medienregulierung sollte dabei jedoch dem Prinzip der Subsidiarität folgen.

Lesen bildet.

Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Disputationen: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017
2. erweiterte Auflage!
ISBN: 978-3-934868-29-8
200 Seiten für € 14,80

Islam · Kultur · Politik Über ein kulturpolitisches Spannungsfeld
ISBN: 978-3-934868-31-1
404 Seiten für € 18,80

Kulturpolitik auf den Punkt gebracht: Kommentare und Begriffe von Olaf Zimmermann
ISBN: 978-3-934868-32-8
139 Seiten für € 9,80

TTIP, CETA & Co.: Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien
2. erweiterte Auflage!
ISBN: 978-3-934868-39-7
308 Seiten für € 18,80

Altes Zeug: Beiträge zur Diskussion zum nachhaltigen Kulturgutschutz
ISBN: 978-3-934868-38-0
348 Seiten für € 18,80

Kurz-Schluss

Wie ich einmal von der Realität überrumpelt und nebenbei auch noch arbeitslos wurde

Haben Sie es schon mitbekommen? Die USA-Wahl ist ungültig. Donald Trump hat dank seiner Erfahrung mit einarmigen Banditen in Las Vegas tausende Wahlautomaten manipulieren lassen und nur deshalb gewonnen. Beschämt stellte er in Russland einen Asylantrag und lebt jetzt gemeinsam mit Edward Snowden in einer sibirischen Datsche. Wladimir Putin hat ihm regelmäßige Versorgung mit Erdnussbutter schriftlich zugesagt.

Überraschung: Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer stellt sein privates Anwesen und den Bayerischen Landtag sowie die Königsschlösser Ludwig des Zweiten als Asylunterkünfte zur Verfügung. »Kurz vor Weihnachten bin ich nochmal tief in mich gegangen und habe beschlossen, doch nochmal etwas Gutes zu tun. Die Begrenzung der Flüchtlingszahl ist natürlich vom Tisch«, so Seehofer bei einer Pressekonferenz in der Hauskapelle des Bayerischen Rundfunks.

Sensation: Der Deutsche Fußballbund entschloss sich, alle Profiligen einzustellen. DFB-Präsident Reinhard Grindel begründete diese Entscheidung mit dem Hinweis auf die »ins Unerträgliche gewachsene« kapitalabhängige Entfremdung dieses Sportsegments. Es sei nicht mehr mit anzusehen, wie teils gedopte, teils der deutschen Sprache nicht mächtige völlig einseitig ausgebildete Gladiatoren Millionen scheffelten, zu Vorbildern unserer Jugend gerieten und sich im Rahmen eines schwunghaften Menschenhandels quer durch die Welt verscherbeln ließen. Um die jetzt arbeitslosen Kicker mache er sich keine Gedanken. Sie hätten einerseits genug verdient, andererseits beste Beschäftigungschancen in den Neubauarenen von Katar und Nordkorea.

Vielleicht haben Sie es bemerkt: Alles gelogen. Wir werden mit Fakenachrichten überschüttet. Hieß es früher: Video kills the Radio Star, so gilt heute: Facebook macht die Tagesschau überflüssig. Was Wunder auch, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk brav im Sog des Privatfernsehens seine redaktionelle und kulturelle Kompetenz seit Jahren schamlos ausdünnt. Die Personaldecke opportunistisch den sogenannten Erfordernissen der sogenannten sozialen Medien anpasst. Den technokratischen Quetschkasten namens Trimedialität zum Sakrosanktum seiner redaktionellen Konfiguration erhebt. Weil sonst die Jugend nicht mehr erreicht wird – und das Ganze auf längere Sicht auch billiger ist?

Sie werden sich fragen, was ausgerechnet den Autor dieser Rubrik an dieser Entwicklung so ärgert: Seit gut 20 Jahren war ich ein King in der Produktion von Fakenachrichten. Damit habe ich Welterschütterndes bewegt, checken Sie mal meine Glossen der letzten zehn Jahre in dieser Zeitung – oder wühlen Sie im Archiv der »taktlos-Nachrichten« unter www.nmz.de/taktlos. Wahre Perlen an Desinformation, Verleumdung und Münchhausereien sind dort zu finden.

Oft genug habe ich es bedauert, dass kein Mensch diese lyrischen Ergüsse ernst genommen hat. Aber die Zeiten haben sich geändert. Offensichtlich ist – dank einseitiger oder mangelhafter Bildung – das Volk überdurchschnittlich leichtgläubiger geworden. Geschickt formulierte und via Twitter und Facebook transportierte Hetz- und Hinterfotzinfos beeinflussen unser ohnedies zersplittertes, ins Schwanken geratenes soziales Gefüge. Mittlerweile ist sogar der Gesetzgeber aufgewacht und denkt über Haftstrafen bis zu fünf Jahren als Strafe für die Generierung und Verbreitung derartiger Meinungsmache nach.

Da soll ich nicht aus der Haut fahren. Dumpfmeistertruppen wie die AfD, der russische oder amerikanische Geheimdienst (oder auch unser feiner deutscher BND) kopieren gewissenlos meinen seit Jahren feinziselierten Personalstil – und verfolgen mich am Ende noch – was quasi einem Berufsverbot gleichkommt. Mangels eigener Masse und Kenntnis der persönlich Haftenden kann ich nicht mal eine Millionenklage wegen grober Verletzung von Leistungsschutzrechten anleiern. Um angesichts meiner dürftigen Rente wenigstens die alimentäre Grundversorgung zu sichern, bleibt mir in Hoffnung auf eine rasche Umsetzung des Fakenachrichten-Gesetzes doch nur Folgendes:

Wie aus gewöhnlich zuverlässigen Quellen verlautet, hat der Bundesnachrichtendienst auf allen Smartphones, Tablets, Laptops und PCs in enger Zusammenarbeit mit den Herstellern angeblicher Virenschutzprogramme einen Backdoor-Trojaner implementiert, der komplette Kontrolle jeglicher Kommunikation, aber auch das Speichern auf internen Festplatten oder USB-Sticks ermöglicht. Selbstverständlich können unliebsame Nachrichten unbemerkt verändert und Gespräche dank vorausdenkender Modulations-Chips in gewünschte Richtungen gelenkt werden.

Ferner ist die Bundeswehr allenfalls bedingt abwehrbereit. Derzeit werden die drei vorhandenen Korvetten von somalischen Piraten übernommen, die Ketten von 90 Prozent unserer starken Leopardpanzer sind durchgerostet ebenso wie die Kabinen der drei noch flugfähigen Phantomjäger und Aufklärungstornados. Die Stiefelsohlen unserer Freiwilligentruppe lösen sich nach zwei Marschkilometern, da sie mit kostengünstigem österreichischem Leim verklebt wurden. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich dank einer Apanage von zwölf monatlichen Millionen auf Lebenszeit aus undurchsichtigen iranischen Quellen selbst in den Ruhestand versetzt.

So, ich hoffe, das reicht. Ungeduldig sitze ich auf einem Köfferchen mit den notwendigsten Utensilien und warte darauf, dass eine taffe Einheit des SEK demnächst meine bereits angelehnte Haustüre mit dem dicken Bollerrumpler aufbricht. Nur zur Sicherheit: Ich bin unbewaffnet und habe bereits die Hände gehoben…

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-NACHRICHTEN

Damaskus / München: Bei einem Blitzbesuch in der syrischen Hauptstadt hat – wie glaubwürdige Twitter-Korrespondenten übereinstimmend meldeten – Bayerns Landesvater Horst Seehofer dem dank zahlreicher YouTube-Filmfälschungen zu Unrecht in Verruf geratenen Semi-Staatspräsidenten Baschar al-Assad lebenslänglich politisches Asyl angeboten. Er selbst (Seehofer) wisse, wie brutal gerade eigentlich staatliche Medien mit der Wahrheit umzugehen pflegten und er bewundere Assads konsequente Meinungsregulierung. Der Präsident erhielte zur Absicherung seiner Existenz einen Sitz im BR-Rundfunkrat bei Verzehnfachung des bayernüblichen Intendantengehaltes. Und als Wohnsitz den kompletten Gasteig-Kulturtempel samt Tiefgarage und Dauerschutz dank eines bayerischen Sonder-Einsatzkommandos.

Moskau / Berlin: Den anhaltenden Doping-Vorwürfen gegen russische Sportler hat sich auf der Internet-Plattform »Prawda-Exakt« jetzt auch Wladimir Putin im Drei-D-Format und in rosige Farben getaucht entgegengesetzt. »Erstens stammen alle verwendeten legalen Vitamin- und Muskelstärkungspräparate aus der deutschen Wellness-Molekül-Schmiede Bayer. Besonders gesund sei bekanntlich das demnächst auch von Bayer vertriebene Haarwuchsmittel Glyphosat. Zweitens sind die wahnsinnigen Kapitalspritzen weltweit für sogenannte Spitzensportler eine Form von antisozialistischem Super-Doping, die von den verlogenen, korrupten Möchtegern-Kontrolleuren noch gar nicht erfasst sind«, so Putin bei der Einweihungsfeier der deutschen BND-Zentrale in Berlins Chausseestraße.

Berlin: Laut der normalerweise zuverlässigen Quelle »Xing« soll das Trinkwasser der Hauptstadt vom IS mit relativ schwachen Kolibakterien durchsetzt worden sein. Bitte melden Sie Auffälligkeiten im Rahmen Ihrer Verdauung sofort via Twitter und Facebook.

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Seda Gül Inan

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner,
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50, wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Regensburg, www.conbrio.de

Politik & Kultur erscheint sechsmal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (zwei- bis dreimal mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Dieser Ausgabe von Politik & Kultur liegt das Dossier »Kunst- und Musikhochschulen« bei.